F86 2095

Nr. 286. 28. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 50 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 7. Dezember 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

An die Reichstagswähler!

Am 12. Januar 1912 sollen die **Neuwahlen zum Deutschen Reichstage** stattfinden. Kaum jemals zuvor standen die Wähler vor einer so folgenschweren Entscheidung. Von dem Ausgang dieser Wahlen wird es abhängen, ob auch in den nächsten Jahren die **Politik der Bedrückung und Ausplünderung** weiter betrieben oder ob endlich das deutsche Volk zu seinem Rechte kommen soll.

Bei den Reichstagswahlen im Januar 1907 sind die Wähler von der Regierung und den sogenannten „nationalen" Parteien hintergangen worden; viele Millionen Wähler haben sich damals in die Irre führen lassen. Der Reichstag des **„nationalen" Blockes von Heydebrand bis Wiemer und Naumann** hat das Vereins- und Versammlungsrecht reaktionär gestaltet, den Gebrauch der nichtdeutschen Sprache in Versammlungen beschränkt und den Jugendlichen das Versammlungsrecht zum größten Teil geraubt, hat **jede Forderung für Heer, Marine und Kolonien bewilligt.**

Eine ungeheure **Mehrbelastung des Volkes war die Folge.** Trotz der im Jahre 1906 bewilligten mehr als 200 Millionen Mark (Fahrkarten- und Frachtbriefsteuer, Zigarettensteuer usw.), trotz der feierlichen Versicherung der Regierung durch das offiziöse Organ, unmittelbar vor der Wahl 1907, daß keine neuen Steuern geplant seien, kam die **„Finanzreform" der 500 Millionen.**

Konservative und Liberale waren vollkommen einig darin, daß vier Fünftel dieser gewaltigen Summe durch neue oder durch Erhöhung schon bestehender **indirekter Steuern** aufzubringen seien zum weitaus größten Teil von **Arbeitern und Angestellten, kleinen Geschäftsleuten, Handwerkern, Kleinbauern.** Da sich die Parteien des Bülowblockes aber weder über die sogenannten **Besitzsteuern** noch über die **Schnapsliebesgabe** einigen konnten, so ging das unnatürliche Gebilde in die Brüche und der neue innerlich verwandte **Block der Ritter und der Heiligen** trat in die Erscheinung. Dieser hat die **Liebesgabe für die Schnapsbrenner** gerettet, die **Erbschaftssteuer,** die nur wohlhabende und reiche Leute hatte treffen sollen, **abgelehnt** und **dem schaffenden Volke Bier, Branntwein, Tabak, Zigarren, Kaffee, Tee,** ja sogar die **Streichhölzer, im ganzen um Hunderte von Millionen verteuert.** Ebenso volksfeindlich verhielt sich der konservativ-klerikale Block bei der Verabschiedung **der Reichsversicherungsordnung,** die zum guten Teile eine Verhöhnung der Arbeiter, ihrer Witwen und Waisen bedeutet. Raubt sie doch den Arbeitern Rechte, die sie jahrzehntelang mit glänzendem Erfolg für die Versicherten ausgeübt haben, **versagt sie doch den schwangeren Frauen, den Müttern und den Säuglingen notwendigen Schutz und zureichende Fürsorge.**

Es ist begreiflich, daß nach solchen Leistungen immer weitere Kreise erkannten, wie furchtbar sich die Leichtgläubigkeit der Wähler bei den Hottentottenwahlen im Januar 1907 rächte. **Alle Nach- und Neuwahlen zum Reichstage sowohl wie zu den Landtagen und Gemeinden zeigten gewaltigen Stimmenzuwachs für die sozialdemokratische Partei.** Ihre Gegner wurden infolgedessen immer mehr von der Wahlangst gepackt, und auf der Suche nach einer zugkräftigen Parole für die herannahenden Wahlen verfielen die Scharfmacher wieder einmal auf den Wahltrick, den Blick des Volkes von den Zuständen im Inneren durch eine **„nationale Tat"** nach außen abzulenken.

Der **Marokkohandel** gab willkommene Gelegenheit dazu. Hüben und drüben schürten die kapitalistischen Kriegsinteressenten und die nationalistischen Schreier den Völkerhaß und trieben das gefährliche Spiel so weit, daß sich der **Reichskanzler** schließlich selbst gezwungen sah, seinen junkerlichen Bundesgenossen den Vorwurf ins Gesicht zu schleudern, **daß sie den Patriotismus zu Partei- und Wahlzwecken mißbrauchen.** Aber der Versuch, im Interesse der reaktionären Parteien die nationalen Leidenschaften aufzustacheln, wird dennoch fortgesetzt.

Wähler, seid auf der Hut! Bedenkt, daß Ihr am Wahltage vielleicht die Entscheidung über Krieg oder Frieden in der Hand habt.

Nicht weniger wichtig als für die auswärtige Politik wird der Wahlausgang für die innere Politik sein.

Fürst Bülow erklärte bei den vorigen Wahlen: „Je weniger Sozialdemokraten, um so mehr soziale Reformen". **Das Gegenteil ist richtig.** Das haben die letzten Jahre schlagend bewiesen: Die sozialpolitischen Mühlen klapperten zwar, gaben aber nur sehr spärlich Mehl.

Den **Beamten und Staatsarbeitern** hatte man, um sie für „nationale" Reichstagskandidaten einzufangen, **Gehalts- und Lohnaufbesserungen** versprochen. Man gab den oberen gutbezahlten Beamten mit Scheffeln, den unteren, die die Aufbesserung am meisten nötig hatten, mit Löffeln. Die bescheidenen Aufbesserungen wurden aber mehr als ausgeglichen durch die neuen Steuern und die wachsende Teuerung.

Dem Volke verweigerte die Regierung, als es bei den immer steigenden Lebensmittelpreisen in seiner Not um Abhilfe schrie, jede Erleichterung. Und während der Reichskanzler tiefsinnig behauptete, daß die Presse durch die Schilderung des Notstandes die Preissteigerung verschärft habe, versagten die sogenannten **Mittelstandsretter** — Zentrum, Konservative, Antisemiten und ihre Gefolgschaft — jede von der Sozialdemokratie angeregte Hilfe und denunzierten dagegen den Mittelstand als den Lebensmittelverteuerer.

Neue Steuern, Lebensmittelteuerung, Volksentrechtung, steigende Kriegsgefahr

— das hat der 1907 mit so großem „nationalen" Tamtam begrüßte Reichstag gebracht. **Nun naht der Gerichtstag!** Wähler Deutschlands, sorgt für eine andere Mehrheit! **Je stärker die Sozialdemokratie im Reichstage erscheint, um so sicherer verankert ist der Weltfriede und die Wohlfahrt des Volkes!**

Die Sozialdemokratie erstrebt die Eroberung der politischen Macht, die jetzt in den Händen der besitzenden Klassen ist und von dieser Minderheit zum Schaden der breiten Massen des Volkes mißbraucht wird. Man denunziert uns deshalb als „Umstürzler". Törichter Vorwurf! Die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft ist ebensowenig ewig, wie es frühere Staats- und Gesellschaftsordnungen gewesen sind. Sie wird durch eine höhere, die sozialistische Ordnung ersetzt werden, für welche die Sozialdemokratie kämpft. Dann wird die Solidarität aller Menschen und ein menschenwürdiges Dasein für alle verwirklicht. Den Weg dazu bahnt die kapitalistische Entwickelung selbst, die alle Keime für eine neue Gesellschaft in sich birgt.

Für uns besteht zunächst die Aufgabe, **alle Mittel, die uns die Gegenwart in die Hand gibt,** zu benutzen, um die **vorhandenen Uebel zu mildern,** neue Einrichtungen zu schaffen, dazu bestimmt, **den großen Massen eine höhere Lebenshaltung zu ermöglichen.**

Daher fordern wir:

Demokratisierung des Staates in allen seinen Lebensbeziehungen, freie Bahn für die Entfaltung aller persönlichen Anlagen und Fähigkeiten, keine Privilegien, die rechte Person an die rechte Stelle.

Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht vom vollendeten 20. Lebensjahre an **für alle Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts,** und für alle Vertretungskörper. **Verhältniswahl** zur Beseitigung der mit der heutigen Wahlkreiseinteilung verknüpften schreienden Ungerechtigkeit.

Durchführung des parlamentarischen Regierungssystems. Volle Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und der Staatssekretäre. Bildung eines Ausschusses durch den Reichstag für die Kontrolle der auswärtigen Politik. Mitentscheidung der Volksvertretung über Krieg und Frieden. Zustimmung des Reichstags zu allen Staatsverträgen.

Organisierung der Landesverteidigung auf demokratischer Grundlage. Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht für alle waffenfähigen Männer. Herabsetzung der Dienstzeit auf das zur Ausbildung für die Landesverteidigung unumgänglich notwendige Maß. Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit. Beseitigung des Vorrechts des einjährig-freiwilligen Dienstes. Abschaffung alles Prunkes und aller kostspieligen Uniformierung in Armee und Flotte.

Bekämpfung der Klassenjustiz und Verwaltungswillkür. Reform des Strafrechts, der Strafprozeßordnung, des Verwaltungsrechts und des Strafvollzugs im Sinne moderner Kultur- und Rechtsauffassung. Beseitigung aller Ausnahmegesetze und ausnahmerechtlichen Verwaltungsmaßregeln.

Sicherung des Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrechtes für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Errichtung eines Reichsarbeitsamtes, von Arbeitsämtern und Arbeiterkammern. Wahl der Beisitzer durch die Interessenten auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts. — **Ausbau der Gewerbeinspektion** durch Zuziehung von Arbeitern und Arbeiterinnen als Hilfsorgane. **Gesetzlich festgelegter Normalarbeitstag** von acht Stunden. Weitere Verkürzung der Arbeitszeit in gesundheitsschädlichen Betrieben.

Reform der Arbeiterversicherung. Aufhebung der Benachteiligung der ländlichen Arbeiter und der Dienstboten, direkte Wahl der Vertreter, Erweiterung des Rechtes der Arbeiter in den Vertretungskörpern, Erhöhung der Leistungen, **Herabsetzung des Alters für den Bezug der Altersrente von dem 70. auf das 65. Lebensjahr,** auskömmliche **Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung,** Stillprämien und **unentgeltliche Hebammen- und Arzt-Hilfe.**

Volle Religionsfreiheit. Trennung der Kirche vom Staat und der Schule **von der Kirche.** Keinerlei Unterstützungen aus öffentlichen Mitteln für kirchliche Zwecke.

Allgemeine unentgeltliche Volksschule als Grundlage des gesamten Bildungswesens (Einheitsschule). Unentgeltlichkeit der Lernmittel. **Freiheit für Kunst und Wissenschaft.**

Herabsetzung und schließliche Beseitigung der indirekten Steuern und Aufhebung der Lebensmittelzölle. Beseitigung der Zölle auf Futtermittel. Aufhebung der Einfuhrscheine. Beschränkung der Kontrolle bei Einfuhr von Vieh, Geflügel und Fleisch auf die unumgänglich notwendigen sanitären Maßregeln. **Entsprechenden Abbau der Industriezölle,** welche die Syndikats- und Ringbildung begünstigen und dahin führen, deutsche Industrieerzeugnisse billig dem Auslande zu liefern und sie dem inländischen Verbraucher um so teurer zu verkaufen.

Unterstützung aller Maßregeln, die Handel und Verkehr fördern. Aufhebung **der Fahrkartensteuer** und des Frachtbriefstempels.

Stufenweis steigende Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern, zumal diese Heranziehung der Wohlhabenden und Reichen zugleich das wirksamste Mittel ist, den Schrei unserer zahlungsfähigen Patrioten nach immer neuen Heeres- und Flottenvermehrungen zu dämpfen.

Innere Kolonisation zwecks Steigerung der Erzeugung von Nahrungsmitteln. Ueberführung des Großgrundbesitzes in Gemeineigentum. Gründung und Förderung **von** staatlichen Musteranstalten und Landwirtschaftsschulen. Urbarmachung der Moore, des Sumpf-, Oed- und Unlandes. Abwehr aller Versuche, die Unterjochung und Ausbeutung fremder Völker durch die Mittel der Kolonialpolitik herbeizuführen.

Wähler Deutschlands!

Eine neue Flottenvorlage und eine **neue Militärvorlage** stehen in sicherer Aussicht, die die **Steuerbelastung um Hunderte von Millionen** abermals steigern werden. Wie bisher schon, so werden auch fernerhin die Herrschenden versuchen, die neuen Lasten auf die Schultern der Minderbemittelten zu wälzen, und damit **die Existenz der Familien** weiter zu erschweren.

Mögen darum auch die **Frauen,** auf denen die Bürde des Haushalts in erster Linie ruht, die heute selbst noch politisch rechtlos sind, an der Aufklärungsarbeit teilnehmen und sich **entschlossen in den Dienst unserer Sache stellen, die auch die ihre ist.**

Wähler Deutschlands! Seid Ihr mit diesen grundsätzlichen Auffassungen einverstanden, **dann gebt bei der Wahl am 12. Januar den sozialdemokratischen Kandidaten Eure Stimmen.** Helft den Grund legen zu einer neuen, besseren Gestaltung unseres staatlichen und gesellschaftlichen Baues, der die Devise tragen soll:

Tod der Not und dem Müßiggang!
Arbeit, Brot und Gerechtigkeit für alle!

Euer Schlachtruf am Wahltage sei:

Es lebe die Sozialdemokratie!

Berlin, den 5. Dezember 1911.

Parteivorstand und sozialdemokratische Fraktion des Reichstags.

Munition für den Wahlkampf.

Genosse Dr. Gradnauer hat kürzlich eine treffliche Agitationsschrift für den Wahlkampf erscheinen lassen (Wahlkampf! Die Sozialdemokratie und ihre Gegner. Von Georg Gradnauer. Kaden u. Co., Dresden, Zwingerstr.), die auf ihren 174 Seiten Text eine Fülle wertvollen Materials enthält, das allen im Wahlkampf propagandistisch tätigen Genossen wärmstens empfohlen werden kann. Wir glauben, die verdienstliche Schrift am besten dadurch kennzeichnen zu können, daß wir ihr folgende Stichproben entnehmen:

Nation und Sozialdemokratie.

Es ist absurd, der Sozialdemokratie nachzureden, sie habe kein Verständnis für die Bedeutung der Nation. **Wer ist denn überhaupt „die Nation"?** Ist nicht das arbeitende Volk, das sich in der Sozialdemokratie politisch organisiert, selbst ein großer und wesentlicher Teil der Nation? Die gegnerischen Vorwürfe enthalten die abgeschmackte Zumutung in sich, daß das arbeitende Volk gegen sich selbst feindlich gesonnen sei. Vollends lächerlich und ebenso dumm wie gemein sind aber jene anderen Beschimpfungen, **die Sozialdemokratie wolle das Deutsche Reich zerstören usw.**

Die Sozialdemokratie Deutschlands, wie die Sozialdemokratie jedes anderen Landes ist eine im besten Sinne nationale Partei. Wir haben nicht das mindeste Verlangen danach, mit den „nationalen Parteien" um die Wette in nationalen Phrasen zu schwelgen. Wir halten es vielmehr für unsere Aufgabe, die Volksfeindlichkeit der Politik aufzudecken, die sich bei uns als „nationale Politik" marktschreierisch spreizt. Wir sind aber **in Wahrheit national**, wenn dieses Wort bedeuten soll, **für das Wohlergehen der arbeitenden Klassen und Massen das Beste erstreben!**

Der bewaffnete Frieden als Versicherungsprämie.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Politik des „bewaffneten Friedens" zu immer tolleren Uebergipfelungen einer Nation durch die andere, zu immer gewaltigeren Opfern an Geld und volkswirtschaftlichen Kräften bei sämtlichen Nationen führt. Schließlich muß aber doch diese verhängnisvolle Entwickelung im ungeheuerlichsten Weltkrieg explodieren. Danach könnte derselbe grausige Tanz der Wettrüstungen von neuem beginnen. Der „bewaffnete Friede" ist in der Tat ein Schrecken ohne Ende.

Die Militär- und Marinerüstungen wären fürwahr eine eigenartige „Versicherungsprämie". Eine Prämie, die fortwährend höher geschraubt wird! Eine Prämie, die die Kriegsgefahr nicht vermindert, sondern vermehrt! Man fabelt von „Versicherungsprämie", während man immer mehr Pulver zusammenträgt, so daß die Explosionsgefahr immer größer wird!

Die Nutznießer des Wettrüstens.

Die besitzenden Klassen haben in der Armee und Marine eine günstige Gelegenheit, ihre Söhne mit „standesgemäßen" Berufsstellungen auszustatten und zu versorgen. Jede neue Militär- und Marinevorlage bringt ihnen neue Posten und bessere Aussichten auf Karriere und Gehaltssteigerung. Dazu kommen unmittelbare materielle Vorteile für viele Grundbesitzer und Kapitalisten aus den Lieferungen für die Armee. Die Agrarier erzielen durch den Absatz von Korn, Fleisch, Pferden usw. große und sichere Gewinne. Desgleichen säckeln Jahr um Jahr die Kanonen-, Gewehr- und Panzerplattenfabrikanten, die Pulverfabriken, die Tuchfabriken, die für den Militärfiskus liefern, enorme Gewinne ein. Man weiß aus den Beratungen der Budgetkommission des Reichstags, wie unverschämt das Reich durch die patriotischsten der Patrioten, durch die Krupp, Stumm und andere ausgebeutet worden ist. Kein Wunder, daß Freiherr von Stumm einmal erklärte: „Es gibt gar keine produktivere Anlage als die Ausgaben für die Armee!" Für die Firma Stumm sind sie sicherlich sehr „produktiv" gewesen!

Die Geschädigten.

Die Lasten für das volkswirtschaftlich unproduktive Militärwesen sind derartig riesenhaft geworden, daß dadurch die Entwickelung vieler für das Volkswohl dringend nötiger Maßnahmen mehr und mehr stockte. Die englische Regierung hat durchaus offen das Problem gestellt: **entweder Militärrüstungen — oder Sozialreform**, beides zugleich ist unmöglich. Lawinenhaft wachsen die Summen an, die in allen modernen Staaten von den arbeitenden Massen aufgebracht werden müssen, um die unersättlichen Ansprüche des Militarismus und Marinismus zu befriedigen. Infolgedessen sind die Staaten unfähig, für Linderung sozialer Leiden des Volkes, für die Ausgestaltung von Wohlfahrtseinrichtungen, für Kulturaufgaben, die nötigen Aufwendungen zu machen. Könnte zunächst nur die Hälfte der 1½ Milliarden, die das Deutsche Reich für Militärzwecke ausgibt, für hygienische Maßnahmen, für Gesundung, Kräftigung und Kultur der Arbeitermassen verwendet werden, wieviel Heilsames ließe sich da schaffen!

Brot- und Fleischwucher.

Einen bedeutenden Vorteil von den Kornzöllen haben nur die Großbauern und Großgrundbesitzer. Nach der Statistik von 1907 gab es 262 191 landwirtschaftliche Betriebe mit 20 bis 100 Hektar und 23 566 Betriebe mit mehr als 100 Hektar. Diese 285 757 Betriebe umfassen insgesamt mehr als die Hälfte der landwirtschaftlich benutzten Fläche des Deutschen Reiches. **Nicht zugunsten der „Landwirtschaft", sondern zugunsten von kaum 300 000 Grundbesitzern wird das ganze deutsche Volk durch die Hochschutzzölle aufs äußerste gebrandschatzt.**

Ein Beispiel für den kolossalen Rückgang des Fleischverbrauchs gibt die amtliche Statistik der Stadt Dresden. Danach ist in Dresden der Gesamtverbrauch an Fleisch aller Art **von 72,27 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung im Jahre 1900 auf 58,72 Kilogramm im Jahre 1909, das heißt, um 13,51 Kilogramm, gleich zirka 19 Proz., zurückgegangen.** Dabei ist zu beachten, daß in den besser situierten Kreisen der Verbrauch trotz Preissteigerung nicht geringer geworden sein dürfte. Die Minister und Geheimräte, die mit den Agrariern über den „Fleischnotrummel" höhnen, werden ja nicht allzusehr unter den hohen Preisen zu leiden haben. Sie bekommen ihre Gehälter erhöht, **und wenn die Hofhaltung des Königs von Preußen in diesen teueren Zeiten nicht mehr auskommt, so wird die Zivilliste von 15¼ Millionen Mark um 3¼ Millionen Mark aufgebessert.**

Unterernährung.

Es ist festzustellen, daß die große Masse der arbeitenden Bevölkerung **längst nicht die Ernährung erreicht**, die von der Wissenschaft als unbedingt nötig gefordert wird zur Wiederherstellung der Körperkräfte. Es wird auch entfert nicht diejenige Ernährung erreicht, die der Staat selbst z. B. bei Ernährung seiner Soldaten als Norm aufstellt. Die Wochenration für die Schiffsmannschaften der Marine ist so bemessen, daß pro Woche und pro Kopf ein Aufwand von 8 M. dafür gemacht werden muß, ohne daß Kosten für Zubereitung, Zulaten usw. eingerechnet sind. Für seine Familie von vier Köpfen, Mann, Frau und zwei Kinder, gleich drei Erwachsenen gerechnet, müßten **also 24 Mk. für Nahrungsmittelaufwand bereit sein, pro Jahr 1248 M.** Aber die Mehrzahl der Arbeiter kann nicht einmal die Hälfte davon aufwenden, ein großer Teil noch weit weniger.

Die Gesundung der Reichsfinanzen.

Tatsächlich erweist sich das Gerede von der Gesundung der Reichsfinanzen als eitel Dunst. Es ist ganz selbstverständlich, daß das Reich aus der Unmenge neuer Steuern bedeutende Mehreinnahmen erzielt. Aber von Gesundung der Reichsfinanzen kann ein verständiger Mensch ernstlich nicht sprechen, wenn diese Mehreinnahmen durch die schwerste Belastung der steuerzahlenden Bevölkerung, durch die Störung weiter Erwerbskreise, durch den Ruin ganzer Industrien, **durch den Hunger Zehntausender von Arbeiterfamilien erkauft werden.**

Es ist **nur ein neues Gaukelspiel**, das die Herrschenden jetzt treiben. Wenn sie neue Ausgaben für Heer und Marine fordern und noch mehr, wenn sie vor Reichstagswahlen stehen, dann erklären sie stets: Es ist mit unseren Finanzen vortrefflich bestellt. **Sind die Wahlen vorüber, dann kommt das dicke Steuerende nach.** So war es bisher stets. So wird es sich auch in nächster Zukunft wieder herausstellen!

Wer den Nationalreichtum besitzt.

Nach R. Wilbrandt, Professor in Tübingen, entfallen von den 30 Milliarden, die das heutige deutsche Nationaleinkommen jährlich ausmacht, **etwa zehn Milliarden auf Einkommen aus Vermögen.** Die betreffenden Einkommensbezieher erhalten dadurch für jährlich 10 Milliarden Mark Verfügung über allerlei zu kaufende Ware. Das heißt nichts anderes, als daß **„der dritte Teil des Gesamtarbeitsprodukts von denen, welche die gesamten Produkte erarbeiten, an die Besitzer des Einkommens aus Vermögen abgegeben wird".** Die Arbeitenden leisten von aller Arbeit zwei Drittel für sich selbst, ein Drittel für die Vermögensbesitzer, also jährlich 200 Arbeitstage für sich selbst, und hundert Arbeitstage für die Besitzenden. Steinmann-Bucher hat das gesamte deutsche „Volksvermögen" auf zirka 350 Milliarden eingeschätzt. Wollte man dieses Vermögen auf die Bevölkerung gleichartig verteilt denken, so käme auf den Kopf 5000—5500 M. Vermögen. Die breite Masse des Volkes hat aber so gut wie nichts davon.

Es ist ein ungeheurer und stets wachsender Reichtum in der heutigen Gesellschaft vorhanden, aber er befindet sich zum überwiegenden Teile in den Händen einer verhältnismäßig kleinen Anzahl von Personen.

Ziele des Sozialismus.

Wer die Umwälzungen der letzten Menschenalter überschaut, der wird nicht annehmen können, daß das so stürmisch Gewordene nunmehr zur Dauer bestimmt sei. Die Nutznießer des Kapitalismus möchten den gegenwärtigen Gesellschaftszustand nach Möglichkeit unverändert erhalten. Jedoch es regen sich im Schoße des Kapitalismus die Keime zu neuen Umwälzungen, es gestalten sich neue Gebilde, die in eine künftige höhere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung hinausweisen.

Sowohl die technische Betriebsentwickelung, als der wirtschaftliche, politische und kulturelle Aufstieg der Arbeiterklasse bereiten eine Wirtschaftsordnung vor, die die Vorteile und Fortschritte der kapitalistischen Periode beibehält und fortbildet, die aber zugleich die ungeheuren Nachteile eben dieser Periode auslöscht, indem sie die Wiedervereinigung der Arbeit mit den Arbeitsmitteln und den Arbeitserträgen herbeiführt. **Das wäre eine Wirtschaftsordnung, in der der Reichtum an materiellen und kulturellen Gütern nicht einzelnen Klassen, sondern allen Arbeitenden gehört. Das wäre der Triumph der Genossenschaftlichkeit, der Gerechtigkeit!**

Zur Reichstagswahl.

Der Wahlkampf in Baden.

Die Nachwahl in Konstanz hat einen Vorgeschmack davon gegeben, wie in Baden der allgemeine Wahlkampf geführt werden wird. Die heftige Agitation und die gewaltige Aufpeitschung der Wähler hat im Konstanzer Kreise eine Wahlbeteiligung von 90 bis 95 Proz. zuwege gebracht.

Von den 14 Reichstagswahlkreisen Badens gehörten nach den Wahlen von 1907 dem Zentrum 8, den Sozialdemokraten 3, den Nationalliberalen 2 und den Konservativen 1 Kreis. Stimmen entfielen auf:

Zentrum	138 860
liberalen Block	133 336
Sozialdemokratie	93 386
Konservative	24 697

Von den Wahlkreisen, die das Zentrum zu verteidigen hat, sind zwei bombensicher, **Tauberbischofsheim** und **Bühl—Rastatt**, in welchen die Abgeordneten Zehnter-Heidelberg und Lender-Sasbach 69 und 66 Proz. aller abgegebenen Stimmen erhielten. In den anderen Kreisen stehen die Aktien nicht besonders gut; gefährdet ist das Zentrum vor allem im 2. Kreis (Donaueschingen—Villingen—Triberg). 1907 erhielt der jetzige Abgeordnete Duffner 11 911 Stimmen, der liberale Blockkandidat 9863 und der Sozialdemokrat 2259 Stimmen. In der Stichwahl holte Duffner das Mandat mit 12 589 Stimmen, während sein liberaler Gegner 11 114 Stimmen erhielt. Diesmal kandidiert der Gutsbesitzer Duffner für das Zentrum wieder. Die Liberalen haben den Rechtsanwalt Rombach aus Offenburg, unsere Parteigenossen den Arbeitersekretär Marxloff aus Freiburg aufgestellt. Richtet sich in der Stichwahl die Spitze gegen den schwarzblauen Block, dann kann dieser Kreis dem Zentrum abgenommen werden.

Günstiger liegen seine Chancen im 3. Kreis (Waldshut—Säckingen—Schopfheim). Dort standen bei der letzten Wahl 13 400 Zentrumsstimmen 10 700 Stimmen der Liberalen und Sozialdemokraten gegenüber. Die Textilindustrie ist im 3. Kreis stark vertreten und wir dürfen deshalb auf eine erhebliche Stimmenzunahme für den sozialdemokratischen Kandidaten rechnen. Kommt es zur Stichwahl, dann ist der Ausgang für das Zentrum auch zweifelhaft.

Recht kompliziert liegen die Verhältnisse im 5. Kreis (Freiburg—Emmendingen—Waldkirch). 1907 fielen auf den Zentrumskandidaten, den Bäckermeister und jetzigen Abgeordneten Hauser, 13 495 Stimmen, auf seinen liberalen Gegenkandidaten 10 519, auf unseren Parteigenossen Kräuter 6282 Stimmen. In der Stichwahl fiel Hauser das Mandat mit 15 592 gegen 12 587 liberale Stimmen zu. Diesmal kandidiert von sozialdemokratischer Seite der Parteisekretär Engler-Freiburg. Hauser ist wieder aufgestellt. Der liberale Block präsentiert den Professor v. Schulze-Gävernitz, und vor einigen Tagen ist noch eine reichsparteiliche Kandidatur in der Person des Freiburger Konsuls und früheren Kruppschen Beamten Schinzinger auf den Plan getreten. Gelingt es, den sozialdemokratischen Kandidaten in die Stichwahl zu bringen, dann ist ein sozialdemokratischer Sieg nicht ausgeschlossen.

Der 6. Kreis (Ettenheim—Lahr—Wolfach) wird von dem badischen Zentrumsführer Fehrenbach vertreten. Er hat 1907 den Kreis im ersten Wahlgang mit 11 495 gegen 7804 demokratische und 2427 sozialdemokratische Stimmen genommen. Auch hier muß es zur Stichwahl kommen, denn Fehrenbach ist ein eifriger Befürworter der Reichsfinanzreform, von der er erst jüngst sagte, er sei stolz darauf, daß er sie mit beschlossen habe; unter gleichen Umständen würde er genau so handeln wie im Sommer 1909. Nun habe gerade die badischen Landtagswahlen bewiesen, daß die linksstehenden Wähler in Sachen der Finanzreform keinen Spaß verstehen.

Entscheidend kann die Sozialdemokratie auch eingreifen im 7. Kreis (Offenburg-Oberkirch-Kehl), wo sich 1907 das Zentrum mit 11 849 Stimmen gegen 8734 liberale und 2554 sozialdemokratische Stimmen behauptete. — Somit wäre die Situation für das Zentrum, soweit es sich um seine bisherigen Wahlkreise handelt, gezeichnet. Das Zentrum will nun freilich auch mit aller Gewalt den Konstanzer Kreis zurückerobern und es will auch in den Kreisen, wo es auf eigene Erfolge nicht rechnen kann, entscheidenden Einfluß üben im Sinne der Parole: „Unter allen Umständen gegen die Sozialdemokratie und den Großblock!" Das Zentrum unterstützt deshalb im 9. Kreis (Durlach—Pforzheim) den rechtsstehenden Nationalliberalen Wittum, im 10. Kreis (Karlsruhe—Bruchsal) den Konservativen v. Gemmingen, um diese Kreise der Sozialdemokratie abzunehmen. Im 13. Kreis (Sinsheim—Bretten—Eppingen) stimmt das Zentrum für den Konservativen Rupp, um diesen Kreis gegen den liberalen Block zu festigen, und im 12. Kreis tritt es mit einer eigenen Kandidatur auf, um sie eventuell als Austauschhilfe für einen anderen Kreis benutzen zu können.

Der liberale Block hat zunächst seine zwei Mandate in Lörrach—Mülheim und in Heidelberg zu halten. Den ersteren Kreis vertritt im Reichstag der Weingutsbesitzer Dr. Blankenhorn, der 1907 in der Hauptwahl 7741 Stimmen erhielt; ihm standen gegenüber das Zentrum mit 6253, die Sozialdemokratie mit 3445 und der Freisinn mit 1914 Stimmen. In der Stichwahl bekam Blankenhorn 11 130, sein Zentrumsgegner 9334 Stimmen.

Ein heißer Kampf wird in Heidelberg entbrennen. Bei der letzten Wahl fielen auf den nationalliberalen Oberamtmann Beck 11 135 Stimmen, auf den mit dem Zentrum verbündeten Konservativen 8480 und auf den sozialdemokratischen Kandidaten 6713 Stimmen. In der Stichwahl behauptete Beck den Wahlkreis mit 14 685 gegen 9287 zentrümlich-konservative Stimmen. Diesmal wird die Stichwahl wahrscheinlich zwischen Nationalliberalen und Sozialdemokraten auszufechten sein. Zentrum und Konservative gehen getrennt vor, um dies Resultat bestimmt zu erreichen und um dann die Nationalliberalen in die Zwangslage zu bringen, daß sie Hilfe von den Schwarzblauen erbitten müssen. Den einzigen Konservativen aus Baden sandte der 13. Kreis; er wurde 1907 mit Zentrumshilfe gewählt und erhielt 13 558 Stimmen, gegen 7781 liberale und 2862 sozialdemokratische Stimmen.

Die Sozialdemokratie hat drei Mandate zu verteidigen, das Mannheimer Mandat (11. Kreis), das Genosse Dr. Frank 1907 im ersten Wahlgang mit 25 969 gegen 16 900 liberale und 8173 Zentrumsstimmen holte. Inzwischen ist die Industrialisierung Mannheims noch weiter vorgeschritten und die Hochburg der badischen Sozialdemokratie hat sich erst bei den jüngsten Gemeindewahlen in einem glänzenden Lichte gezeigt. An dem sicheren Siege Dr. Franks schon in der Hauptwahl ist also nicht zu zweifeln.

Im 9. Kreis (Durlach—Pforzheim) erhielt Genosse Eichhorn im Jahre 1907 in der Hauptwahl 15 883, sein nationalliberaler Gegner 12 398 und der Zentrumskandidat 6892 Stimmen. In der Stichwahl trug Eichhorn mit 17 087 Stimmen über den jetzt wieder kandidierenden Stadtrat Wittum den Sieg davon, der 14 764 Stimmen erhielt. Unser Parteisekretär Trinks wird keinen leichten Stand haben, denn es ist nicht zu zweifeln, daß die Zentrumswähler der Parole gegen die Sozialdemokratie und für den Nationalliberalen folgen werden, den Nationalliberalen, der sich seines katholischen Glaubens rühmt und im Wahlkampf damit arbeitet, daß seine Tochter in einem katholischen Institut erzogen ist.

Den 10. Kreis (Karlsruhe—Bruchsal) vertritt seit 1898 Gen. Ad. Geck. 1907 bekam er in der Hauptwahl 14 430 Stimmen, der Freisinnige 11 482, der Zentrumskandidat 9569 und der Konservative 2684 Stimmen. In der Stichwahl schlug Geck seinen Gegner mit 17 068 Stimmen. Auf den letzteren waren 16 248 Stimmen entfallen. Das Zentrum verzichtet diesmal trotz seiner hohen Stimmenzahl auf einen eigenen Kandidaten, da es der Sozialdemokratie auch dieses Mandat mit allen Mitteln abjagen möchte. Seine Stimmen fallen restlos dem Straßburger Kreisdirektor v. Gemmingen zu, der der konservativen Partei angehört und sich unter den Gründern der neuen elsässischen Reichspartei befindet. Mit diesem dürfte Genosse Geck in die Stichwahl gelangen, deren Ausgang dann von den Liberalen abhängt. Auf die Rechtsliberalen ist nicht allzuviel Verlaß, deshalb wird auch hier die Gewähr eines Sieges in einer starken Steigerung der sozialdemokratischen Stimmen liegen.

In Baden hat die Finanzreform und die sonstigen Taten des schwarzblauen Blocks den Boden für weitere Erfolge der Sozialdemokratie sehr gut vorbereitet, was sich schon bei den Landtagswahlen von 1909 in einem Stimmenzuwachs von 86 000 und in einem Gewinn von acht Mandaten offenbarte. Selbst bei den Blockwahlen 1907 behauptete die badische Sozialdemokratie ihre drei Mandate und vermehrte ihre Stimmenzahl um 21 000 (29 Proz.) — sie kann also mit großer Zuversicht in den Wahlkampf ziehen.

* * *

Die Demokratische Vereinigung in Frankfurt a. M.

faßte den Beschluß, für die Reichstagswahl keinen eigenen Kandidaten aufzustellen, sondern gleich im ersten Wahlgang für den Sozialdemokraten zu stimmen. — Die „Deutsche Tageszeitung" bemerkt zu der Meldung: Das ist wenigstens offen und ehrlich!

* * *

Fortschrittlich-nationalliberale Einigung im Rheinland.

Im Rheinland ist, wie der „Berg. Thürmer" mitteilt, eine Einigung zwischen den Nationalliberalen und der Fortschrittlichen Volkspartei zustande gekommen in den Wahlkreisen Lennep-Mettmann, Düsseldorf, Solingen, Neuß-Grevenbroich, Bonn-Rheinbach und Elberfeld-Barmen. Wahrscheinlich ist die Einigung für Aachen-Stadt und Eupen-Aachen-Land. Von diesen Wahlkreisen haben fortschrittliche Kandidaten Solingen, Lennep und voraussichtlich Aachen-Stadt. Die Nationalliberalen werden von den Fortschrittlern unterstützt in Düsseldorf, Neuß, Bonn, Elberfeld-Barmen und voraussichtlich Eupen-Aachen-Land.

* * *

Neue Kandidaturen.

Der Hirsch-Duncker-Sekretär Erkelenz ist als gemeinsamer liberaler Kandidat für Gießen-Ridda aufgestellt worden. An Stelle des Herzogs von Arenberg kandidiert in Beckum — ein Bäckermeister Frercke. In Hamm-Soest tritt der Bund der Landwirte für — den nationalliberalen Kaufmann Schulenburg ein. Friedberg-Büdingen will der Bäckermeister Schröder als Zentrumskandidat unserem Genossen Busold abnehmen. Das Solinger Mandat soll als gemeinsamer liberaler Kandidat Rechtsanwalt Biesanz dem

Bürgertum zurückgewinnen. Der ergkonservative Polizeigraf Westarp ist als gemeinsamer deutscher Kandidat für Meseritz-Bomst wieder aufgestellt worden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. Dezember 1911.

Eröffnung des elsaß-lothringischen Landtages.

Im Fahnensaal des Kaiserpalastes fand heute nachmittag 3 Uhr die feierliche Eröffnung des neuen Landtages, des ersten nach der neuen Verfassung, statt, zu der sämtliche Abgeordneten der Ersten und Zweiten Kammer, ausgenommen Wetterlé, Blumenthal und unsere elf Genossen, erschienen waren. Nach parlamentarischem Brauch wurde die Eröffnung durch eine sogenannte Thronrede eingeleitet, die der Statthalter von Elsaß-Lothringen, Graf v. Wedel, verlas.

Irgendwelche besonders wichtigen politischen Ankündigungen enthält die recht trockene Thronrede nicht. Sie gibt nur ganz kurze Mitteilungen über den Etat, zählt einige von der Regierung geplante neue Gesetzesvorlagen auf und verheißt weitere Kanalbauten.

Die wichtigen Partien der Thronrede lauten:

„Nachdem mit dem 1. September d. J. die von der Reichsgesetzgebung festgestellte neue Verfassung des Landes in Kraft getreten ist, habe ich die Ehre, bei der heutigen Eröffnung des Landtages die zu Mitgliedern seiner beiden Kammern erwählten und berufenen Herren zum ersten Male zu begrüßen und willkommen zu heißen. Was die allgemeine Finanzlage des Landes angeht, so gestaltete sich der Abschluß des vergangenen Rechnungsjahres insofern günstiger, wie vorauszusehen war, als von der zur Herstellung des Gleichgewichts im außerordentlichen Etat vorgesehenen Anleihe von rund 8 Millionen Mark nur 310 000 M. begeben werden mußten. Nach den bisherigen Ergebnissen wird ein ähnlich günstiger Abschluß für das laufende Rechnungsjahr kaum erwartet werden dürfen, da ihm neben den beträchtlichen, durch die Einführung der Verfassung erforderlich gewordenen Mehrausgaben der Ausfall zur Last fällt, welcher durch den mit Zustimmung der Landesvertretung den Winzern für das Jahr 1910 bewilligten Grundsteuererlaß verursacht wurde. Der dem Landtag alsbald zugehende Entwurf eines Landeshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1912 ist, der Finanzlage Rechnung tragend, mit tunlichster Sparsamkeit aufgestellt und unter Zurückstellung aller nicht unbedingt dringlichen Ausgaben ohne eine wesentliche Steuermehrbelastung ins Gleichgewicht gebracht worden. Auf die in den letzten Jahren notwendig gewordenen Steuerzuschläge konnte dabei nicht verzichtet werden. Dem Landtag werden unverzüglich die Entwürfe eines Einkommensteuergesetzes, eines Gesetzes wegen Abänderung von Gesetzen über direkte Steuern zugehen. Die dem Landesausschuß in seiner vorletzten Session vorgelegte Denkschrift über die Reform der direkten Steuern ist einer Durchsicht und Umarbeitung unterzogen worden. Dieselbe wird Ihnen gleichzeitig mit den Gesetzentwürfen vorgelegt werden. Eine weitere, umfangreiche, im allgemeinen Staatsinteresse dringliche Vorlage, die dem Landtage baldigst zugehen soll, bezweckt eine organische, tunlichst nach einheitlichen Gesichtspunkten durchgeführte Neuregelung des Besoldungsrechts für die Landesbeamten. Gleichzeitig damit wird Ihnen eine die Aufbesserung der Lehrergehälter betreffende Gesetzvorlage unterbreitet werden. Die durch die Besoldungsreform entstehenden Mehrausgaben werden sich auf etwa 1½ Millionen Mark belaufen und sollen für das Jahr 1912 aus den Mehrerträgnissen der ordentlichen Einnahmen gedeckt werden, die bei Annahme der Stempelgesetznovelle eine Steigerung um etwa eine Viertelmillion Mark erfahren werden."

Ueber die neuen Kanalbauten heißt es in der Thronrede:

„Wie Ihnen bekannt, erstrebt unsere mächtig aufblühende lothringische Industrie die Möglichkeit eines billigen Güteraustausches durch die Kanalisierung der Mosel und Saar. Da die Verwirklichung jenes großen Unternehmens immerhin noch in der Zukunft liegt, so empfiehlt es sich, schon jetzt auf die Oeffnung eines anderen Wasserweges bedacht zu sein. Der diesbezügliche, schon im vorigen Jahre aufgestellte generelle Entwurf über die Kanalisierung der Mosel von Metz bis Diedenhofen für Schiffe von 300 Tonnen Tragfähigkeit ist durch Entwürfe für einen Hafen bei Metz ergänzt worden.

Wegen des Ausbaues des Rhein-Rhonekanals oberhalb Mülhausens bis zur französischen Grenze für Schiffe von 300 Tonnen Tragfähigkeit, der in den letzten Jahren wiederholt angeregt worden ist, wurden zunächst Untersuchungen darüber eingeleitet, ob und in welcher Weise gegebenenfalls die nötigen Wassermengen beschafft werden können. Diese Erhebungen sind noch nicht abgeschlossen. Die Durchführung des Projektes, die nur dann eine Berechtigung hätte, wenn auch französischerseits die Kanalstrecke von der Grenze bis Besançon den gleichen Ausbau erführe, bleibt von eventuellen bezüglichen Vereinbarungen abhängig."

Nach den üblichen Hochs begaben sich die Abgeordneten nach dem Landtagsgebäude, wo die erste Sitzung stattfand.

* * *

Straßburg, 6. Dezember. Zum ersten Vorsitzenden der Zweiten Kammer wurde Dr. Ricklin (Zentrum), zum ersten Vizepräsidenten Böhle (Soz.) und zum zweiten Vizepräsidenten der Liberale Georg Wolf gewählt. Außerdem wurde eine aus zwanzig Mitgliedern bestehende Kommission gewählt für die Aufstellung der Geschäftsordnung der Zweiten Kammer. Dr. Ricklin erklärte bei Uebernahme der Präsidentschaft, er werde darauf achten, daß ein der Würde des Hauses entsprechender Ton gewahrt würde; denn nicht nur ganz Deutschland, sondern die ganze Welt sehe auf dieses Parlament, das aus einer allgemeinen, geheimen und direkten Wahl hervorgegangen sei.

Das Märchen von der schwarzen Gefahr.

In der letzten Sitzung des Reichstags hielt es Herr Bassermann noch einmal für angebracht, die force noire, die schwarze Armee Frankreichs, als Schreckgespenst an die Wand zu malen. Dieselbe Frage beschäftigte fast zu gleicher Zeit auch die französische Deputiertenkammer. Wolffs Telegraphenbureau bringt darüber folgende Meldung:

Paris, 5. Dezember. In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer wies der Deputierte Baillant bei der Beratung des Budgets für die Kolonialtruppen auf die außergewöhnliche Sterblichkeit der schwarzen Truppen hin, die in Südalgier verwendet werden. Der Versuch, der mit diesen Truppen gemacht worden sei, sei mißglückt. Auf der anderen Seite habe die im Auslande allgemein verbreitete Ansicht im Deutschen Reichstage ein Echo gefunden, daß die Verwendung schwarzer Truppen ein Rückfall in die Barbarei sei. (Lebhafter Widerspruch.) Berichterstatter Raiberti führte aus: diese vorzüglichen Truppen brächten überall, wo sie hinkämen, Sicherheit und Zivilisation hin. Jaurès bezeichnete den Wunsch, die Senegalesen in Algier zu akklimatisieren, als eine verhängnisvolle Illusion. Kolonialminister Messimy erklärte, die Verwendung von Senegalesen auf den trockenen Hochebenen von Südoran sei auch unter den günstigsten Umständen nicht geglückt. Die Versuche müßten an der Küste des Mittelmeeres fortgesetzt werden, aber wenn sie mißlingen sollten, könnten diese Truppen in Westmarokko verwandt werden, wo sie sich sehr wohl befunden hätten. (Beifall.) Darauf würde das Budget für die Kolonialtruppen bewilligt.

Damit wird das, was wir in unseren Artikeln „Der Turko als Wahlhelfer" über die Senegaltirailleure gesagt haben, in vollem Umfange bestätigt: eine Verwendung der Negersoldaten in Europa und sogar in Nordafrika ist völlig ausgeschlossen. Die Ausführungen des Kolonialministers Messimy sollen nur den Reinfall der französischen Kolonialmilitaristen, die sich von der Verpflanzung der Senegaltruppen nach Nordafrika soviel versprochen hatten, bemänteln. Die Tatsache, daß erst Ende November über tausend kranke Senegalneger aus Casablanca, also aus Westmarokko, nach ihrer Heimat gebracht werden mußten, beweist, daß auch in nordafrikanischen Küstengegenden nicht viel mit diesen Truppen anzufangen ist. Ganz albern und verlogen ist das Geschwätz des Deputierten Raiberti über die von den Senegaltirailleuren verbreitete „Zivilisation". Aber derartige Phrasen findet man im Sprachschatz aller auf Kolonialraub ausgehenden Nationen, sie sind daher nicht ernst zu nehmen.

Auf jeden Fall können weder die französischen noch die deutschen Rüstungshetzer mit der „schwarzen Armee" Geschäfte machen.

Der „kräftige Ruck" Wermuths.

In seiner Wahlrede vom Montag hat der Reichsschatzsekretär Wermuth erklärt, daß zur dauernden Aussperrung des Dallesgespenstes aus dem Reichshaushalt noch ein kräftiger Ruck nötig sei. Nun versichern die „Tägliche Rundschau" und die „Berliner Volkszeitung" übereinstimmend, daß dem neuen Reichstag die Erbschaftssteuer, sogar in der gleichen Fassung, wie sie 1909 abgelehnt wurde, vorgelegt werden soll. Selbstverständlich wird diese Nachricht von der „einwandfreien Seite" deshalb jetzt hinausgesandt, um etwas Balsam auf die Wunden zu streichen, die der Steuerraubzug der Schwarz-Blauen dem Volke geschlagen hat. Diese Wunden spürt es — die Erbschaftssteuer kann sie ihm nicht schmerzloser machen.

Schon gilt es aber auch für sicher, daß trotz scheinbarem Sträuben des Schatzamtes eine neue Flottenvorlage kommen wird. Und ob die Kosten der neuen Riesenpanzer aus der geplanten Erbschaftssteuer allein gedeckt werden können, bleibt trotz der so plötzlich vor den Wahlen ausgebrochenen „patriotischen Opferwilligkeit" der Junker mehr als fraglich. Alles wird davon abhängen, wie das Volk den Reichstag zusammensetzt.

Keine Einschleppung der Maul- und Klauenseuche.

In der Dienstagssitzung der sächsischen Zweiten Kammer beantwortete der Staatsminister Graf Vitzthum v. Eckstädt eine konservative Interpellation betr. Maul- und Klauenseuche. Er stellte fest, daß die Maßnahmen, die bisher zum Schutze gegen die Seuche ergriffen worden seien, sich während eines langen Zeitraumes als ausreichend bewährt hätten. Allerdings sei im Jahre 1911 die Anzahl der verseuchten Gehöfte im Deutschen Reiche auf 50 000, in Sachsen auf 1600 gestiegen. Doch sei es jetzt gelungen, die Weiterverbreitung zum Stillstand zu bringen. Eine Einschleppung der Seuche über die böhmische Grenze sei nicht nachgewiesen. Was die Gefahr einer Einschleppung über die russische Grenze betreffe, so habe die preußische Regierung bereits alle erforderlichen Maßnahmen, insbesondere auch gegen den Viehschmuggel, getroffen, so daß sich alle weiteren Schritte im Bundesrat in dieser Frage erübrigten. Der Minister betonte schließlich, daß der polizeiliche Schutz nicht das alleinige Mittel zur Bekämpfung der Seuche bilden könne, sondern daß die Selbsthilfe der Landwirte unbedingt hinzutreten müsse.

Also auch der sächsische Minister mußte zugeben, daß es eine unbewiesene Behauptung sei, daß die Einschleppung der Seuche über die Grenze erfolgt sei. Bekanntlich hat auch schon die bayerische Regierung in bezug auf die übrigen Reichsgrenzen eine ähnliche Erklärung abgegeben, so daß der agrarische Schwindel, die Maul- und Klauenseuche sei wiederum aus Rußland oder Böhmen oder sonstwoher eingeschleppt worden, sich als dreiste Erfindung charakterisiert. Beachtenswert ist auch, daß der sächsische Minister den Landwirten den Rat gab, sich nicht lediglich auf den polizeilichen Schutz zu verlassen, sondern auch zur Selbsthilfe zu greifen. Also seine Meinung geht dahin, daß die häufig überaus unhygienischen Ställe usw. die Schuld für die diesmal so große Verbreitung der Seuche tragen.

Nichtsdestoweniger werden natürlich die Grenzen gesperrt bleiben, damit die Viehpreise nicht herabgehen werden, und der Fleischwucher eine dauernde Einrichtung der gottgewollten agrarischen Weltordnung bleibt!

Wenn die Zechen wählen lassen.

In der Landgemeinde Recklinghausen hat sich, wie uns aus Bochum berichtet wird, ein Wahlkampf abgespielt, der alles, was man bisher im Ruhrkohlenrevier an Wahlbeeinflussungen bei öffentlichen Wahlen erlebt hat, in den Schatten stellt. Die Steiger mußten auf Befehl in die einzelnen Reviere gehen und die Bergleute bei der Arbeit aufsuchen, um ihnen aufzutragen, welche Kandidaten gewählt werden sollten. Es wurde gleich gesagt, wer den richtigen Kandidaten wähle, erhalte Fahrgeld zum Wahllokal, das stundenweit entfernt lag. Gleichzeitig würden ihnen 50 Pf. bis zu 1 M. Zehrgeld ausgehändigt werden. Im Wahllokal waren die Zechenbeamten haufenweise um den Wahltisch postiert und notierten den, der richtig gewählt hatte, damit er das schnöde Kaufgeld in Empfang nehmen konnte. Infolge dieser Wahlbeeinflussung wurden die Zechenkandidaten glänzend gewählt.

Die Zentrumspresse verlangt auf Grund dieser Vorgänge geheime Wahl, läßt es aber ruhig geschehen, daß in den Nachbargemeinden mit Hilfe dieses Wahldrucks ihre Kandidaten gewählt werden, die mit den Zechenkandidaten auf einer Liste stehen.

In den Reichspapierkorb gefallen

sind bei der Schließung des Reichstages eine Reihe von Vorlagen, wie die Strafprozeßordnung, das Arbeitskammergesetz, die kleine Strafgesetznovelle, der Entwurf über die Errichtung eines Kolonial- und Konsulargerichtshofes, die neue Fernsprechgebührenordnung und das Kurpfuschergesetz. Die von den Kommissionen vorberatenen Petitionen hat der Reichstag in der Hauptsache erledigt, dagegen hat er von den weit über 100 Initiativanträgen nur eine sehr kleine Anzahl beraten. Die „Deutsche Tageszeitung" hebt mit innerem Behagen hervor, daß die Novemberstürme gegen das persönliche Regiment völlig spurlos geblieben sind. Nach wie vor gibt es infolge der Feigheit der bürgerlichen Parteien keine verantwortlichen Reichsminister, kein Kontrollrecht des Reichstags über die auswärtige Politik, ja nicht einmal das schäbige Recht hat er sich geschaffen, an Interpellationsdebatten eine Beschlußfassung anzuschließen. Resultat: ungenügend!

Nationalliberal-klerikale Schachermachei im rheinisch-westfälischen Industrierevier.

Aus dem eigenen Lager scheinen den Nationalliberalen Vorwürfe über das Liebäugeln der Partei mit dem Zentrum gemacht zu werden, denn die „Kölnische Zeitung" hält es für notwendig, die Nationalliberalen zu ermahnen, nunmehr mit allen „sorgenvollen Fragen" über eventuelle Wahlbündnisse aufzuhören und die ganze Kraft auf die Hauptwahlarbeit zu richten. Auf die Behauptung des Grafen Hoensbroech, von einem Kenner der Verhältnisse, sei ihm gesagt worden, er werde von den Nationalliberalen in Moers-Rees nicht aufgestellt, damit die Möglichkeit, im Rheinland im gegebenen Augenblick wieder mit dem Zentrum zusammenzugehen, nicht verbaut werde, antwortet die „Kölnische Zeitung" unwirsch, nicht deshalb sei die Kandidatur Hoensbroechs auf Widerstand gestoßen, weil man sich den Weg für das Zusammengehen mit dem Zentrum freihalten wolle, sondern um nicht den Anschein zu erwecken, als ob die Nationalliberalen die religiösen Leidenschaften entfesseln wollten. Die Nationalliberalen würden mit der Kandidatur Hoensbroechs ihren Grundsätzen, jede religiöse Ueberzeugung hochzuhalten, widersprechen. Das ist eine etwas eigentümliche Ausrede. Zudem bestätigt die „Kölnische Zeitung" selbst hinterher, daß es den Nationalliberalen sehr darum zu tun ist, sich den „Weg nicht zu verbauen". Sie meint, nachdem die Stichwahlen nun einmal ein unerfreuliches Schachergeschäft geworden seien und selbst Zentrum und Bund der Landwirte sich nicht gescheut hätten, mit der Sozialdemokratie Wahlabkommen zu treffen, ja vor der Hauptwahl Bündnisse einzugehen (!), dürfe man es den Nationalliberalen nicht verübeln, wenn sie auch an ihren eigenen Vorteil dächten.

Die Entwickelung im Industriegebiet steuert mittlerweile immer mehr einem Bündnis zwischen Zentrum und Nationalliberalen zu. In Bochum beschlossen am Sonntag die Nationalliberalen, an der Kandidatur des in der Grube schwer verletzten Bergmanns Heckmann festzuhalten. Der Vorsitzende der Partei, Rechtsanwalt Heydemann, und der Generalsekretär Schack ließen keinen Zweifel darüber, daß sie auf Zentrumshilfe rechnen. Mit der Parole: „Der Feind steht links, der Gegner rechts, wolle man den kommenden Wahlkampf sachlich und in der Weise führen, daß ein etwaiges späteres Zusammengehen mit dem Zentrum nicht von vornherein unmöglich gemacht werde." In Dortmund ist sogar am Sonntag ein Vertreter der christlich-nationalen Arbeiter in der nationalliberalen Versammlung, in welcher Professor Leidig sich als Kandidat vorstellte, aufgetreten und hat den Nationalliberalen die Wahlhilfe der christlich-nationalen Arbeiter zugesichert.

Der Vorgang ist charakteristisch. Es handelt sich bei diesem nationalliberalen Kandidaten um einen der allerärgsten Scharfmacher, der zwar nach seinen Worten das Koalitionsrecht der Arbeiter zu schützen gewillt ist, der aber alle Mittel bewilligen will, die geeignet erscheinen, den angeblichen „Terrorismus" gegen die arbeitswilligen Arbeiter zu unterdrücken. Er steht völlig auf dem Boden der Anschauungen der Leute vom Zentralverband der Industriellen.

Patriotismus und Steuerzahlung.

In der Monatsschrift „Verwaltung und Statistik" hatte letzthin der Kommissar einer Provinzialsteuerbehörde angegeben, daß der preußischen Staatskasse infolge von Unterdeklarationen jährlich 50 bis 60 Millionen Mark verloren gehen. Um diesen Betrag etwa wird bei der preußischen Steuerreform das Steuersoll durch „Einarbeitung" der Zuschläge erhöht werden. Die Masse der Steuerzahler muß für die Steuerbetrüger bluten. Aus welchen wohlhabenden Kreisen sich diese Steuerbetrüger rekrutieren, sagt der Aufsatz des Beamten mit folgenden Worten:

„Bei sehr vielen Steuerpflichtigen, insbesondere Gewerbetreibenden und Landwirten, läßt sich das Einkommen nur durch Schätzung ermitteln. Ein großer Teil dieser Steuerpflichtigen gibt in der begründeten Annahme, daß ihm unrichtige wissentliche Schätzungen gar nicht oder doch sehr selten nachgewiesen werden können, Jahr für Jahr sein Einkommen schätzungsweise absichtlich zu niedrig an."

Die kolossale Wertsteigerung der landwirtschaftlichen Produktion kommt in den Steuersätzen fast gar nicht zum Ausdruck. Der Lohn des Arbeiters und Privatangestellten muß der Steuerbehörde denunziert werden; die Patentpatrioten aber beschummeln den Staat um Dutzende von Millionen.

Der Erfolg des Schnapsboykotts.

Der soeben veröffentlichte Geschäftsbericht der Spirituszentrale teilt mit, daß der Trinkverbrauch an Schnäpsen gegen das Vorjahr zwar um 16 Millionen Liter gewachsen ist, „was aber nicht eine tatsächliche Ausdehnung bekundet, sondern im wesentlichen darauf beruht, daß im Vorjahre noch alte Vorräte aufgebraucht wurden."

Landtagswahl in Urach.

Bei der gestrigen Landtagsersatzwahl im Oberamt Urach (Württemberg) erhielt Fabrikant Henning (Fortschr. Vp.) 3248, Arbeitersekretär Fette (Soz.) 2583 Stimmen; Henning ist also gewählt.

Im ersten Wahlgang erhielt Henning 2250, Fette 2207 und Rafer (Bbd.) 1145 Stimmen. Für den zweiten Wahlgang hatte der Bauernbund bekanntlich Wahlenthaltung beschlossen, doch haben, wie das Resultat beweist, die Bauernbündler diesen Beschluß nicht eingehalten, sondern für Henning gestimmt.

Die persische Krise.

London, 6. Dezember. Aus Teheran wird der „Morning Post" gemeldet, Persien habe gestern ein Ultimatum an Rußland gerichtet, in dem verlangt werde, daß die russischen Truppen nicht über Kaswin hinaus vorrücken sollen, und daß Rußland sich verpflichte, einen etwa geplanten Nachschub von Truppen rückgängig zu machen. Wenn diese Forderungen nicht innerhalb 30 Stunden bewilligt würden, werde Persien die Offensive ergreifen. Die Bachtiaren unterstützen die Regierung.

Auf dem Marsch nach Teheran.

Teheran, 6. Dezember. 2500 russische Truppen haben die Garnison von Resch verlassen, um die 155 Meilen weite Strecke bis nach Teheran zurückzulegen. Sollte sich Persien den Bedingungen des letzten russischen Ultimatums nicht unterwerfen, so soll die persische Hauptstadt besetzt werden.

Oesterreich.

Die Affäre Hötzendorf.

Wien, 6. Dezember. Im Abgeordnetenhause richtete der Abgeordnete Heilinger an den Präsidenten die Anfrage, ob er geneigt sei, für die Weise, wie der Monarch im Konflikt zwischen dem Grafen Aehrenthal und dem Freiherrn v. Hötzendorf entschieden habe, der tiefgefühlten Dank der Völker Oesterreichs an den Stufen des Thrones niederzulegen. Der Präsident lehnte die Antwort darauf ab, da die Angelegenheit nicht in die Zuständigkeit des Hauses falle.

Im Einlauf befindet sich eine Interpellation der Christlichsozialen, in der der Ministerpräsident ersucht wird, im Einvernehmen mit dem Minister des Aeußeren dem Abgeordnetenhause ein klares Bild über die auswärtige Lage und die Beziehungen zu den Mächten des Dreibundes zu geben. Des weiteren liegt eine **Interpellation der Sozialdemokraten** vor, in der der Ministerpräsident gefragt wird, ob die Regierung auf das nachdrücklichste die Herrschenden darauf aufmerksam machen werde, daß die österreichischen Völker die **friedlichsten und freundschaftlichsten Beziehungen zu Italien wünschten**, und daß jeder Versuch einer kriegerischen Politik auf den **leidenschaftlichsten Widerstand der Völker und der Volksvertreter** stoßen würde.

Frankreich.

Ein reaktionärer Beschluß.

Paris, 6. Dezember. In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer begründete der Sozialist Thivier einen Antrag auf Aufhebung des Anarchistengesetzes von 1895. Thivier protestierte gegen die Anwendung dieser Gesetze auf die organisierten Arbeiter und beantragte für seinen Antrag die Dringlichkeit. Justizminister Cruppi lehnte die Dringlichkeit ab und sagte, der Anarchismus bestehe immer noch, er habe aber seine Gestalt geändert und trete nicht mehr im Werfen von Bomben, sondern in Anschlägen auf die Schienenwege in die Erscheinung. Ministerpräsident Caillaux sprach sich gleichfalls gegen die Dringlichkeit aus, die darauf mit 443 gegen 97 Stimmen abgelehnt wurde.

Die Marokkofragen.

Paris, 6. Dezember. „Petit Parisien" schreibt zu den morgen beginnenden französisch-spanischen Verhandlungen: Der Botschafter Geoffray wird in Madrid erklären, daß Frankreich, das an Deutschland den mittleren Kongo abgetreten hat, um Marokko von jedem Servitut zu befreien, das Recht auf Entschädigung von seiten Spaniens zu haben glaubt. Diese Entschädigung könne nur in einer Verkürzung der Spanien durch das Abkommen von 1904 zuerkannten Einflußzone bestehen. Im Prinzip habe Ministerpräsident Canalejas dieser Auffassung bereits zugestimmt. Sobald das Abkommen abgeschlossen sein werde, würden die interessierten Mächte verständigt werden, daß Frankreich in einem noch zu bestimmenden Teile Marokkos an Spanien gewisse Vorrechte abtreten werde, die ihm das Abkommen von 1904 zuerkannt habe.

Jaurès, der zum Schluß der Debatte in der gestrigen Kammersitzung ein Zurückziehen des Antrages Damour befürwortet hatte, schreibt in der „Humanité" über sein gestriges Eingreifen in die Kammerdebatte über die Gelbbuchfrage: Mehrere Redner haben mir gesagt, ich hätte das Ministerium gerettet. Ich muß sie wahrhaftig beklagen, wenn sie selbst in den ernsten nationalen und internationalen Krisen in solchem Maße von der ministeriellen Frage beherrscht werden. Die Rechnung mit der verantwortlichen Regierung wird nach der Abstimmung über das deutsch-französische Abkommen geregelt werden. Diejenigen, die der marokkanischen Politik unserer Regierungen 8 Jahre lang Kredit gewährt haben, können auch noch der unausbleiblichen Gerechtigkeit einen achttägigen Kredit gewähren, welche den Wahnsinn jener Politiker bestrafen wird, die uns zu dem unvermeidlichen französisch-deutschen Abkommen geführt haben. Wenn es wahr ist, daß ich es war, der Caillaux gerettet hat, dann ist er doppelt verloren.

Belgien.

Eine Anklagerede Vandervelde's.

Brüssel, 6. Dezember. In der heutigen Sitzung der Kammer begründete der Sozialist Vandervelde eingehend seine Anklagen gegen die Kolonialverwaltung. Er nannte den Kolonialminister das Faktotum der Missionare, von denen er einzelne beschuldigte, Grausamkeiten begangen zu haben. Ein Leutnant habe sechs Eingeborene ohne Verhör erschossen. Die Missionare erzeugten Alkohol, und das schlimmste sei, daß der Minister in ein schwebendes Gerichtsverfahren eingegriffen habe, um Schuldige der Strafe zu entziehen. Der Kolonialminister erklärte, er habe die Freiheit des Handels eingeführt und die Kapellen auf den Farmen aufgehoben, um die Zwangserziehung der Kinder zu unterbinden. Er werde dafür sorgen, daß die Justiz von der Verwaltung unabhängig werde und nicht dulden, daß die Beamten vom Standpunkte der Religion ausgesucht würden.

Die Liberalen und Sozialisten beantragten die Einsetzung einer parlamentarischen Kommission, welche die Durchführung der Reformen in der Behandlung der Eingeborenen untersuchen solle. Außerdem beantragten sie, dem Kolonialminister einen Tadel auszusprechen.

Geprellte Proletarier.

Man schreibt uns aus Brüssel: Die klerikale Partei hat sich mit der Idee der Auflösung abgefunden — aber sie sucht die Galgenfrist zum Juni auszudehnen, um vorzusorgen und vorzubereiten für ein allfälliges Ende. Angeblich geschieht die Hinausschiebung, weil die Resultate der Volkszählung — vom Januar 1911 nämlich! — noch nicht komplett vorliegen sollen, auf Grund der das Gesetz über die Vermehrung der Abgeordnetenmandate zu machen ist. Diese Hinausschiebung bringt nun 57 000 belgische Arbeiter um ihr Wahlrecht. Vom März angefangen bis in den August hinein verlassen nämlich jene belgischen Arbeiter, die auf „vaterländischem" Boden ihr Brot nicht finden, Belgien, um über der Grenze, in Frankreich — daher die vlämische Bezeichnung Franschmannen — Arbeit zu nehmen. Diese „Franschmannen" verlieren zwar nicht ihre Nationalität, sie sind und bleiben Belgier, wenn sie auch eine Weile im Nachbarland ihr Brot verdienen. Nur teilnehmen an einer der wichtigsten Wahlen, die Belgien je gehabt, können, dürfen sie nicht. Zwar werden, wie sogar der Minister des Innern verspricht, bis Ende Dezember die Ziffern der Volkszählung vorliegen, aber die klerikale Partei will die Wahlen im Juni und so mögen — abgesehen davon, daß die Mehrheit des Landes die Auflösung im Januar will — 57 000 Arbeiter um ihr Stimmrecht geprellt werden. Wobei sich's nur frägt, ob die Liberalen, die nun in der Opposition so aufgeregt freiheitlich sind, im ähnlichen Fall auf das Recht des Arbeiters mehr Rücksicht nehmen würden? Warten wir's ab.

England.

Der Partikularismus in Großbritannien.

London, 4. Dezember. (Eig. Ber.) Eine Veränderung von größter Wichtigkeit, die die Versicherungsvorlage während der Komiteeberatungen im Parlament durchgemacht hat, ist die Teilung Großbritanniens in vier Provinzen (England, Schottland, Wales und Irland) mit vier Versicherungsämtern, vier Versicherungsfonds und wahrscheinlich auch vier Rechnungssystemen. Die Regierung hat durch die Nachgiebigkeit gegenüber den Forderungen der nationalistischen Partikularisten aller Landesteile die Verwaltung des ganzen Versicherungssystems nicht nur sehr kompliziert gemacht, sondern auch viele Gewerkschaften vor den Kopf gestoßen, besonders die, die dem Allgemeinen Gewerkschaftsverband angehören, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, die zersplitterten Kräfte der britischen Gewerkschaftsbewegung zu zentralisieren. Auch viele der größeren Freien Hilfskassen, deren Mitglieder sich auf das ganze Land verteilen, sind mit der Versicherung sehr unzufrieden. Die Gewerkschaften und die Freien Hilfskassen werden die Hauptträger der Versicherung sein, und es wird ihnen wohl nichts anderes übrig bleiben, als sich in vier Teile zu spalten. Die Gefahr, die der Einheitlichkeit der Gewerkschaftsbewegung droht, wird von dem Allgemeinen Gewerkschaftsverband klar erkannt. Der leitende Ausschuß dieser zwischen siebenbis achthunderttausend Mitglieder umfassenden Zentralorganisation hat sich nun mit einem Zirkular an die ihm angehörenden Gewerkschaften gewandt, in dem diese aufgefordert werden, gegen die Zersplitterung des Versicherungswesens Einspruch zu erheben. In dem Zirkular heißt es:

„Die Entnationalisierung des Projekts wird die Verwaltungsschwierigkeiten sehr vermehren: mehr Beamte werden nötig sein, es werden größere Ausgaben erwachsen. Kein Geschäftsmann wird die Vorschläge vom geschäftlichen Standpunkte aus verteidigen können. Man sagt uns, daß wir mit all den Komplikationen, die sich aus der Entnationalisierung des Projekts ergeben, fürlieb nehmen müssen, weil das nationale Gefühl vier Versicherungsämter verlange. In der Gewerkschaftsbewegung können wir wenig anfangen mit einer Art nationalen Gefühls, das in der Bildung von Spaltungen zwischen Leuten, deren wirtschaftliche Interessen identisch sind, zum Ausdruck kommt und das Anomalien zwischen den verschiedenen Ländern schaffen will. Die Arbeiter brauchen eher Solidarität als Nationalität; sie sind gern bereit, dieselben Rechte und Pflichten auf sich zu nehmen, wenn es ihnen die Politiker nur gestatteten."

Der Plan der Regierung hat bei vielen Gewerkschaftlern nicht geringe Besorgnis hervorgerufen. Etliche haben den Vorschlag gemacht, falls es im Unterhause zu spät sein sollte, das Haus der Lords zu petitionieren, den ursprünglichen Text der Vorlage wiederherzustellen.

Eine Rede Greys.

London, 5. Dezember. Staatssekretär Grey streifte in einer Rede, die er in einer Versammlung in Plymouth hielt, auch die auswärtigen Angelegenheiten. Er erklärte, die Ansichten der Regierung über Persien, das sich in einer schweren Krisis befinde, würden dem Unterhause in der nächsten Woche vorgelegt werden. Mit bezug auf Marokko äußerte der Minister, wenn Frankreich und Deutschland, wie die englische Regierung glaube, ihre Streitfragen hinsichtlich Marokkos geschlichtet hätten, so müßte ein solches Resultat eine wohltätige Wirkung auch auf die englisch-deutschen Beziehungen haben. Das politische Barometer müßte steigen, wenn erst die marokkanische Depression vorbeigezogen wäre.

Keine Geheimverträge.

London, 6. Dezember. Unterhaus. Der Abgeordnete Gordon Harvey (liberal) fragte den Premierminister, ob die Erklärung, daß kein geheimes Abkommen irgend welcher Art, außer den bereits mitgeteilten, bestehe, auch auf die Verträge Anwendung finde, die zwischen Großbritannien und anderen Mächten als Frankreich abgeschlossen worden seien. Asquith erwiderte, wie bereits erklärt worden sei, beständen mit Frankreich keine geheimen Vereinbarungen, außer den bereits bekanntgegebenen, und ebenso beständen keine geheimen Vereinbarungen mit irgend einer fremden Regierung, die Großbritannien irgend eine Verpflichtung auferlegten, mit dem Heere oder mit der Flotte irgend einer anderen Macht Beistand zu leisten. Es gebe keine Geheimverträge neueren Datums.

Mexiko.

Ein politischer Mord

New York, 6. Dezember. Eine Depesche aus Mexiko meldet, daß Gomez, der Führers des Aufstandes in dem Bezirk Juchitan, der mit einem vom Präsidenten ausgestellten Paß aus der Hauptstadt abgereist war, während der Reise mit 8 Begleitern aus dem Zug gezogen und gelyncht worden sei.

Aus der Partei.

Die oldenburgischen Kommunalwahlen

haben in den letzten Tagen in einer Anzahl von Orten stattgefunden. In der Stadt Delmenhorst fielen sechs Mandate den Sozialdemokraten und sechs den Bürgerlichen zu, von den acht Mandaten der Delmenhorster Stadtgebietsvertretung errangen unsere Genossen fünf. — In Osternburg bei Oldenburg mußten unsere Genossen dem Ansturm der vereinigten Gegner weichen, unsere Stimmenzahl hat aber erheblich zugenommen. Ebenso erging es unseren Genossen in Nordenham und in dem benachbarten Einswarden-Blexen. Die Kandidaten der organisierten Arbeiterschaft wurden gewählt in der Landgemeinde Hasbergen, in Sande und in Schortens sowie in den Weiterorten Warfleth und Bardewisch. In Oldenburg (Stadtgebiet), Jever und Rodenkirchen siegten die gemeinsamen Listen der Sozialdemokraten und Freisinnigen.

An allen Wahlorten hat die Sozialdemokratie einen starken Stimmenzuwachs zu verzeichnen.

Von der Arbeiterbildung in Belgien.

Man meldet uns aus Brüssel: Das Arbeiterbildungswesen in Belgien macht dank des planvollen und organisierten Arbeiten der letzten Zeit sichtlich Fortschritte, die sich nicht zuletzt in dem durch die „Education centrale" (den belgischen Bildungsausschuß, über dessen Organisation wir seinerzeit berichteten) geleiteten Vortragswesen ausspricht. Bemerkenswert ist in dieser Wintersaison das Arrangement eines Vortragszyklus über die Themen: „Sozialismus" und „Gewerkschaftsbewegung", der vom Brüsseler Arbeiterbildungsverein „Emanzipation" im Einvernehmen mit dem Brüsseler Bildungsausschuß veranstaltet wird.

Der Zyklus beginnt am 6. Dezember mit einem Vortrag des Generalsekretärs der Pariser „Confédération générale du travail", Jouhaux, der über die französischen Gewerkschaften sprechen wird. Ihm folgt 14 Tage darauf ein Vortrag von Johann Sassenbach, dem Mitglied der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Sassenbach wird über die deutsche Gewerkschaftsbewegung in französischer Sprache referieren. Ueber die Tendenzen im französischen Sozialismus wird der französische Deputierte Genosse Albert Thomas sprechen, Lagardelle vom „Mouvement Sociale" über denselben Gegenstand. Den dritten Vortrag über französischen Sozialismus wird Jules Guesde halten. Den Schluß des Zyklus bildet ein Vortrag über die Tendenzen im belgischen Sozialismus mit Referenten über die beiden Richtungen. — Nach jedem der Vorträge können die Hörer Fragen an den Vortragenden stellen. Eine „Diskussion" im landläufigen Sinne findet jedoch aus praktischen Gründen nicht statt. Für die Vorträge werden je 10 Centimes pro Mann Entree erhoben, für welche Summe der Hörer überdies eine Broschüre erhält. Der Zyklus findet im Festsaale des Maison du Peuple statt.

Eine Einrichtung, die Erwähnung verdient, ist das seinerzeit vom Deutschen Arbeiterverein in Brüssel gegründete, nunmehr der belgischen Partei angeschlossene Lesezimmer im „Maison du Peuple". Die Verschmelzung wurde nach vorangenen Verhandlungen des Deutschen Arbeitervereins mit der belgischen Partei (der Education Centrale, der Verwaltung des Volkshauses und der Brüsseler Föderationen der Arbeiterpartei) am Beginn der Wintersaison vollzogen. Die Verwaltung des Volkshauses stellte die für die Ausgestaltung nötigen Möbel usw. zur Verfügung und für die laufenden Kosten kommt die Brüsseler Föderation in Gemeinschaft mit dem Deutschen Arbeiterverein auf. Das Lesezimmer ist also jetzt den deutschen wie den belgischen Arbeitern unentgeltlich zugänglich. Eine Fülle von sozialistischen Tageszeitungen des In- und Auslandes, von Gewerkschaftsblättern, parteiwissenschaftlichen und Kunstzeitschriften stehen den Besuchern in dem hellen, freundlichen Raume des Lesezimmers zur Verfügung. In kurzem werden auch Lexika, Nachschlagebücher usw. für die Besucher aufliegen.

Parteiliteratur.

Vom Sozialdemokratischen Bureau für Rheinland-Westfalen in Düsseldorf wird herausgegeben:

„Für Wahrheit, Recht und Freiheit". Das Zentrum im Urteil seiner Partei- und Glaubensgenossen von Dr. Erdmann. Die Parteiorganisationen richten ihre Bestellungen direkt an die Druckerei Graf u. Co. („Volksblatt"), Bochum, Hermannshöhe 7, und zahlen für die Broschüre 15 Pf. pro Exemplar.

Die Auslieferung für den Buchhandel erfolgt ebenfalls durch die Bochumer Druckerei. Der Barpreis für Buchhändler ist auf 20 Pf., der Ladenpreis auf 30 Pf. pro Stück festgesetzt.

An weiteren Arbeiten erscheinen bis Anfang nächster Woche: Julian Borchardt: „Aus Geschichte, Wesen und Tätigkeit der nationalliberalen Partei." H. Limberg: „Die Scharfmacher des Industriegebietes — Todfeinde der aufstrebenden Arbeiterschaft." Franz Pokorny: „Die schwarzen Zentrumsgewerkschaften." Ein Beitrag zum Neutralitätsschwindel der christlichen Gewerkschaften.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein Breslauer Urteil.

Der frühere verantwortliche Redakteur der „Breslauer Volkswacht", Genosse Rabold, wurde von der Breslauer Strafkammer zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt, weil einem Polizeikommissar in Beuthen in einer Notiz der „Volkswacht" nachgesagt war, daß er ohne Not bei einem Menschenauflauf mit der Anwendung der Schußwaffe gedroht hatte. In der Urteilsbegründung wird ausgeführt, die Notiz habe lediglich bezweckt, den Beamten herunterzureißen; sie enthalte wissentliche Unwahrheiten und sei geeignet, die Bevölkerung aufzureizen und aufzuhetzen. Nur dem Umstande, daß Rabold bei Veröffentlichung des Artikels noch unbestraft gewesen sei, habe er es zu danken, daß er nicht ins Gefängnis wandern müsse.

Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.

Letzte Nachrichten.

In der Kaserne erschossen.

Der Sergeant Neumann von der 1. Kompagnie des Garde-Füsilier-Regiments hat sich am Mittwochabend in der Kaserne in der Chausseestraße erschossen. Das Motiv ist noch unbekannt.

Großfeuer in Charlottenburg.

Ein gewaltiger Dachstuhlbrand, der weithin sichtbar war, wütete gestern in den späten Abendstunden am Kaiserdamm in Charlottenburg. Es brannte der Dachstuhl des neuerbauten Hauses Kaiserdamm 102 in ganzer Ausdehnung. Die Charlottenburger Feuerwehr eilte mit allen zur Verfügung stehenden Löschzügen zu Hilfe und brachte gegen Mitternacht das Feuer zum Stillstand. Der Dachstuhl ist vollständig niedergebrannt.

Die französisch-spanischen Marokkoverhandlungen.

Paris, 6. Dezember. Der „Temps" meldet zu den französisch-spanischen Marokkoverhandlungen, Frankreich werde der spanischen Regierung auch eine **Schiedsgerichtsklausel** vorschlagen, die ermöglichen solle, die sich etwa aus der Ausübung des doppelten französischen und spanischen Protektorats erwachsenden Schwierigkeiten freundschaftlich zu regeln.

Der Diebstahl der Gioconda vor der Kammer.

Paris, 6. Dezember. (W. T. B.) Bei der Beratung des Budgets der schönen Künste in der heutigen Sitzung der Kammer erhoben mehrere Redner aus Anlaß des Diebstahls der **Gioconda lebhafte Angriffe gegen die Verwaltung des Unterstaatssekretärs Dujardin-Beaumetz**, dessen Verteidigungsrede von der Kammer recht unfreundlich aufgenommen wurde.

Heute wurde im Salon Carre an dem Platze, den die gestohlene Gioconda eingenommen hatte, das Bild Raphaels „Baltasar Castiglione" angebracht.

Die städtische Selbstverwaltung in Polen.

Petersburg, 6. Dezember. (W. T. B.) Die Reichsduma begann heute die Spezialdebatte über die Vorlage der **städtischen Selbstverwaltung in Polen**, die drei Nationalkurien vorsieht, nämlich eine russische, eine jüdische und eine für die übrige Bevölkerung. Die polnische Sprache wird für Debatten zugelassen, im dienstlichen Verkehr aber wird die russische Sprache angeordnet. Der Vertreter des Polenklubs erklärte, die Polen wollten sich aller Amendements enthalten, um die Durchführung der Vorlage nicht zu hemmen. Zu der Aufforderung jüdischer Deputierter, den Juden Gleichberechtigung bei den städtischen Wahlen zuzuerkennen, erklärte der Vertreter des Polenklubs, dies sei gegenwärtig unmöglich, denn es würde zu einer Ueberschwemmung der polnischen Städte durch die Juden führen.

Großfeuer.

Saarbrücken, 6. Dezember. (W. H.) Ein Großfeuer äscherte das Metallwerk Schnappach ein. Der Schaden wird auf **mehrere hunderttausend Mark** geschätzt.

Giftmord?

Prag, 6. Dezember. (W. T. B.) In Weleschnitz, einem Orte Mittelböhmens, sind ein greises Ehepaar Verschilck sowie deren Tochter und Schwiegersohn durch **arsenikhaltiges Fleisch vergiftet worden**. Die Eltern sind bereits gestorben; das junge Ehepaar ist schwer erkrankt. Es wird **Giftmord** vermutet. Die Täter sind unbekannt.

Verantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Der Krieg.

In sehr ausführlichen und siegesfroh gehaltenen Depeschen meldet heute die italienische Heeresleitung, daß die Division Pecori Geraldi sich in Ainzara festgesetzt und von hier aus Rekognoszierungen in südlicher Richtung vorgenommen habe. Dabei sei sie mit zurückgehenden feindlichen Truppen ins Gefecht gekommen; die Kavallerie habe auch die Bedeckung einiger mit Kriegsmaterial beladener Karawanen angegriffen. Die den Rückzug der Türken deckende Abteilung sei bei den ersten Kanonenschüssen geflohen. Die Italiener geben offiziell ihre Verluste vom 4. Dezember in folgender Höhe an: 1 Offizier und 16 Soldaten tot, 94 verwundet.

Um den Einmarsch ins Innere durchführen zu können, haben die Italiener in Aegypten bis jetzt 4000 Kamele angekauft. Da diese Zahl nicht genügt, sollen noch 5000 dieser unentbehrlichen Tiere erworben werden. Bekanntlich muß auf dem Vormarsch in das Innere nicht allein Munition, Proviant, Sanitätsmaterial usw., sondern auch Wasser und Holz auf dem Rücken der Kamele transportiert werden. Die Italiener haben in Tripolis auch große Mengen Eisenbahnmaterial gelandet, um sofort mit dem Bau von Eisenbahnen beginnen zu können, sobald das Expeditionskorps genügend Terrain gewonnen hat.

Allzu schnell wird das freilich nicht gehen, und kostspielig wird diese Art des Vorgehens auch werden. Die nächste Folge des Vordringens nach Ainzara ist, daß in Italien 9000 Reservisten der Jahresklasse 1887 einberufen werden, und zwar 6000 Mann Artillerie und 3000 Mann der Genietruppen. Von den schon jetzt bereit gehaltenen Truppen sind in diesen Tagen 10 000 Mann nach Tripolis abgegangen.

Blutjustiz.

Tripolis, 6. Dezember. Das Kriegsgericht hat vierzehn Eingeborene, die schuldig befunden waren, verräterisch italienische Soldaten am 23. Oktober getötet zu haben, zum Tode verurteilt. Die Untersuchung der Angelegenheit hat ergeben, daß die Schuldigen von den Türken bewaffnet worden waren.

Die Türken hatten die Eingeborenen der Oase von Tripolis zum Milizdienst herangezogen und natürlich auch bewaffnet. Es ist ein unerhörtes Vorgehen der italienischen Henker, diese Eingeborenen als Rebellen zu behandeln und sie niederknallen zu lassen.

Die Dardanellenfrage.

Konstantinopel, 6. Dezember. Die russische Botschaft legt intensiven Wert auf Beschleunigung ihrer Aktion zur Oeffnung der Meerenge für die russische Kriegsflotte. Der russische Botschafter drängte bei der Pforte bereits heute auf eine Antwort. Die Pforte erwiderte ausweichend. Sie hat ihre Botschafter bei den Signatarmächten des Berliner Vertrages beauftragt, die Auffassungen dieser Mächte einzuholen. Sie geht von dem Standpunkte aus, daß sie einseitig zu einer solchen grundlegenden Aenderung des Pariser bezw. Berliner Vertrages nicht berechtigt sei. Eine derartige Aenderung dürfte nur mit Zustimmung aller Signatarmächte unternommen werden. Noch vor wenigen Jahren sind ähnliche Vorstöße Rußlands an der unbeugsamen Haltung Englands gescheitert. Eine einseitige Verschiebung des Meerengenvertrages (ausschließlich zugunsten Rußlands) käme einem Protektorat Rußlands über die Türkei gleich. Ob diese Anschauungen in London noch maßgebend sind, das wird in erster Linie für den Ausgang der russischen Aktion von Bedeutung sein. In Pfortekreisen ist man äußerst skeptisch und befürchtet, daß wesentliche Modifikationen in der traditionellen Stellungnahme Englands Platz gegriffen haben und daß möglicherweise die Meerengenfrage einen Anhang zu dem englisch-russischen Abkommen über Persien bildet. Die Lage spitzt sich infolgedessen merklich zu. Sie kann nicht anders als von schweren Rückwirkungen auf die innere türkische Politik begleitet sein. Man ist allgemein besorgt, das Kabinett Said werde außerstande sein, den sich auftürmenden Schwierigkeiten wirksam zu begegnen.

Deutschland und die Dardanellenfrage.

Mannheim, 6. Dezember. Auf Grund einer Mitteilung aus maßgebenden rumänischen Kreisen, die der Mannheimer Börse durch eines ihrer Mitglieder zugegangen ist, richtete der der Vorstand der Mannheimer Produktenbörse an den Reichskanzler die Bitte, für den Fall, daß Italien tatsächlich die Absicht habe, die Dardanellen zu blockieren, im Interesse des Getreideverkehrs zwischen Rußland, Rumänien und Deutschland Schritte zur Verhinderung eines solchen Vorhabens zu tun. Die Einführung russischen und rumänischen Getreides sei zur Versorgung unserer Mühlen so notwendig, daß eine Unterbrechung dieser Bezüge eine schwere Schädigung bedeuten würde.

Der mazedonische Bandenkrieg.

Konstantinopel, 6. Dezember. Außer 20 Bulgaren, die den Tod fanden, sind bei den vorgestrigen Ruhestörungen in Uesküb 167 Personen mehr oder weniger schwer verwundet worden. Mone Mite, einer der Führer der bulgarischen revolutionären Propaganda, der in dem wohlbegründeten Verdacht der Urheberschaft des Moscheeattentats steht, wurde in Köprülüe verhaftet. Die bulgarischen Bandenchefs hielten vor einigen Wochen Zusammenkünfte in Küstendil ab und beschlossen für das Frühjahr eine Neuauflage des Bandenkrieges. Die hiesige Presse beschuldigt Italien der Mitwirkung bei dem Verbrechen und will wissen, daß Italien durch einen Emissär die Bandenchefs beeinflußt habe. Die Pforte befürchtet keine Ausdehnung der Unruhen, dürfte aber bald über Uesküb und Umgebung den Belagerungszustand verhängen.

Oesterreich und Italien.

Wien, 5. Dezember. In der heutigen Sitzung des Budgetausschusses des Abgeordnetenhauses verwies der Slowene Korosec im Laufe der Debatte auf die Befürchtungen bei den Südvölkern, daß die österreichische Südwestgrenze nicht genügend geschützt sei. Das Bündnis mit Italien sei nutzlos, und die Lage Oesterreichs werde sich noch verschlechtern, wenn Italien nach Beendigung des Tripoliskrieges seine Ansprüche auf Albanien geltend machen werde. Der Sozialist Seitz wendete sich gegen die gestern vom Abg. Schraffl beantragte Resolution betreffend Verteidigung der Grenzen. Italien sei für Oesterreich niemals ungefährlicher gewesen als jetzt. Eine Zusammenziehung von Truppen an der Südgrenze wäre daher gegenwärtig sinnlos oder der Anfang einer aggressiven Politik. Der Ausschuß beschloß, die Abstimmung über die Resolutionen, die nicht zum Gegenstand der Verhandlung gehören, darunter über die Resolution Schraffl, zu vertagen.

Die Posse in der Tragödie.

Rom, 6. Dezember. Der Dichter Gabriele d'Annunzio hat den Antrag gestellt, das Expeditionskorps nach Tripolis begleiten zu dürfen. Die Antwort des Ministers steht noch aus.

Der größenwahnsinnige sadistische Versefabrikant hat auf dem Kriegsschauplatze noch gefehlt.

Der „Sozialist" De Felice, der noch immer in Tripolis als Kriegsberichterstatter des „Messagero" weilt, hat von dem Korrespondenten des „Giornale d'Italia", Paserti, nach einem heftigen Wortwechsel eine Herausforderung zum Duell erhalten. Natürlich hat der Wirrkopf und Draufgänger De Felice die Forderung angenommen.

Die Sozialisten im Stadtrat von Rom und Mailand gegen den Krieg.

Rom, den 2. Dezember. (Eig. Ber.) Am Abend des 29. November hat der Stadtverordnete, Genosse Della Seta, in der römischen Stadtverordnetenversammlung im Namen seiner Fraktion Einspruch gegen den Krieg erhoben. Schon eine Stunde vor Beginn der Sitzung war der ganze Saal mit Geheimpolizisten gefüllt, und an der Treppe vom Campidoglio stand die Polizei. Draußen auf dem Platz des Campidoglio wurden einige fünfzig unserer Parteigenossen verhaftet, weil sie „Nieder der Krieg" gerufen hatten.

Vor Zuhörern, wie sie feindseliger und erbitterter kaum zu denken sind, begann dann Della Seta seine Rede. Er wisse, daß seine Fraktion hier allein gegen das tripolitanische Unternehmen Stellung nehmen würde. Niemand würde wohl von den Sozialisten erwartet haben, daß sie in solcher Stunde ihren Protest verschweigen. Man glaube nicht, daß die Sozialisten ohne Schmerz der Soldaten gedenken, die ihr junges Leben auf dem Schlachtfelde lassen. Man glaube nicht, daß sie den Familien der Gefallenen den Beistand weigern wollen. Die Ablehnung der Sozialisten gilt dem Krieg als solchen, in dem sie ein Unheil für das Land und einen Hemmschuh der Kultur sehen. Für uns bedeutet der Krieg Unsummen von Energie, die der Hebung des Volkes und der Urbarmachung unserer eigenen Einöden entzogen sind. (Unruhe.) Wenn man hier von einer historischen Fatalität sprechen will, so ist es eine solche, die aus der Politik der Bourgeoisie und nicht aus der des Proletariats folgt (vereinzelter Beifall im Zuschauerraum, Tumult). Wir erheben hier unseren Protest gegen den Krieg, weil er die Kulturarbeit im Lande schwächt und in der Fremde, wie in den Gemütern unserer Soldaten nur Barbarei säet. Wir Sozialisten würden zurückschrecken vor einem Bündnis mit dem Vatikan, der wohl Tripolis italienisch sehen will, aber nicht Rom als Hauptstadt Italiens anerkennt (Beifall, furchtbare minutenlange Unruhe). Uns gilt es gleich, ob Ihr hier brüllt. Wir geben unseren Gedanken Ausdruck und fühlen uns dabei als Fürsprecher der Kultur und auch als Sachwalter derer, die im eigenen Vaterlande, in der Einöde des Agro Romano, wie in den elenden Dörfern Süditaliens, jämmerlicher und verlassener als die Wilden dahinleben müssen. Uns kümmert es wenig, wenn wir hier im Saale eine kleine Minderheit sind: trotzdem erheben wir gegen Euch, die Ihr die Fahne des Krieges schwenkt, im Namen unseres Ideals unsere Fahne des Friedens und der Menschlichkeit. (Vereinzelter Beifall, Pfeifen, Brüllen und Trampeln der Polizisten in Zivil.)

Nachdem sich die Unruhe gelegt hatte, sprachen noch ein Bürgerlich-Liberaler, ein Republikaner und ein Radikaler für den Krieg, die beiden letzten mit sehr energischen und sehr bejubelten Hieben gegen den Dreibund. Zuletzt nahm der Bürgermeister Nathan das Wort, der den unglücklichen Gedanken hatte, seine Rede mit der Aufforderung zu schließen, sich von den Sitzen zu erheben mit einem Hoch auf Italien.

In diesem Zusammenhange konnten und durften unsere Genossen nicht in das Hoch einstimmen. Ostentativ, ruhig, die Kraft ihrer Ueberzeugung der Hochflut des nationalistischen Rausches entgegenstellend, blieben unsere Genossen sitzen. Niemand, der der Sitzung beigewohnt hat, konnte sich dem Eindruck des Moments entziehen: während der dichtgedrängte Saal grollte und lärmte, drängen die bürgerlichen Journalisten mit geballten Fäusten gegen die Sitze unserer Genossen. Die Erbitterung der Ritter von der Feder machte sich in gemeinen Schimpfworten Luft, die sich besonders gegen den Genossen Montemartini richteten, der als Generaldirektor des Statistischen Amtes eine hohe Staatsstellung bekleidet. „Montemartini mußte aufstehen, wenn auch alle anderen sitzen blieben", brüllten die Herrchen, die dafür waren, daß man gegen Gehalt nicht nur seine Arbeitskraft sondern auch seine Ueberzeugung verdingt. „Legt Euer Amt nieder, schert Euch weg", brüllte man im Publikum. Da erhob sich plötzlich Montemartini, mit seiner riesigen Gestalt hoch über die anderen hinausragend, und übertönte den Tumult mit mächtiger Stimme. „Im Namen meiner Fraktion rechne ich es mir zur Ehre an, hier noch einmal laut zu erklären, daß wir in allem den vom Kollegen Della Seta ausgesprochenen Meinungen beipflichten. Im Sinne dieser Erklärungen, und ohne ein Wort von ihnen zurückzunehmen, rufe ich hier und rufen mit mir meine Gesinnungsgenossen, mit einer Ueberzeugung, die die von Hunderten dieser Herren (mit einer Bewegung gegen den Saal und gegen die Presse) aufwiegt: „Es lebe Italien!"

Diese Worte, die klar und mannhaft und ohne Konzession den Unterschied hervorhoben zwischen der Liebe der Sozialisten für ihr Vaterland und dem blutdürstigen Taumel, der heute unter der Maske der Vaterlandsliebe der Vergewaltigung und der Barbarei das Wort redet, verfehlten ihren Eindruck nicht. Die Schreier empfanden etwas wie Ehrfurcht vor dem ruhigen Mut, mit dem unser Genosse sich der Ueberzahl entgegenstellte, um ihr zu sagen: nicht dem offiziellen Italien, nicht dem der blut-

Kleines Feuilleton

„Vollmenschen". Brave Bürger mit wohltemperierter seelischer Verdauung. Nur wirken leise soziale Gefühlchen zuweilen ein wenig störend.

Hallo: eine famose Radikalkur! Umschaffen läßt man sich! Einfach umschaffen! Schließlich war man lange genug dekadent! Warum soll man nicht auch einmal Renaissancenatur werden? Renaissancenaturen haben es zu gut. An die können noch so leise soziale Gefühlchen nicht mehr heran.

Tja, für Geld muß doch so was zu haben sein? Wozu wäre sonst die Literatur da, die dem Herrgott ins Handwerk zu pfuschen gelernt hat? Ah! Da melden sich auch schon ein paar Spezialisten! Neoklassizisten heißen Sie? Also los! Aber Vorsicht auf gewisse Bestandteile der bourgeoisen Psyche, bitte! Vor allem das Monokel! Das muß unbedingt verschont bleiben!

In Strömen fließt der Schweiß der Künstlinge. Nach dem bewährten Rezept, das der Maler Jakobus dem Romandichter Heinrich Mann anvertraut hat, werden die modernen Aermlichkeiten und Perversitäten mit so überlegener Geschicklichkeit verkleidet und geschminkt, daß sie wirklich an dem vollen Menschentume des goldenen Zeitalters teilzuhaben scheinen.

Tausende Cesare Borgias flanieren fortan auf der Tauentzienstraße. Mit kalter Verachtung strafen sie die begehrlichen Blicke des frierenden Bettlers an der Straßenecke. Mächtig dämonisch kommen sie sich vor. Mitgefühl? Menschenliebe? Gegen derlei „Atavismen" sind sie gepanzert durch — Maskerade.

Von einer New Yorker Volksbibliothek gibt Margarete Monrad, eine Bildhauerin aus dänischer Familie, eine anschauliche Schilderung, der wir folgendes entnehmen: „Das Kulturheim liegt in einem der schlimmsten Armenquartiere New Yorks, wo die Menschen enger zusammengedrängt sitzen als irgendwo anders. Es ist die Ostseite, sie gleicht einer offenen Wunde an der großen Stadt. Straßen, eingeklemmt zwischen finsteren Kasernen, und über ihnen die lärmende Luftbahn, die den letzten Rest Himmels verbirgt. Hier herrscht ein Menschengewimmel, daß man zeitweise sich kaum durchquetschen kann. Hier werden Millionen von Menschen geboren, leben und sterben, mit menschlichen Gefühlen und Möglichkeiten, und Menschen, die man mit der Zeit liebgewinnen kann. In diesem Heim, das an ein Judenquartier stößt und von dem aus man auch bald das Italienerviertel erreicht, liegt eine Volksbibliothek, an der ich eine Anstellung erlangt hatte.

In der kleinen Bibliothek halten wir etwa 3000 Bände bei einer täglichen Ausleihziffer von etwa 1000, so daß genügend zu tun ist. Um 2 Uhr wird unten die Tür geöffnet und die Kleinen, die noch nicht in die Schule gehen, kommen, zwitschernd wie junge Vögel, die Treppe heraufgestürzt, um sich Bilderbücher anzusehen. Doch bevor sie herein dürfen, müssen sie zeigen, daß sie reine Hände haben. Sie sind so rührend mit ihren großen bittenden Augen und es ist so leicht, sie in Ordnung zu halten: die Drohung, nach Hause geschickt zu werden, wirkt augenblicklich.

Um drei Uhr werden sie fortgeschickt, denn dann kommen die Schulkinder an, alle auf einmal, um auf dem Heimwege Bücher zu tauschen. Anfangs wurde ich ganz konfus: einige wollten, daß ich ihnen ein Buch aussuchen sollte, obwohl sie gewöhnlich an den offenen Gestellen herumstöbern, bis sie eins finden, das ihnen gefällt. Andern soll man bei der Benutzung von Handbüchern behilflich sein oder beim Aufsuchen eines geschichtlichen oder naturwissenschaftlichen Werkes, das sie für ihren Schulaufsatz benutzen wollen. Bei den Mädchen herrscht auch eine starke Nachfrage nach Kochbüchern, seitdem in mehreren Schulen Kochklassen eingerichtet worden sind, und nach Gartenbüchern, seitdem man angefangen hat, auf einem unbebauten Terrain hier im Viertel Schulgärten anzulegen.

Alle möglichen Fragen bekomme ich. Gestern kam ein russischer Judenjunge und wollte wissen, wie man gegen den Wind segelte. Ich suchte in einem Handlexikon nach der Erklärung, aber es kam darauf hinaus, daß der Junge mich belehrte und nicht ich ihn. Er zeichnet unablässig Boote und Schiffe; wir haben nämlich auch ein Zeichenzimmer auf der Bibliothek. Ich habe einen Stoß Papier und eine größere Anzahl Bleistifte billig bekommen, die stets zum Gebrauch bereit liegen und von denen natürlich nicht zu wenig verschwinden.

Von fünf bis sechs dürfen die kleineren Kinder wieder hereinkommen, und dann werden, zwei-, dreimal in der Woche Geschichten erzählt. Als der Versuch das erste Mal gemacht wurde, strömte die ganze Straße herein; später mußten Billette ausgegeben werden, um den Strom zu teilen. Am Abend wird die Bibliothek meist von Fabrikmädchen besucht, die ausschließlich Romane lesen. Unter den Besuchern sind viele Italiener, aber die Kinder wollen selten ihre Muttersprache sprechen, obwohl viele von ihnen erst ein Jahr hier sind . . ."

Die fernsten Welten. Die Ausmaße der sichtbaren Teile des Weltalls sind so ungeheuer, daß schon dieser Grund allein für die schrankenlose Bewunderung hinreicht, die ein Immanuel Kant in der Betrachtung des Sternenhimmels immer aufs neue empfand, wie es sein berühmter Ausspruch erklärt, der auch für die an seinem hundertjährigen Todestage in seiner Vaterstadt Königsberg enthüllte Denktafel gewählt wurde. Als die äußersten durch die menschlichen Sinne erreichbaren Grenzen des Weltraums werden die Gestirne der Milchstraße bezeichnet, die nach der Auffassung der Astronomen einen großen Ring um den ganzen übrigen Raum schließt. Aber auch mit dieser Deutung hat sich der Flug des Menschengeistes noch nicht genug getan, sondern es ist die Frage aufgeworfen worden, ob nicht noch Gebilde am Himmel wahrnehmbar seien, deren Lage jenseits dieser vermeintlichen Grenze anzunehmen wäre. In der Tat gibt es unter den sogenannten Nebeln gewisse Gestirne, die den Verdacht erwecken, als wären sie ihrerseits gleichsfalls solche Milchstraßenringe, also nicht einzelne Welten, sondern ganze Welträume, die jenseits des Weltraumes in jenem gekennzeichneten Umfang gelegen wären. Ueber dieses Problem von unerhörter Tragweite hat sich jetzt Professor Wertz in den „Astronomischen Nachrichten" vernehmen lassen. Er betrachtet tatsächlich die weißen Nebel als ferne Milchstraßen. Ihre verschiedene Helligkeit erklärt er dadurch, daß ihr Licht beim Durchgang durch die unermeßlichen Räume bis zur Erde, wozu es viele Jahrhunderte braucht, eine Abnahme erfährt. Professor Wertz wagt es dennoch, die Entfernung dieser Himmelskörper abzuschätzen. Für den größten Nebel dieser Klasse, den Andromedanebel nimmt er sie zu etwa 1000 Lichtjahren an, wobei man sich vergegenwärtigen muß, daß das Licht in einer Sekunde rund 300 000 Kilometer zurücklegt. Für die kleinsten dieser Nebel aber wäre sie gar auf eine Million Lichtjahre zu veranschlagen.

Notizen.

— **Vom Deutschen Museum.** Die vom Deutschen Museum in München gegründete Stiftung, die Absolventen höherer Schulen und Seminaristen eine Reise nach München zum Zwecke eines eingehenden Studiums des Deutschen Museums ermöglichen soll, hat jetzt eine Höhe von 124 000 M. erreicht, mit 83 Stipendien zu je 1500 M.

In den letzten Tagen hat nun auch Nürnberg für das Jahr 1912 vier Reisestipendien von 1500 M. bewilligt und ist damit vorbildlich vorgegangen. (An die Arbeiter hat man selbstverständlich dabei nicht gedacht.)

— **Vorträge.** In der Urania wiederholt Alice Schalek ihren Vortrag „Ein Streifzug durch China, Tonking und Macao" am Freitag noch einmal. Am Sonnabend spricht sie über ihre Reise durch Java, Siam und Johore.

— Die Freie Volksbühne veranstaltet am Sonntag nachmittags 3 Uhr im Thalia-Theater die Berliner Erstaufführung von Rudolf Greinz' Tiroler Bauerndrama: „Die Thurnbacherin". Der Autor hat sein Erscheinen zugesagt. — Im Neuen Schauspielhause geht gleichzeitig der zweite Teil von Björnsons Drama „Ueber unsere Kraft" in Szene.

— **Musikchronik.** In der Komischen Oper. In der „Traviata"-Aufführung wird am Donnerstag noch einmal Franz Egenieff als Georg Germont gastieren. — Am Sonnabend wird die „Regimentstochter" gegeben.

— Im Lessing-Museum (Brüderstr. 13) spricht Donnerstag, abends 8 Uhr, Viktor Klemperer über den Dichter Ferdinand Kürnberger. Lolo Varnay bringt Gesänge zum Vortrag. Der Eintritt ist frei.

befleckten Trikolore des Imperialismus gilt unser Hoch, sondern dem Vaterlande als Kultureinheit, als gemeinsames Streben im Dienste der Menschheit.

In Mailand hatte die Demonstration insofern einen wesentlich anderen Verlauf, als es der Arbeiterschaft gelungen war, rechtzeitig einen Teil der Bänke zu besetzen. Als sich dann der Bürgermeister in einer plumpen Verherrlichung des Krieges erging und sagte, daß die Soldaten vom Volke als die Eroberer neuen Reichtums angesehen würden, brach ein furchtbarer Tumult auf den Tribünen aus. Die Unterbrechung dauerte 20 Minuten. Als im weiteren Verlauf der Rede die Mehrheit der Stadtverordneten dem Bürgermeister Beifall spendeten, riefen die Sozialisten: „Nieder der Krieg!" Das Publikum stimmte die Arbeiterhymne an. Unter beständigen Unterbrechungen brachte dann der Bürgermeister seine Rede zu Ende, indem er 35 000 Lire Unterstützung aus der Stadtkasse für die Opfer des Krieges beantragte.

Für die sozialistische Fraktion nahm darauf Genosse Bonardi das Wort, der die Pflicht der Sozialisten betonte, im Namen ihrer Ideale gegen den heutigen Krieg Einspruch zu erheben. Was Italien heute tut, das steht im Widerspruch zu den Idealen der Freiheit und nationalen Selbständigkeit, die das kostbarste Erbteil des dritten Italien sind. Auf den Zwischenruf „Vaterlandsfeinde" fährt der Redner fort: „Nicht zur Verteidigung des Vaterlandes nehmt Ihr heute den italienischen Müttern ihre Söhne, sondern um den schmutzigen Interessen einer Handvoll Kapitalisten zu dienen (Beifall). Wenn es sich darum handelte, unseren Boden gegen fremde Angriffe zu verteidigen, so würden alle Italiener ohne Unterschied der Partei ihre Pflicht zu tun verstehen." Bonardi wies dann auf die Unhaltbarkeit der imperialistischen Vorstellungen hin, betonte das Bedürfnis, im eigenen Lande Kulturarbeit zu leisten und wendete sich mit schärfsten Worten gegen alle, die für das heutige Abenteuer verantwortlich sind. Mit dem Wunsche, daß die Metzeleien in Nordafrika bald ein Ende finden mögen, auf daß Sardinien und Calabrien, Apulien und die Basilikata endlich jener Kultur teilhaftig werden mögen, durch sie sie erst zu einem lebendigen Teil des Vaterlandes werden, schloß der Redner seine mit anhaltendem Beifall aufgenommene Rede.

Die Proteste der Mehrheit der Stadtverordneten dauerten noch eine gute Weile. Dann geben die Sozialisten durch den Genossen Nichieri die Erklärung ab, daß sie in der Absicht gekommen seien für die Unterstützung der Opfer des Krieges zu stimmen. Nachdem aber der Bürgermeister und seine Mehrheit den Krieg um des Krieges willen und als ein Mittel zur wirtschaftlichen Bereicherung verherrlicht hätten, müsse die sozialistische Fraktion gegen die Bewilligung der Unterstützung stimmen. Nach dieser Erklärung erreichte der Tumult den äußersten Höhepunkt, und es dauerte lange, bis die Stadtverordneten ihre eigentlichen Beratungen aufnehmen konnten.

Die Revolution in China.

Abdankung des Prinzregenten.

Peking, 6. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Prinz Tschun hat die Regentschaft niedergelegt. Die bisherigen Großsekretäre Hsü-Shi-chang und Shih-hsü sind zu Vormündern des Kaisers ernannt worden. Die Regentschaft fällt fort. Die Regierung geht in die Hände des Ministerpräsidenten über, während die Kaiserin-Witwe und der Kaiser Audienzen abhalten und zeremonielle Funktionen ausüben.

Die Pläne der Revolutionäre.

London, 6. Dezember. Die „Morning Post" meldet aus Schanghai: Die Versammlung der Delegierten von 14 Provinzen hat sich für eine vorläufige Militärregierung mit Nanking als Hauptstadt entschieden. Huangshin ist zum Generalissimus und Liynanheng zum zweiten Befehlshaber bestimmt worden. Aus dem Hauptquartier von Wutichang wird gemeldet, daß die Revolutionäre von Kiukiang, die im Vormarsch begriffen sind, um die Bahnlinie von Peking nach Hankau zu unterbrechen, einen 12 Meilen von der Bahnlinie entfernten Punkt erreicht haben.

Rußlands Absichten auf die Mongolei.

Petersburg, 6. Dezember. Auf Grund eingehender Rücksprache mit maßgebenden russischen Diplomaten tritt die „Nowoje Wremja" in einem Entrefilet für Entwirrung der Lage durch Erklärung der Schutzherrschaft über die Mongolei ein.

Petersburg, 6. Dezember. Die Unabhängigkeitserklärung der Mongolei ist den hiesigen politischen Kreisen als sehnlichst erwartetes Ereignis sehr willkommen. In diplomatischen Kreisen verschweigt man keineswegs, daß sowohl der auf der Rückreise von Peking nach Lhassa begriffene Dalai Lama als auch sein Vertreter in der Mongolei, Chutuchta von Urga, treue, ergebene Freunde Rußlands sind. Man erwartet hier, daß an die Spitze der Mongolen sich ein weltlicher Herrscher stellen wird, der gleichfalls bei Rußland Schutz suchen werde, da die vor kurzem in Petersburg weilende mongolische Deputation den hiesigen Regierungskreisen die Versicherung gegeben habe, daß Mongolen nur unter russischem Schutze sich friedlich entwickeln und Handelsinteressen pflegen können. In Kreisen, die in der ostasiatischen Politik Rußlands gut versiert sind, herrscht ausgesprochene Neigung, den günstigen Augenblick zu erfassen und die Unabhängigkeitserklärung der Mongolei anzuerkennen.

Lehrerbeleidigung

wurde dem Genossen **Otto Pinseler** aus **Friedrichsfelde** zur Last gelegt, der sich am Dienstag vor dem **Landgericht Berlin III** verantworten mußte. Vom **Amtsgericht Lichtenberg** war er zu **200 M. Geldstrafe** verurteilt worden wegen Aeußerungen, die er im Dezember vorigen Jahres in einer vom sozialdemokratischen Wahlverein einberufenen öffentlichen **Versammlung** für Friedrichsfelde über die dortigen Schulverhältnisse getan hatte. Auf die von Pinseler eingelegte Berufung wurde vor dem Landgericht in einer reichlich sechsstündigen Verhandlung, zu der etwa drei Dutzend Zeugen geladen waren, das Urteil nachgeprüft.

Die **Anklage** ist auf sonderbare Weise zustande gekommen. Zu jener Versammlung, für die ein Vortrag über die Volksschule angekündigt war, hatte der Friedrichsfelder Lehrer Freudenberg seine Tochter samt ihrer Freundin abgeschickt, um zu erfahren, was etwa über Lehrer vorgebracht würde. Nachdem sie zusammen mit einem damals 14jährigen Sohn Freudenbergs **in einem Winkel des Saales auf dunkler Galerie** sich niedergelassen hatten, versuchten beide Mädchen, **mitzustenographieren**, was sie auffingen. In der Diskussion sprach als Gemeindevertreter auch Pinseler, um darzulegen, daß bei den Mißständen in den Volksschulen es nicht an Personen, sondern am System liege. Dabei erzählte er von einem Lehrer, der — er nannte keinen Namen — in der Mädchenschule die Kinder mit Schimpfworten wie „Ochse" belegt habe, nach seiner Versetzung an die Knabenschule sich dort 20 M. Geldstrafe wegen Mißhandlung geholt habe und dann wieder an die Mädchenschule zurückversetzt worden sei. Auch führte er aus, früher seien Schuster und Schneider als Lehrer tätig gewesen, die in ihrer Unfähigkeit zum Stock greifen mußten, heute aber seien die Volksschullehrer gebildete Leute, die mit akademisch gebildeten Lehrern auf eine Stufe gestellt zu werden wünschten. Als Lehrer Freudenberg noch an demselben Abend die stenographischen Aufzeichnungen zu sehen bekam, erkannte er sofort, daß mit jenem wegen Mißhandlung bestraften Lehrer sein Kollege Schrader gemeint sein mußte. **Lehrer Wilhelm Schrader**, dem er die Notizen übergab, bezog auch die Aeußerung über die gebildeten Leute auf sich und fühlte sich durch beide Aeußerungen **beleidigt**. Er erreichte, daß gegen Pinseler Strafantrag gestellt wurde, die Staatsanwaltschaft Anklage erhob und Schrader als **Nebenkläger** auftreten durfte.

Der **Angeklagte Pinseler** bestreitet, daß er, wie die Anklage behauptet, über Schrader gesagt habe, die Zurückversetzung sei deshalb erfolgt, weil er **„in der Knabenschule nicht zu brauchen war"**. Auch die behauptete Aeußerung über die **„gebildet sein wollenden Leute"** habe nicht diese Form gehabt, sie habe überdies nicht dem Lehrer Schrader gegolten, und die Absicht einer Beleidigung habe ferngelegen. Im übrigen werde Beweis darüber angeboten, **wie Schrader im Unterricht geschimpft und geschlagen habe.** Der **Verteidiger**, Rechtsanwalt **Kurt Rosenfeld**, beruft sich auf Schülerinnen Schraders, jetzige und frühere; für den **Nebenkläger** führt Justizrat **Leop. Meyer** gegen sie eine Reihe anderer Schülerinnen Schraders ins Feld. Als Zeuginnen der beiden Parteien warten vor dem Gerichtssaal ein Viertelhundert Mädchen.

In der Beweiserhebung wird zunächst der Nebenkläger **Schrader als Zeuge** gehört. Er gibt zu, in der Mädchenschule habe er **„mal Ochse gesagt"**, Kreisschulinspektor Bandtke habe auf Pinselers Beschwerde das gerügt. An die Knabenschule sei er versetzt worden, nachdem er in der Mädchenschule mit dem Hauptlehrer Differenzen wegen der Stundenverteilung gehabt hatte. Daß er in der Knabenschule **einen Schüler mit dem Fuß gestoßen** habe und dafür vom Gericht zu **20 M. Geldstrafe** verurteilt worden sei, bestätigt Schrader. An die Mädchenschule sei er auf eigenen Wunsch zurückversetzt worden, weil dort ein Zeichen- und Gesanglehrer gebraucht wurde. Er bestreitet, auch später noch Kinder beschimpft zu haben. Auch wisse er nichts davon, daß er mal ein Kind mit dem Stock ins Gesicht geschlagen haben solle. Im Strafbuch steht bei dem Kind: „2 Schläge auf den Rücken". Schraders Angaben über sein Schimpfwort „Ochse", über seine Bestrafung wegen des Stoßes mit dem Fuß sowie über die Gründe der Hin- und Versetzung werden vom **Kreisschulinspektor Bandtke** bestätigt. Als er Schrader, über den sonst keine Beschwerde gekommen sei, für einen **sogar recht tüchtigen Lehrer** erklärt, stellt der Verteidiger fest, daß Bandtke in Friedrichsfelde jährlich einmal revidiert. Bandtke hat **schon vor Jahren mal** gegen Pinseler den Staatsanwalt angerufen, weil P. gegen Lehrer Friedrichsfeldes in öffentlicher Versammlung den Vorwurf „barbarischer Behandlung" von Schulkindern erhoben hatte. Warum Bandtke damals vor der Hauptverhandlung **den Strafantrag zurückgezogen** habe, fragt ihn der Verteidiger. Der alte Herr lehnt erregt ab, Gründe zu nennen.

Ueber **Pinselers Aeußerungen** in der Versammlung vom Dezember werden **Fräulein Freudenberg** samt Freundin und Bruder vernommen. Die **überaus lückenhaften Stenogramme** waren erst nachträglich in gemeinsamer Besprechung **ergänzt worden**, doch sagen die Zeugen, daß sie die eingefügten Sätze — auch die Worte „weil er nicht zu brauchen war" hatten in beiden Stenogrammen gefehlt — genau gehört hätten. Dem Gendarmeriewachtmeister **Steyhan**, der die Verhandlung zu „überwachen" hatte, ist — so bekundet er — durch Schrader eine Uebertragung des Stenogramms vorgelegt worden, und er hat sich dann gleichfalls **genau erinnert**. Demgegenüber versichert als Zeuge der Versammlungsleiter Genosse **Schwenk**, daß er die Aeußerungen in dieser Form **bestimmt nicht gehört** habe. Auch Genosse **Kegel**, der im Bureau der Versammlung saß, unterstützt das.

Bezüglich der Vernehmung von **Schülerinnen Schraders** bemängelt sein Rechtsbeistand, daß ein Beauftragter Pinselers fast Haus für Haus nach Zeuginnen gesucht habe. Hierzu wird eine Zeugin Schraders vom Verteidiger des Angeklagten verhört: „Hat Herr Schrader Euch vor ein paar Tagen oder Wochen gefragt, ob Ihr gesehen habt, daß er geschlagen habe?" — Zeugin: „Ja." — Verteidiger: „Was habt Ihr gesagt?" — Zeugin: „Nein." — Verteidiger: „Hat er auch gefragt, ob Ihr gehört habt, daß er geschimpft habe?" — Zeugin: „Ja." — Verteidiger: „Was habt Ihr gesagt?" — Zeugin: „Nein." — Die Vernehmung vor Gericht findet **in Gegenwart des Lehrers** statt. Ueber ihn, der dabei sitzt, werden die Kinder befragt, ob er schimpft und schlägt, ob er grob oder nett ist usw. An eine 12jährige Zeugin richtet Justizrat Meyer die Frage: „Seid Ihr mit Lust und Liebe dem Unterricht gefolgt, oder war der Herr streng und grob zu Euch." — Das Kind antwortet: „Nein, wir sind mit Lust und Liebe dem Unterricht gefolgt." „Soll das Kind ein Gutachten abgeben?" fragt Rechtsanwalt Rosenfeld. Eine andere Zeugin von 12 Jahren verhört der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Rosenthal: „War Herr Schrader streng oder nett?" Zeugin: **„Wenn wir's verdient hatten**, war er streng, und **wenn wir's verdient hatten**, nett." — Vorsitzender: „Schlug er?" — Zeugin: „Ja, **wenn wir's verdient hatten.**" — Vorsitzender: **„Hast** Du mal Schläge von ihm bekommen?" — Zeugin: „Ja, **wenn ich's verdient hatte.**" Ein Kind, das nach Aussagen der Familienangehörigen mit blutender Lippe aus der Schule heimkam, bekundet vor Gericht, von Schrader **mit dem Stock auf die Lippe geschlagen** worden zu sein. Andere Kinder versichern als Zeuginnen, nichts bemerkt zu haben. Eine frühere Schülerin Schmidt, jetzt 17 Jahre alt, gibt an, Schrader habe im Unterricht **geschimpft**, z. B.: **„Wollt Ihr rau, Ihr Hunde!" „Alter Idiot, sey' Dich hin!" „Ich schlage Euch alle zu Puppendreck!"** Sie selber sei vorübergehend einige Jahre in Christiania gewesen, darum habe er sie beschimpft: „Verfluchter Schwede, mach, daß Du nach Schweden kommst!" Zeugin fügt ausdrücklich hinzu: „Ich bin der Meinung, daß Herr Schrader nicht gut informiert war, denn Christiania liegt in Norwegen, nicht in Schweden." Einmal habe er sie geschlagen, daß sie **mit dem Kopf gegen die Tafel geflogen** sei und die Nase geblutet habe. **Schrader** erklärt entrüstet das für **fürchterliche Uebertreibung** und **bestreitet** entschieden die Schimpfereien. Eine Zeugin, die sich mal in der Schule verletzte, bekundet, ihr Vater habe Herrn Schrader geschrieben, für die Zukunft empfehle er, verletzte Kinder sofort zum Arzt zu schicken. Da habe Schrader in der Klasse gesagt: „Wie kann eine Person aus niederem Stand einem Höherstehenden etwas empfehlen!" Schrader gibt zu, gesagt zu haben, man empfehle doch nicht einem gesellschaftlich Höherstehenden etwas. Um zu zeigen, daß da „gar nicht mal so viel dazu gehörte, **sich für gesellschaftlich höherstehend zu halten**", bezeichnet er in Gegenwart der 14jährigen Zeugin den Vater als arbeitsscheu.

Vernommen werden noch der Vorsitzende der Schuldeputation, dem Pinseler gelegentlich Beschwerden über die Schule im Auftrage von Eltern mitgeteilt hat, sowie ein paar Lehrer. Der **Lehrer Pachnick** soll glaubhaft machen, daß gerade Pinseler seit langem schon Angriffe gegen Schule und Lehrer gerichtet habe. Zeuge gibt auf Vorhalten zu, er selber sei mal mit einer Gehaltspetition zu Pinseler gekommen und habe um Unterstützung gebeten etwa mit den Worten: **„Na, Sie treten ja auf Grund Ihres Parteiprogramms für die Schule ein."**

Ein neuer Beweisantrag fordert Ladung noch anderer Schülerinnen, deren Aussagen die vom Nebenkläger für unwahr erklärten Bekundungen der Zeugin Schmidt über Schimpfereien Schraders unterstützen sollen. Das Gericht lehnt ab, weil der Zeugin zu glaubhaften Lehrers nicht mitanhören zu lassen.

Das Ergebnis der Beweisaufnahme wird vom **Verteidiger** Rechtsanwalt **Kurt Rosenfeld** dahin zusammengefaßt, daß der Angeklagte **freigesprochen** werden müsse, weil der von der Anklage behauptete Wortlaut seiner Aeußerungen nicht erwiesen sei. Aber selbst wenn das Gericht sie als erwiesen ansehen wolle, müsse Freisprechung erfolgen, weil P. als Gemeindevertreter und im Auftrag des Vereinsvorstandes, nicht um Lehrer zu beleidigen, sondern um **in Wahrung berechtigter Interessen** durch Kennzeichnung des Systems die Schule zu fördern, gesprochen habe. Was gegen Schrader in der Beweiserhebung sich ergeben hatte, das wird vom Verteidiger in scharfen Ausführungen noch einmal hervorgehoben. Vor Beginn seiner Rede waren auf einer vom Verteidiger selber gegebenen Anregung die Schülerinnen hinausgeschickt worden, weil es im Interesse der Schule geboten schien, sie diese Beurteilung ihres Lehrers nicht mitanhören zu lassen.

Der **Staatsanwalt** beantragt Aufrechterhaltung des Urteils. **Wenn P. sein Recht wahren wollte**, so habe er die Behörde anrufen können. **Für den Erfolg von Beschwerden sei ein Beispiel** gerade Schrader, der wegen eines Schimpfwortes verwarnt und wegen Mißhandlung gerichtlich bestraft worden sei. „Sehr auffällig" findet es der Staatsanwalt, daß P. den Namen Schraders nicht genannt hat. Das soll beweisen, daß P. wider besseres Wissen verleumden wollte.

Als Vertreter des **Nebenklägers** hält Justizrat **Meyer** schwere Bestrafung für nötig. Er behauptet, P. habe **nur der Schule etwas anhängen wollen**, dafür sei es ja auch eine **sozialdemokratische** Versammlung gewesen. Alle Lehrer seien in einer Besprechung einig gewesen, daß der Prozeß nicht mit einem Vergleich enden dürfe. Die Aussagen der **Schülerinnen** läßt er nur gelten, soweit sie für Schrader günstig sind. An dem Mädchen mit der immer wiederkehrenden Redensart: **„Wenn wir's verdient hatten,"** rühmt er die „zielsichere Ruhe".

In einem **letzten Wort verwahrt sich der Angeklagte** dagegen, daß er die Schule habe herabreißen wollen. Gerade **den** Lehrern Friedrichsfeldes sei bekannt, daß er das nicht wolle.

Das **Urteil** erklärt die Aeußerungen für **erwiesen und** für **beleidigend**. Daß Schraders Zurückversetzung erfolgte, weil er **nicht zu brauchen war**, sei durch die Beweiserhebung **nicht** dargetan. Es möge sein, daß mal ein Schlag die Lippe getroffen habe, auch daß er mal Ausdrücke gebraucht habe, wie sie von seiner früheren Schülerin Schmidt bekundet wurden. Aber das alles sei **nach** seiner Zurückversetzung an die Mädchenschule geschehen. Die Bezeichnung der Lehrer als **„gebildet sein wollende Leute"** schließe in sich den Vorwurf unberechtigter Arroganz in ihrem Beruf und bedeute, daß Lehrer eigentlich **doch nicht viel über Schustern und Schneidern** stehen. P. sei als Gemeindevertreter berechtigt gewesen, für die Schule einzutreten, er habe aber **beleidigen** wollen. Es bleibe daher bei der **Geldstrafe von 200 M.**

Die 40. Delegiertenversammlung der Bühnen-Genossenschaft.

Im **Gartensaal** des neuen Restaurationspalastes **im** Zoologischen Garten begann gestern morgen die diesjährige Delegiertenversammlung der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger, deren Resultat von allen Seiten mit Spannung entgegengesehen wird. Es handelt sich zwar scheinbar nur darum, ob das Präsidentenamt der Schauspielerorganisation dauernd zu einem besoldeten gemacht oder wieder in ein Ehrenamt verwandelt werden soll und ob der vielangefeindete Präsident Nissen an der Spitze der Genossenschaft bleibt oder nicht, aber von der Entscheidung über diese beiden Punkte wird es abhängen, ob die Bühnengenossenschaft eine unabhängige Organisation mit positivem Programm bleiben oder sich wie früher dem Bühnenverein, der Organisation der Theaterleiter, unterordnen wird.

Die Sitzung wird mit erheblicher Verspätung eröffnet. Der Rostocker Schauspieler Wehlau, einer der heftigsten Antipoden Nissens, bezweifelt das Recht dieses Präsidenten, die Verhandlungen zu leiten, da Nissen zweifellos der Gegenstand heftiger Angriffe werden dürfte. Dagegen wendet sich die temperamentvolle Vertreterin von Neustrelitz, Frau Rochelle-Müller, die es beklagt, daß mit solchen an den Haaren herbeigezogenen Geschäftsordnungsdebatten die kostbare Zeit vertrödelt werde. Der Antrag Wehlau wird unter Beifall abgelehnt. Nach Erledigung der Präsenzliste und der Begrüßung der auswärtigen Ehrengäste, unter denen Professor Stoll vom österreichischen Bühnenverein und Dr. Seelig, der Syndikus des Chorsängerverbandes bemerkt werden, nimmt Präsident Nissen das Wort zu einer längeren Rede über die Geschichte der Genossenschaft seit ihrer Gründung vor nunmehr 40 Jahren. Dabei fällt das Wort Reichstheatergesetz und Nissen warnt die Delegierten vor übertriebenen Vorstellungen von den Wirkungen eines solchen Gesetzes, da die Regierung nur die gesetzliche Regelung des Theaterwesens zugestehen könne. Auf Antrag Wines-Dresden wird im Anschluß an die Rede Nissens ein Danktelegramm an Geheimrat Ludwig Barnay abgesandt. Dieser Beschluß ist um so interessanter als Barnay im Jahre 1908 zusammen mit dem Präsidium die Versammlung verließ, nachdem die Delegierten den Bühnenvertrag einstimmig abgelehnt und damit den Bruch mit dem Bühnenverein vollzogen hatten, um kurze Zeit darauf auch noch auf die Ehrenmitgliedschaft bei der Bühnengenossenschaft zu verzichten. Und es spricht für das dankbare Herz der Mimen, daß sie trotzdem seine Verdienste um die Genossenschaft nicht vergessen haben.

Sodann erstattete Regisseur Köhler den

Rechenschaftsbericht der Pensionsanstalt,

der außerordentlich günstige Resultate aufweist. Das Vermögen ist um rund ½ Million gestiegen und beträgt jetzt beinahe 9 Millionen Mark. Zu den Satzungen der Pensionsanstalt liegt, da der neue Verwaltungsdirektor bestätigt werden soll, ein Antrag vor, die Anstellung und Kündigung aller Beamten der Pensionsanstalt künftig dem Vorstand zu überlassen und Nissen begründete den Antrag in sehr geschickter Weise, indem er auf den Fall Osterrieth, der bei dem Titel „Genossenschaft" zur Besprechung kommen soll, hinweist. Die Kündigung des ehemaligen Generalsekretärs war vom Gericht für ungültig erklärt worden, weil nach dem bisherigen Statut die Anstellung und Kündigung der Delegiertenversammlung allein vorbehalten war. Es entspinnt sich über diesen Antrag, der die Befugnisse des Präsidiums erweitern will, eine lebhafte Debatte, in der Willi Loehr vom Neuen Schauspielhaus die Souveränität der Delegiertenversammlung verteidigt, von Nissen aber mit dem Hinweis abgeführt wird, daß in der Praxis schon immer nach den Forderungen des Antrages verfahren worden sei, da im anderen Falle die Geschäfte einfach ins Stocken geraten würden. Ein Vorschlag von Stark-Residenztheater (Berlin), dem Vorstand das absolute Anstellungs- und Kündigungsrecht zu überlassen, wie es bei großen Gesellschaften der Aufsichtsrat und die Direktoren haben, findet bei einem Teil der Delegierten großen Beifall. Winds-Leipzig, der Führer des „konservativen" Flügels, polemisiert gegen das eigenmächtige Vorgehen des Vorstandes, der auch im Gewohnheitsrecht keinen Entschuldigungsgrund zur Seite habe. Es erweckte nicht geringe Heiterkeit, als er von Nissen daran erinnert wurde, daß er selber einmal 6 Jahre lang als Mitglied des Zentralausschusses dieses Gewohnheitsrecht mit ausgeübt habe. Rönz-Schillertheater (Berlin): Wenn Sie Mißtrauen gegen den von Ihnen gewählten Vorstand nähren, dann setzen Sie andere Leute dort oben hin, solange der Vorstand aber mit Ihrem Willen und auf Ihr Verlangen sein Amt ausübt, müssen sie ihm auch Autorität verleihen, dann dürfen Sie ihn nicht in eine Zwangsjacke stecken! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Der Antrag, der dem Vorstande das Anstellungs- und Kündigungsrecht mit Bezug auf die Angestellten verleiht, wird angenommen.

Der Antrag Eynar Forchhammer-Frankfurt a. M., die Delegiertenversammlung künftig in der Karwoche stattfinden zu lassen, da in dieser Zeit ohnehin die Mehrzahl der Provinzschauspieler in Berlin weilt, wird abgelehnt.

Ein Antrag des Ortsverbandes Freiburg, der den Wegfall des doppelten Eintrittsgeldes für Bühnenmitglieder fordert, die länger als drei Jahre bereits bühnentätig waren, wird einstimmig abgelehnt. Das höhere Eintrittsgeld soll den jüngeren Genossenschaftern ein Ansporn sein, so früh wie möglich ihren Eintritt in die Pensionsanstalt zu vollziehen.

Aus Industrie und Handel.

Fleisch- und Brotpreis in Deutschland und im Ausland.

Daß wir seit einer Reihe von Jahren uns in einer Periode steigender Weltmarktpreise, insbesondere für landwirtschaftliche Produkte befinden, ist eine Tatsache, die mit Vorliebe von unseren Agrariern und ihren Fürsprechern benutzt wird, um die Schuld an der rapide fortschreitenden Verteuerung der Lebenshaltung von sich und ihrer volksfeindlichen Zoll- und Steuerpolitik abzuwälzen. Nun ist es allerdings richtig, daß Fleisch und Getreide z. B. in der ganzen

Welt teurer geworden sind, eine andere Frage ist es aber, ob diese Bewegung überall im gleichen Tempo stattgefunden hat. Denn nur so läßt sich der Einfluß unserer Wirtschaftspolitik auf unsere heimische Preisgestaltung feststellen.

Der Statistiker Karl v. Tyszka hat zu diesem Zwecke die amtlichen Notierungen der Hauptstädte über Fleisch-, Getreide- und Brotpreise zu einer Berechnung über die Bewegung dieser Preise in den letzten Jahren benutzt, deren sehr interessante Ergebnisse er in den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik veröffentlicht. Betrachten wir zunächst die Fleischpreise. In Berlin wurde im Durchschnitt der Jahre 1891—1900 für Rindfleisch I. Qualität im Großhandel pro Zentner 51,97 M. gezahlt. Im Jahre 1908 kostete dieselbe Qualität 69,73 M., d. i. 17,76 M. mehr. Demgegenüber stieg der Preis für Rindfleisch I. in London pro Cwt (= 50,8 Kilogramm) nur von 57,50 auf 58,98 M. oder um 1,48 M. In Berlin war also die Steigerung mehr als zehnmal so groß wie in London. Für Hammelfleisch I wurde im Berliner Großhandel 1891/1900 53,02 M. gezahlt, 1908 dagegen 68,36 M., Steigerung 15,28 M. In London erhöhte sich der Preis von 67,80 auf 71,80 M., was nur einer Steigerung von 3,50 M. entspricht.

Aehnliche Resultate ergeben sich, wenn man bei der Berechnung die für die verschiedenen Qualitäten der einzelnen Fleischarten gezahlten Durchschnittspreise zugrunde legt. Die Steigerung pro Zentner, resp. Cwt, betrug dann

für	für die Jahre 1904—1910 absolut	in Prozent
Rindfleisch		
in Berlin	+ 15,44 Mark	+ 30,76
in London	+ 3,30 „	+ 6,09
Hammelfleisch		
in Berlin	+ 7,82 „	+ 12,69
in London	— 3,1 „	— 5,86
Schweinefleisch		
in Berlin	+ 16,13 „	+ 32,32
in London	+ 15,40 „	+ 28,74
Kalbfleisch		
in Berlin (I. Qualität).	+ 18,80 „	+ 24,00
in London	+ 4,00 „	+ 5,99

Nur für Schweinefleisch ist die Steigerung in beiden Hauptstädten annähernd gleich groß. Alle anderen Fleischarten sind in Berlin bedeutend stärker im Preis gestiegen als in London, das für Hammelfleisch sogar einen Preisrückgang aufweist. Wir haben in diesen Unterschieden die Quittung für unsere Zollerhöhungen auf Fleisch und lebendes Vieh und die immer schärfer gehandhabten Absperrungsmaßregeln gegen das Ausland wegen angeblicher „Seuchengefahr".

Noch weit ungünstiger als die Fleischpreise sind aber die Brotpreise durch unsere agrarische Zollpolitik beeinflußt worden. Höchst lehrreich ist in dieser Beziehung folgende kleine Tabelle. Es kostete das Vierpfundbrot (engl. Pfund) in Pence:

Jahr	Berlin	Paris	London	New York
1886 . . .	4,5	6,8	6,25	10,0
1890 . . .	5,8	7,0	6,0	10,0
1895 . . .	4,4	6,1	5,1	10,0
1900 . . .	5,1	6,5	5,2	10,7
1905 . . .	5,2	6,3	5,5	10,7
1906 . . .	5,8	6,4	5,5	10,7
1907 . . .	6,8	6,5	5,4	10,7
1908 . . .	6,8	6,5	5,75	10,7

Dabei ist zu beachten, daß es sich in London, Paris und New York um Weizenbrot, in Berlin dagegen um Roggenbrot, also eine an sich bedeutend billigere Brotsorte handelt. Während in London der Brotpreis in der angegebenen Periode um 10 Proz. sank und in Paris und New York nur um 3, resp. 7 Proz. stieg, betrug die Steigerung in Berlin 51 Proz. Infolge dieser enormen Steigerung mußte in Berlin zum Schlusse der Periode für Roggenbrot ein höherer Preis gezahlt werden als in London und Paris für Weizenbrot, während bis zum Jahre 1905 resp. 1907 das Verhältnis noch umgekehrt gewesen war.

Soziales.

Verbot von Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern.

Durch Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 5. März 1912 ist die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern mit gewissen Arbeiten in Rohzuckerfabriken, Zuckerraffinerien und Melasseentzuckerungsanstalten bis zum 1. April 1912 verboten. Der gestrige Reichsanzeiger teilt mit, daß der Bundesrat auf Grund des § 120 e der Gewerbeordnung den Inhalt der Verordnung zu einem dauernden (ohne Zeitbeschränkung) gemacht hat.

Vom Heimarbeiterelend.

Auf eine tieftraurige Existenz lassen die Löhne schließen, die in Lübeck den Heimarbeiterinnen in der Wäschebranche gezahlt werden. Für zehn Kissenbezüge mit Einsätzen, Falten und Knopflöchern — an denen eine Witwe fünf Tage gearbeitet hatte — wurden — sage und schreibe — 1,80 M. bezahlt. Für ein halbes Dutzend Frauenhemden mit eingesetzten Aermeln, Bändchen und Vorderschluß zu nähen, gab es 1,50 M. Ein Herrenhemd, das früher für 60 Pf. hergestellt werden mußte, wird nur noch mit 45 Pf. entlohnt. Dabei müssen die Näherinnen noch selbst zuschneiden und den Zwirn liefern. Es liegt klar auf der Hand, daß derartige Unternehmerwillkür nur durch Lohnämter mit der Befugnis, Lohnminima festzusetzen, unmöglich gemacht werden kann. Aber die Herren vom Besitz lehnten im Reichstage solche Lohnämter ab, um den Heimarbeiterinnen zu Weihnachten ein Bündel Hohn auf den Gabentisch zu legen. Ein bürgerliches Blatt in Lübeck (die „Lübschen Blätter") kommentieren diese hundsjämmerliche Entlohnung mit einer Beschwörung der Unternehmer: „Ihre Nächsten zu lieben wie sich selbst, denn der Segen komme von oben." Wenn die Heimarbeiter sich darauf verlassen wollten, wären sie jedenfalls verlassen. Hier hilft nur die gesetzliche Regelung und in erster Linie die Organisation.

Gerichts-Zeitung.

Haftung aus dem Arbeitsvertrag.

Der § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuches legt dem Dienstberechtigten unter anderem die Pflicht auf, Vorrichtungen und Gerätschaften, die er zur Verrichtung der Dienste zu beschaffen hat, so einzurichten und Dienstleistungen so zu regeln, daß der Verpflichtete gegen Gefahr für Leben und Gesundheit soweit geschützt ist, als die Natur der Dienstleistung es gestattet. Hierzu interessiert der folgende Rechtsstreit, welcher lehrt, daß auch der Nichtfachmann verpflichtet ist, auf Grund gehöriger Erkundigungen die richtigen Anordnungen zu treffen, wenn er seinen Dienstverpflichteten Arbeiten aufträgt, die sachliche Kenntnisse voraussetzen.

Der Kläger war bei dem beklagten Gastwirt P. in Braunschweig als Hausknecht tätig. In seiner Stellung wurde er vom Beklagten mehrfach mit dem Löschen von Kalk beauftragt; dazu wurden stets alte Bierfässer verwendet, zumeist solche, die 50 Liter faßten. Am 1. Juli 1909 nahm der Kläger zum Kalklöschen ein 25-Literfaß, weil ein größeres Faß nicht vorhanden war. Er tat in dieses Faß etwa 25 Pfund ungelöschten Kalk und goß Wasser darauf. Als das Faß überzulaufen drohte, gab ihm der Beklagte den Auftrag, etwas abzuschöpfen. Der Kläger stach mit einer Schaufel in den brodelnden Kalk, dabei explodierte der Inhalt des Fasses und spritzte mehrere Stockwerke hoch. Durch einen Kalkspritzer hat der Kläger ein Auge verloren. Er hat deshalb die vorliegende Klage gegen den P. erhoben und Schadloshaltung für die Folgen des Unfalles verlangt.

Das Landgericht Braunschweig wies den Kläger ab, dagegen erkannte das Oberlandesgericht Braunschweig die Rentenansprüche des Klägers dem Grunde nach als berechtigt an. Das Oberlandesgericht führte zur Begründung seines Urteils näher aus, daß der § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuchs auf den vorliegenden Fall Anwendung zu finden habe. Im weiteren erklärt es, daß ein Bierfaß kein entsprechendes Gerät zum Kalklöschen sei. Jeder Sachkundige verwende zum Kalklöschen flache Kästen, wo der Kalk flach gelegt und vollständig mit Wasser bedeckt werden kann. Die Explosionsgefahr entstehe erst dann, wenn der Kalk übereinander gelegt werde und deshalb keinen Raum zur Ausdehnung habe. Den Einwand des Beklagten, daß er wegen mangelnder Sachkunde die Gefahr nicht erkannt habe, läßt das Oberlandesgericht nicht gelten. Als Dienstherr hätte er Erkundigungen einziehen müssen und würde dann von jedem Sachkundigen darüber aufgeklärt worden sein, daß man den Kalk nur in flachen Kästen löschen darf und daß er während des Löschprozesses nicht angerührt werden dürfe.

Die vom Beklagten gegen dieses Urteil eingelegte Revision ist am Dienstag vom Reichsgericht zurückgewiesen worden, womit das Urteil des Oberlandesgerichts Braunschweig als bestätigt gilt.

Einen Beitrag zu der Lehrerbesoldungsfrage

lieferte eine Verhandlung, welche gestern die 1. Strafkammer des Landgerichts III beschäftigte. Wegen Unterschlagung bzw. Untreue war der Lehrer Franz Noack angeklagt. — Der Angeklagte war in der Gemeinde Summt bei Französisch-Buchholz als Gemeindeschullehrer angestellt. Zuletzt bezog er ein Gehalt von 100 M. pro Monat, während er früher erheblich geringere Bezüge hatte. Mit diesen 100 M. mußte er noch seine bei ihm wohnhaften Eltern unterstützen. Die Folge war, daß er in Schulden geriet und schließlich nicht mehr ein noch aus wußte. In dieser bedrängten Lage eignete er sich aus der ihm unterstellten Schulsparkasse nach und nach den Betrag von 65 M. an. Ferner eignete er sich von den für eine Veteranenbeihilfe und für eine Sedanfeier gesammelten Beträgen eine größere Summe an. Die Unterschlagungen kamen bald zur Entdeckung. Es ergab sich, daß N. insgesamt etwa 500 M. von den ihm anvertrauten Geldern für sich verbraucht hatte. — Vor Gericht war der Angeklagte in vollem Umfange geständig und behauptete, daß ihn nur die Not zu diesem Schritte verleitet habe, durch den er sich seine ganze Existenz ruiniert habe. Das Gericht erkannte mit Rücksicht hierauf auf die niedrigste gesetzlich zulässige Strafe von 3 Monaten Gefängnis.

Habt Acht vor Schwindlern!

Wie unglaublich vertrauensselig trotz aller Warnungen durch die Presse Provinzler sind, die hier nach Berlin kommen, um Arbeit zu suchen, zeigte eine Betrugsanklage, die gestern den Kutscher Max Heimann vor die Strafkammer des Landgerichts I führte. Der Angeklagte hielt sich in der Nähe irgendeines Bahnhofes auf und schlängelte sich an solche Personen heran, die ihm den Eindruck machten, daß sie aus der Provinz stammten und nach Berlin gereist seien, um hier Beschäftigung zu suchen. Er stellte dann durch das von ihm angeknüpfte Gespräch fest, daß diese Vermutung richtig wäre und erklärte in der Lage zu sein, durch seine Verbindungen den in Berlin noch unbekannten Leuten recht bald Arbeitsgelegenheit zu verschaffen. Er heimste für seine Bereitwilligkeit schon im voraus den Dank der weltfremden Leute ein, die ihn dann bis zu dem Hause des angeblichen „Vermittlungsbureaus" folgten. Dort angelangt, erklärte er, daß er dem Bureau zunächst eine bestimmte Summe für Annoncen zahlen müsse, doch handle es sich dabei nur um eine Formensache, die die sofortige Zuweisung einer Arbeitsstelle in keiner Weise verzögern würde. Er erhielt von seinen Begleitern in jedem Falle auch anstandslos die geforderte Summe und versprach, in wenigen Minuten zurückzukehren und die Adresse des Arbeitgebers mitzubringen. Die leichtgläubigen Menschen — von denen der eine dem Schwindler auf seinen Wunsch sogar seine Uhr „auf wenige Minuten" überlassen hatte, warteten dann vergeblich auf die Rückkehr des Angeklagten. Dieser hatte sich zur Ausführung seines Kniffs jedesmal ein Haus mit zwei Ausgängen ausgesucht und war durch den zweiten Ausgang verschwunden. Schließlich war er aber doch an einen Menschen mit offenen Augen gekommen und konnte festgenommen werden. Er wurde zu 2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Notstandsaktion mit Strafmandaten.

In Nr. 248 unseres Blattes wurde unter der Spitzmarke „Sankt Bureaukratismus und Notstand" geschildert, wie in dem schwarzburg-sonderhäusischen Orte Pennewitz den kleinen Viehbesitzern zur Linderung ihrer Notlage gestattet worden war, Streu aus den Staatsforsten zu holen. Weil aber die Leute, unter ihnen auch der Bürgermeister, die Streu nicht als Traglasten oder auf Schiebekarren oder Handwagen, sondern auf mit Zugtieren bespannten Wagen fortschafften, regnete es einige 40 Strafmandate in Höhe von je 18,60 M.

Auf erhobenen Einspruch der meisten Bestraften hatte sich jetzt das Schöffengericht Gehren mit der Sache zu befassen. Die Angeklagten wurden vom Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld aus Berlin verteidigt. Es hatte schon vor einigen Wochen ein Termin stattgefunden, in dem der Vertreter der Forstbehörde die sonderbare Behauptung aufgestellt hatte, es sei gegen die Streufrevler „mit äußerster Milde" vorgegangen worden. Der Verteidiger forderte Freisprechung, die auf Grund der bestehenden forstamtlichen Bestimmungen geboten sei. Das Gericht setzte die Geldstrafen auf 3,60 bis 10,80 M. herab. Der Richter führte aus, es sei nicht seine Sache, hier Milde walten zu lassen, er habe sich nur nach dem Buchstaben des Gesetzes zu richten, dagegen hätten die Angeklagten verstoßen. Nun wollen die auf so sonderbare Weise die Güte des Vater Staat empfindenden notleidenden Kleinbesitzer noch das Landgericht Erfurt anrufen.

Die Diebstähle auf dem Viehhof.

In dem Prozeß wegen der Diebstähle auf dem städtischen Viehhofe wurde heute das Urteil verkündet, welches der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Schmidt, nach zweistündiger Beratung des Gerichts verkündete. Die Strafkammer ging fast bei allen Angeklagten über die Anträge des Staatsanwalts hinweg, trotzdem andererseits anerkannt wurde, daß sich insbesondere die städtischen Arbeiter infolge ihres geringen Lohnes mit ihrer Familie in großer Not befunden hatten. Es wurden verurteilt: Wilh. Schwarz zu 10 Monaten, Otto Schwarz zu 10 Monaten, Ruch zu 5 Monaten, Blankschein zu 6 Monaten, Remus zu 6 Monaten, Schulz zu 7 Monaten, Manteuffel zu 9 Monaten, Haase zu 10 Monaten, Deupe und Kersten zu je 9 Monaten, Bilowsky, August Kracht, Rummel und Escher zu je 1 Jahr Gefängnis, Pohle und Albert Kracht zu je 6 Monaten und Wolf zu 9 Monaten Gefängnis. Die Angeklagten Kirks und Möser wurden mangels ausreichenden Beweises freigesprochen. — Den in Haft befindlichen Angeklagten wurden je 2 Monate der erlittenen Untersuchungshaft als verbüßt angerechnet. Die Angeklagten Bildowsky, Rummel, Escher und Aug. Kracht sollen aus der Haft entlassen werden, sobald die von ihnen angebotene Kaution von je 5000 M. bei Gericht eingegangen ist. Die übrigen Angeklagten wurden ohne Stellung einer Kaution aus der Haft entlassen.

Arbeitswilligenschutz.

Der im Gerichtsbericht der Dienstagnummer unter der Ueberschrift „Arbeitswilligenschutz" erwähnte Arbeitswillige Fahr ist mit dem Pücklerstraße 23 wohnhaften Tischler Richard Fahr nicht identisch. Dem Ersuchen des Obengenannten, dies mitzuteilen, kommen wir hiermit nach.

H. Esders & Dyckhoff

Gertraudtenstraße 8. 9. Petri-Kirche.

Herren- und Knaben-Kleidung

fertig und nach Maß.

Passende Weihnachtsgeschenke:

:: Anzüge :: | :: Ulster :: | :: Paletots :: | :: Gehpelze ::

Pelzjoppen | Schlafröcke | Morgenröcke | Hausjoppen

Einzelne Hosen und Westen, Leder-Westen, Gesellschaftskleidung.

Spezial-Abteilung im Parterre: Jünglings- und Knaben-Kleidung.

Bewährte Qualitäten, Ia Verarbeitung, moderner gutpassender Schnitt.

Bücher für den Weihnachtstisch

Klassiker-Ausgaben des Vorwärtsverlages:

Heines Werke
Schillers Werke

Je 3 Bände gut gebunden. Eingeleitet und bearbeitet von **Franz Mehring.**

Preis für jedes Werk nur 4 M.

Sämtliche anderen Klassiker sind durch uns jederzeit zu beziehen.

Ein neues Buch der Freiheit:

Von Unten Auf

Gesammelt und gestaltet von **Dr. Franz Diederich.**

Mit 26 künstlerisch bedeutenden sozialen revolutionären Bildern und Bildwerken.

Preis 2 Bände gebunden 6 M.

Inhalt und Ausstattung lassen dieses Werk besonders als Weihnachtsgeschenk geeignet erscheinen.

Unser Wald. Von Kurt Grottewitz, herausgegeb. von Wilh. Bölsche. 2.50, gebd. 3 M.

Sonntage eines großstädtischen Arbeiters in der Natur. Von Kurt Grottewitz. Mit einem Vorwort von Wilhelm Bölsche. —.60, gebd. 1 M.

Aus Tag und Tiefe. Gedichte von Ludwig Lessen. 1.50 M.

Herzliche Grüße. Geschichten von Stefan Großmann. Brosch. 2.—, gebd. 2.80 M

Gedichte von Klara Müller-Jahnke. Brosch. 3.50, gebd. 4.50 M

Preußischer Kommiß. Soldatengeschichten von August Winnig. 1.50, gebd. 2.— M.

Erweckt. Roman aus dem Proletarierleben von A. Ger. Gebd. 1.25 M.

Aus meinem Leben. Von August Bebel. Band I. Brosch. 1.50, gebd. 2.— M. Band II. „ 2.50, „ 3.— „

Die Frau und der Sozialismus. Von August Bebel. Gebd. 3.— M.

Deutsche Geschichte vom Ausgang des Mittelalters. Ein Leitfaden für Lehrende und Lernende. Gebd. 2.50 M

Geschichte der Gesellschaftsklassen. Von P. Kampffmeyer.

Die deutsche Revolution von 1848 und 1849. Von Wilhelm Blos. Illustriert. Gebd. 4.— M.

Der Ursprung des Christentums. Von Karl Kautsky. 5.75 M.

Biblische Geschichten. Beiträge zum geschichtlichen Verständnis der Religion. Von Max Maurenbrecher. Gebd. 7.50 M.

Verfassungswesen und Verfassungskämpfe. Von Georg Gradnauer. Gebd. 3.— M.

Der deutsche Bauernkrieg. Von Friedrich Engels. Herausgegeben von Franz Mehring. Gebd. 2.— M.

Die Arbeiterfrage. Von F. A. Lange. Herausgegeben von Franz Mehring. 2.— M.

Der Untergang der Sklaverei im Altertum. Von E. Cicotti. Brosch. 4.50, Gebd. 5.50 M.

Garantien der Harmonie und Freiheit. Von Wilhelm Weitling. Herausg. von Franz Mehring. Gebd. 3.— M.

Wilh. Wolff, Gesammelte Schriften. Herausgegeben von Franz Mehring. Gebd. 2.— M.

Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Von Franz Mehring. 4 Bände 20.— M.

„Kulturbilder"

Wider die Pfaffenherrschaft.

Kulturbilder aus den Revolutionskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts.
Von **E. Rosenow** und **H. Ströbel.**
Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten. In zwei Bänden gut gebunden Leinen 14 M., Halbfranz 16 M.

Die Hohenzollern-Legende.

Kulturbilder aus der preußischen Geschichte vom 12. bis zum 20. Jahrhundert.
Von Dr. **M. Maurenbrecher.**
Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit. In zwei Bänden gut gebunden Leinen 14 M., Halbfranz 16 M.

Blut und Eisen.

Krieg und Kriegertum in alter u. neuerer Zeit.
Von **Hugo Schulz.**
Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit, darunter viele ganzseitige Illustrationen sowie zwei farbige Kunstbeilagen. In zwei Bänden gut gebunden Leinen 14 M., Halbfranz 16 M.

Geschichte der Revolutionen.

Vom niederländischen Aufstand bis zum Vorabend der französischen Revolution.
Von Dr. **A. Conrady.**
Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten. In zwei Bänden gut gebunden Leinen 14 M., Halbfranz 16 M.

Jeder Band der „Kulturbilder" ist ein für sich abgeschlossenes Ganzes und kann daher einzeln bezogen werden.

Ein gutes Hausbuch für die Arbeiterfamilie.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek, Band I.

Der erste Band umfaßt die ersten zwanzig Hefte der mit so großem Beifall aufgenommenen Bibliothek. Das Buch ist auf gutem Papier gedruckt, enthält viele Illustrationen und präsentiert sich in einem schmucken Einband. Behandelt werden folgende Gebiete:

Die erste Hilfe bei Unglücksfällen. — Das erste Lebensjahr. — Gesundheitspflege des Nervensystems. — Der Achtstundentag. — Alkoholfrage und Arbeiterklasse. — Das Schulkind. — Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten. — Nahrung und Ernährung. — Wie sollen wir uns kleiden? — Der Arbeiterschutz. — Frauenleiden und deren Verhütung. Anhang: Die Verhütung der Schwangerschaft. — Vom medizinischen Aberglauben. — Das Wasserheilverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters. — Verhütung und Heilung des Stotterns. — Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie. — Zähne und Zahnpflege. — Bau und Lebenstätigkeit des menschlichen Körpers. — Der Geschlechtstrieb. — Die Krankenpflege im Hause. — Die Proletarierkrankheit.

Der Preis beträgt 4.50 M.

Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung.

Ein Kapitel zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie.
Herausgegeben von **Eduard Bernstein.**

1. Band:	2. Band:	3. Band:
Von 1848 bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes 1878.	Unter dem Sozialistengesetz in den Jahren 1878 bis 1890.	Von 1890 bis zur Gründung des Zentralverbandes von Groß-Berlin 1906.

Jeder Band ist auch einzeln zu beziehen.

Preis pro Band in Leinen 6.50 M., in Halbfranz 7.50 M.

Jugendschriften

Ulenbrook.

Briefe aus der Heide an meine jungen Freunde.
Von **Jürgen Brand.**
Geschmackvoll gebunden und mit Buchschmuck versehen 1.50 M.

Eine Reise nach Island und den Westmännerinseln.

Reisebriefe u. Tagebuchblätter m. Illustrationen.
Von **E. Sonnemann** (Jürgen Brand).
Gebunden 2.50 M.

Im Reiche der Technik.

Geschichten für Arbeiterkinder.
Von **Richard Woldt.**
Reich illustriert gebunden 1.50 M.

Bilderbücher aller Art

(auch unzerreißbare auf Pappe)
in Preislagen von 20 Pf. bis 6 M.
— — Vorzügliche Auswahl. — —

Die vom Bildungs-Ausschuß empfohlenen Bücher sind sämtlich durch uns zu beziehen.

Internationale Bibliothek

U. a.: Kautsky, **Karl Marx' Oekonomische Lehren 2.— M.**, J. Stern, **Die Philosophie Spinozas 2.— M.**, Lissagaray, **Die Geschichte der Kommune von 1871 M. 3.—**, Kautsky, **Das Erfurter Programm 2.— M.**, Simon, **Gesundheitspflege des Weibes 2.50 M.**, Mehring, **Die Lessinglegende 3.— M.**, Dodel, **Moses oder Darwin 1.50 M.**, Deutsch, **16 Jahre in Sibirien 3.50 M.**, Deutsch, **Viermal entflohen 2.— M.**, Bernstein, **Sozialismus und Demokratie in der großen englischen Revolution 4.— M.**, Kautsky, **Vermehrung und Entwickelung in Natur und Gesellschaft 2.— M.**

Künstlerischer Wandschmuck

Die Marseillaise. Von Doré. Kupfergravüre. Bildgröße 47½ : 67 cm, Kartongröße 79 : 105 cm. Preis 3 M.

Jugendbild von Lassalle in farbigem Lichtdruck. Künstlerische Reproduktion eines sehr wertvollen Porträts. Preis 3 M.

Auch sehr geschmackvoll gerahmt zu haben. Preis je nach Ausstattung 4.50—6 M.

Der erste Mai. Vorzüglich ausgeführte Kupferätzung. Bildgröße 47 : 68 cm, Kartongröße 73 : 95 cm. Preis 3 M.

Die Freiheit führt das Volk! Vorzüglich ausgeführte Kupfergravüre. Bildgröße 43 : 52 cm, Kartongröße 72 : 95 cm. Preis 6 M.

Steinzeichnungen von Künstlerhand. Drei verschiedene Sujets in vorzüglicher farbiger Ausführung. Schacht: Jugendzeit — Abendwolken — Dorfidyll.

Diese Bilder sind geeignet, das Heim des Proletariers zu schmücken und wohnlicher zu gestalten. Preis des einzelnen Bildes in geschmackvollem Rahmen nur 3.50 M.

Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69

Die hier empfohlenen Schriften sind auch durch die Zeitungsausgabestellen des „Vorwärts" zu beziehen.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Der Streik der Former aufgehoben!

Keine Dreiviertel-Majorität für Fortsetzung des Streiks!

Der große Saal der „Neuen Welt" war am Mittwochmorgen um 9 Uhr schon gefüllt von den streikenden Formern und Gießereiarbeitern, die begierig waren, das neueste Resultat der Einigungsverhandlungen zu hören, um dann die Entscheidung über weiteren Krieg oder Frieden in der Berliner Metallindustrie zu fällen. Die Entscheidung fiel aus zugunsten des Friedens, wenn auch bei der Mehrheit der Streikenden eine starke Erbitterung herrschte, weil man die Zugeständnisse der Unternehmer nicht als zureichende erachtete. Nur dem Umstande, daß die Fortsetzung des Krieges eine Dreiviertelmajorität der Streikenden erforderte, war es zuzuschreiben, daß der Streik als aufgehoben erklärt wurde und die vorliegenden Bedingungen als angenommen gelten.

Der Vorsitzende Sellrich sowie Cohen erläuterten die revidierte Vereinbarung, wie sie nach einer zehnstündigen Verhandlung mit den Vertretern der Unternehmer am Dienstag vorlag. Die neue Vereinbarung ging den Versammelten noch im Laufe der Ausführungen Sellrichs gedruckt zu. Der § 1 hat eine neue Fassung erhalten, der aber nur für diejenigen Betriebe, die länger als 9 Stunden arbeiten lassen (es sind 9 Betriebe) eine Wirkung haben kann. Die Ueberstunden sollen von beiden Seiten bekämpft werden; die Unternehmer wollen nichts davon wissen, wie sie erklärt haben, und die Gewerkschaften sind erst recht Gegner der Ueberstunden. Die §§ 1 und 2, die zusammen gehören, lauten:

Die tägliche regelmäßige Arbeitszeit beträgt für Former und sämtliche Akkordarbeiter nicht über 9 Stunden, für die in Lohn arbeitenden Kernmacher und Putzer, **soweit die Eigenart des Betriebes es erfordert**, bis zu 9½ Stunden, für die Hilfsarbeiter bis zu 10 Stunden. Sonnabends beträgt die Arbeitszeit 1 Stunde weniger.

Die **Betriebseinrichtungen sind derart zu treffen, daß mit Schluß der durch § 1 festgesetzten Arbeitszeit die Arbeit beendet ist.**

Der § 3 führte wieder zu heißem Streit in der Kommission; die Unternehmer wollten auf keinen Fall auf eine bestimmte Festsetzung von Einstellungslöhnen eingehen, aber der Paragraph erhielt doch eine kleine wichtige Aenderung, so daß er jetzt lautet:

Es wird mit jedem in der Gießerei beschäftigten Arbeiter längstens innerhalb der ersten zehn Tage seiner Beschäftigung ein seinen Leistungen entsprechender Stundenlohn vereinbart. Akkordarbeiter erhalten bei Lohnarbeit den Durchschnittsverdienst des letzten Jahres abzüglich 15 Prozent, bei kürzerer Beschäftigungsdauer der Durchschnittsverdienst während dieser Zeit ebenfalls abzüglich 15 Prozent.

Steht ein solcher **Durchschnittsverdienst noch nicht fest**, so wird der Durchschnittsverdienst gleichwertiger Akkordarbeiter abzüglich 15 Prozent gezahlt.

Die §§ 4 und 5, die Akkordarbeit betreffend, bleiben nach der ersten Vereinbarung bestehen, wie sie im „Vorwärts" bereits veröffentlicht worden sind. Der § 6, der den **Ausschußguß** behandelt, soll nach Ansicht der Kommission in seiner Wirkung erst abgewartet werden; die Beschwerden der Former über die als zweifelhaft bezeichneten Fälle von **Fehlguß** sollen statistisch aufgenommen worden. Ueber die §§ 7—12 war man in der letzten Formerversammlung schon einig und nur die letzten beiden Paragraphen erregten Widerspruch, der aber von den Unternehmern nicht als berechtigt angesehen wurde, da diese Paragraphen nichts enthielten, was nicht in den Fabrikordnungen steht. — Die Erklärungen zur Aufnahme in das Protokoll, die vielfach angefochten wurden, besonders in bezug auf die Löhne der Hilfsarbeiter, haben manche Verbesserung erfahren und lauten jetzt:

Im Laufe der Verhandlungen wird festgestellt, daß bei Differenzen eine **Kommission** seitens des **Verbandes Berliner Metallindustrieller** zusammengetreten ist, die die Streitigkeiten in Gemeinschaft mit Vertretern der **Arbeiterorganisation** schlichtete. Diese Vermittelung, die sich durchaus bewährt hat, soll auch in Zukunft, speziell bei Differenzen, die sich etwa aus dem heute getroffenen Abkommen ergeben, eintreten, und zwar sobald wie möglich, längstens innerhalb zehn Tagen.

Die Löhne der Lohn- und Hilfsarbeiter **sollen revidiert und in denjenigen Fällen erhöht werden, in denen bisher eine besonders niedrige Bezahlung stattfand.** Als Norm hierfür wird bei den jetzigen Zeiten für volljährige Hilfsarbeiter ein Anfangslohn von 70 Pf. pro Stunde und dessen Erhöhung **nach dreimonatiger Beschäftigungszeit auf 42 Pf.** pro Stunde als angemessen bezeichnet. **Die Beschäftigungszeit vor Ausbruch des Streiks wird angerechnet.**

Bei Aufnahme der Arbeit treten diejenigen Lohn- und Hilfsarbeiter, welche ihre alte Arbeit wieder erhalten, mindestens in die Lohnsätze ein, welche sie bei Beginn des Streiks hatten. Maßregelungen aus Anlaß des Streiks oder der Durchführung dieser Vereinbarung dürfen nicht stattfinden.

Die **Mitglieder der Schlichtungskommission dürfen nur unter Zustimmung der Fabrikleitung entlassen werden.** Bis zum 31. Januar 1912 sollen **vor der Beschäftigung betriebsfremder Arbeiter vorzugsweise die bisherigen Arbeiter wieder eingestellt werden.**

Die Zugeständnisse sind gültig, falls die an der Bewegung Beteiligten (Former, Gießereiarbeiter, Dreher, Fräser usw.), soweit sie von den Betrieben bestellt werden, am **Freitag, den 8. Dezember**, ihre Arbeit aufnehmen.

Die Einstellung erfolgt nach Maßgabe der Betriebsverhältnisse.

Mit der Wiedereinstellung der Ausgesperrten wird nach Maßgabe der Betriebsverhältnisse am **Montag, den 11. Dezember 1911**, begonnen. **Die Ausgesperrten werden ohne Kürzung ihrer bisherigen Rechte wieder eingestellt.**

Die während der Dauer des Streiks wegen Arbeitsmangel Entlassenen werden den Ausgesperrten gleichgestellt.

Viel Schwierigkeiten bot, wie Selbrich und Cohen ausführten, die Regelung der Lohnfrage für die Lohn- und Hilfsarbeiter, und lange wurde in der Kommission darum gestritten, bis die kleine Verbesserung zugestanden wurde. Danach würden jetzt in den 5 Betrieben, wo noch unter 40 Pf. pro Stunde bezahlt wird, die Löhne auf 40 Pf. und für Arbeiter, die drei Monate im Betriebe beschäftigt sind, auf 42 Pf. erhöht werden. In 19 Betrieben, wo 40 Pf. bezahlt wurden, erhalten die Arbeiter nach der genannten Beschäftigungszeit 42 Pf. Für die Betriebe mit Lohnarbeitern eine einheitliche Regelung zu schaffen, ist zurzeit nicht angängig, da die Einstellungslöhne zu sehr schwanken, und es bleibt hier nur die betriebsweise Regelung übrig. — Die getroffene Vereinbarung wurde von der Kommission den Versammelten zur Annahme empfohlen, da nach Lage der Dinge zurzeit nicht mehr zu erringen sei. Auch die Vertrauensmänner, die vor Beginn der Versammlung eine Sitzung abhielten, waren zu der gleichen Ansicht gekommen und schlossen sich der Empfehlung an.

Unter den Versammelten aber erhob sich eine **starke Opposition**, die in der Diskussion über die neue Vereinbarung lebhaft zum Ausdruck kam. Wiederholt griffen Selbrich und Cohen in die Debatte ein, um der Opposition zu begegnen und über manchen Punkt der Vorlage die nötige Aufklärung zu geben; auch August Werner vom Deutschen Transportarbeiterverband ersuchte die Versammelten um ihre Zustimmung, die aber von der Mehrheit der Versammlung entschieden verweigert wurde. Nachdem ein Antrag auf Schluß der Diskussion zur Annahme gelangt war, wurde die geheime Abstimmung vorgenommen. Selbrich machte darauf aufmerksam, daß jetzt die Frage der Fortsetzung des Streiks unter Ablehnung der Vorlage gestellt werde, und daher

die statutengemäße Majorität

vorhanden sein müsse, wenn die Vorlage abgelehnt werde. Unter großer Spannung wurde nach 2 Uhr das Resultat der Abstimmung verkündet: Die Gesamtzahl **der abgegebenen Stimmen** betrug 2543. Ungültig waren 14 Stimmen. Die erforderliche **Dreiviertelmajorität war demnach 1896. Für** die Fortsetzung des Streiks und demnach für die Ablehnung der Vorlage stimmten 1817, dagegen 712. —

Ein Sturm erhob sich in der Versammlung, **als dies** Resultat verkündet wurde, das die

Aufhebung und die Beendigung der Aussperrung

brachte. Mit Mühe konnte der Vorsitzende bekanntmachen, daß sich die Streikenden am Donnerstagmorgen in ihren Streiklokalen einfinden sollen, um die Wiedereinstellung in bestimmter Ordnung vorzubereiten.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zum Streik in der Damenkonfektion.

Die Konfektionäre haben sich bekanntlich bemüht, mit den vorhandenen arbeitswilligen Zwischenmeistern so etwas wie eine Protestbewegung gegen den Streik auf die Beine zu bringen. Wie uns mitgeteilt wird, hat sich nun auch ein Zwischenmeister, Hermann Kaliski mit Namen, bereit gefunden, ihnen dabei behilflich zu sein. Wie es heißt, hat dieser Mann mit den Konfektionären „verhandelt" — natürlich auf eigene Faust und ohne irgendwelche Fühlung mit den Meister- oder Arbeitnehmerorganisationen — und bei diesen „Verhandlungen" muß wohl irgend etwas herausgekommen sein, denn es soll darüber in einer Versammlung berichtet werden, die auf heute nachmittag 3 Uhr nach den „Arminhallen" in der Kommandantenstraße einberufen ist. Dazu sind allerdings nur die „arbeitswilligen" Meister eingeladen, obwohl sich nicht leugnen läßt, daß auch die Streikenden ein Interesse daran haben könnten, was jener Herr Kaliski zum Wohle der Gesamtheit geleistet hat.

Im übrigen wird am heutigen Tage in Massen ein Flugblatt verbreitet, das der Bevölkerung Berlins weitere Aufklärung über den Kampf in der Damenkonfektion geben soll. — Erneute Verhandlungen mit den Vertretern der Streikenden sind, soweit uns bis jetzt Nachrichten vorliegen, noch nicht zustande gekommen, wenngleich ja die Konfektionäre ihren Wunsch, zu verhandeln, von neuem kundgetan haben, allerdings in so einseitiger Weise, daß man auf Meister- und Arbeitnehmerseite nicht ohne weiteres darauf eingehen konnte.

Lithographen und Steindrucker! Der bekannte Landkartenverlag „Pharus" in der Lindenstraße 3 ist wegen Uebernahme von Streikarbeit für die Schutzverbandsfirma Schwerdtfeger u. Co. gesperrt. Wir bitten um Abdruck in der Arbeiterpresse!

Ebenso ist wegen Uebernahme von Streikarbeit in der Firma Rud. Graetz, Auguststraße 29, eine Differenz entstanden und bleibt die Firma bis auf weiteres gesperrt.

Die Verwaltungen der Filialen I und III.

Arbeiter, Genossen! Seit acht Wochen stehen mehr als zehntausend Tabakarbeiter im Westfalenlande im aufgedrungenen Kampfe! 14 Wochen lang schon währt es, daß die Zigarrenarbeiter Groß-Berlins um die Verbesserung ihrer Existenz ringen. Was sie verlangen ist nicht ungerecht und auch nicht allzuschwer zu bewilligen. Wenn Ihr kauft, wenn Ihr Euren Lieben Zigarren auf den Weihnachtstisch legen wollt, so kauft diese bei jenen Leuten, die den gedrückten Tabakarbeitern die gebende Hand gereicht haben zur Verbesserung ihrer Existenz. Nur diese sind Eurer Unterstützung und Eures Interesses würdig.

Arbeiter, Raucher! **Kauft nur dort Euren Rauchbedarf, wo die grünen Plakate, unterzeichnet Alwin Schulze, vorgewiesen werden können!** Beachtet die Veröffentlichungen der Zigarrenfabriken im „Vorwärts", die sich mit den Arbeitern geeinigt haben und den Tarif bezahlen.

Der Vertrauensmann der Tabakarbeiter.

Die Ballschuhmacher besprachen in einer Branchenversammlung den Ausgang der Differenzen, die wegen der neuen extremen Leistenformen entstanden waren. Den Bericht erstattete Hamann. Er führte aus, daß der Beschluß der im Oktober stattgefundenen öffentlichen Ballschuhmacher-Versammlung dahin ging, für über diese Leisten gearbeitete Lackledertartikel 20 Pf. und für andere Artikel 10 Pf. pro Paar zu fordern. Diesem Beschluß haben die Ballschuhmacher in den Betrieben, wo diese Formen zur Einführung gelangt seien, Folge geleistet. In den meisten kleinen Betrieben seien diese Forderungen ohne weiteres anerkannt worden. Die Inhaber der größeren Betriebe erklärten, erst in einer Versammlung zu diesen Forderungen Stellung nehmen zu müssen. Nach dieser wurden den Kollegen für Lackledertartikel 10 Pf. und für andere Artikel 5 Pf. bewilligt. Für minder schwere Formen wurden außerdem vielfach 5 Pf. zugebilligt. In einigen dieser Betriebe waren jedoch noch etliche Aufbesserungen der Grundlöhne mancher ungünstig entlohnten Artikel gefordert werden. Diese wurden zum Teil ebenfalls bewilligt, wofür die Kollegen ein Aequivalent dafür erblickten, daß die Forderungen für die Leistenformen nicht in der gewünschten Höhe bewilligt wurden. Unter diesen Umständen sei es möglich gewesen, diese Bewegung ohne jede Arbeitsniederlegung durchführen zu können. In der Diskussion wurde von einem Redner ausgeführt, daß die Firma Leiser u. Co. dem Arbeiterausschuß den Vorschlag gemacht habe, die nunmehr vereinbarten Löhne vertraglich festzulegen. Die Ausschußmitglieder hätten jedoch erklärt, dazu nicht kompetent zu sein; würde von den Unternehmern eine diesbezügliche Vereinbarung gewünscht, so verweisen sie diese an die hiesige Ortsverwaltung des Schuhmacherverbandes. Von dem Vertreter des letzteren wurde mitgeteilt, daß bisher keine diesbezügliche Mitteilung vorliege. Mit der Ermahnung des Versammlungsleiters, zur Behauptung des Erreichten und zur Erreichung weiterer Vorteile unbedingt treu und fest zur Organisation zu halten, schloß die Versammlung.

Deutsches Reich.

Halt, Kollege!

Die Entlarvung des Spitzels Gärtner bei dem Mühlenarbeiterstreik in Magdeburg ist der bürgerlichen Presse außerordentlich unangenehm. Sie behauptet, die Spitzelgeschichte sei „von Anfang bis zu Ende erlogen" und nichts weiter als ein „unerhörtes, niedriges Wahlmanöver der Sozialdemokratie". Aber **unleugbare Tatsachen lassen sich nicht so ohne weiteres aus der Welt schaffen**, und darum wird die Sache so dargestellt: Um seine wertvollen Maschinen vor Sabotageakten (!) zu schützen, habe sich der Mühlenbesitzer Hildebrand drei „Wächter" aus Berlin kommen lassen. Einer dieser Wächter sei nun von den Streikenden in das Streiklokal gelockt, dort bearbeitet und betrunken gemacht worden und habe sich nun in diesem Zustande als Spitzel aufgespielt und den Genossen allerlei Schauermären aufgebunden. In Wirklichkeit hat der Spitzel sich **an unsere Genossen herangemacht**, sie aus seiner Tasche traktiert und ungefragt seinen vermeintlichen Kollegen das erzählt, was wir bereits berichteten. Er brüstete sich unter anderem auch damit, daß er im Moabiter Prozeß als Zeuge aufgetreten wäre; er sei bei den Moabiter Vorfällen in demselben Straßenbahnwagen gefahren, mit dem der verfolgte Pastor der Reformationskirche fuhr. „Im Wagen konnten wir ja nichts machen; **aber was draußen dann passiert ist, können Sie sich ja denken!**" meinte er.

Gärtner ist am 17. August 1890 in Schöneberg geboren, also gleich dem ebenfalls an der Moabiter Affäre beteiligten Hintze noch in verhältnismäßig jugendlichem Alter. Er wohnt bei Opalla in der Kirchbachstr. 16. Sein direkter Auftraggeber ist der Privatdetektiv Karl Gräger, Schöneberg, Grunewaldstr. 20. **Dieser war früher bei der politischen Polizei!** In Magdeburg ist außerdem noch tätig ein gewisser Ludwig Zipfel, Charlottenburg, Kaiserin-Augusta-Allee 102 im Gartenhaus wohnhaft. Die Berliner politische Polizei ist ihrem Renommee — wenn sie darauf Wert legen sollte! — eine Aufklärung schuldig: **Wer hat die Elemente a la Gärtner während der Moabiter Tage bezahlt? Wer hat angeordnet, daß auf ihr: „Halt, Kollege!" sich die Säbel der uniformierten Beamten senkten?** Der preußische Polizeiminister ist Aufklärung schuldig: **Welchen Talisman besitzen Leute a la Gärtner, Gräger, Zipfel usw., der auch an fremden Orten hinter ihnen die Türen des Polizeigewahrsams wieder öffnet, obgleich sie unter den Augen der Beamten eine Bedrohung begingen?** —

Wie die bürgerliche Presse mitteilt, will man gegen eine Anzahl der Streikenden in Magdeburg einen Landfriedensbruchprozeß in die Wege leiten. Dabei weiß eigentlich niemand, was zwischen den Streikenden und den Arbeitswilligen vorgefallen ist. Die „Magdeburger Zeitung" spricht zwar von „Greueltaten der Streikenden", welcher Art aber diese Greueltaten sein sollen, erfährt man nicht.

Am Sonnabendabend nahm die Polizei wieder vier neue Verhaftungen vor, von denen aber nur zwei aufrechterhalten wurden. Zurzeit sind noch sechs Personen in Haft. Auch der Lokalangestellte der Mühlenarbeiter, Genosse Menz, ist noch nicht wieder entlassen. Es scheint, als ob man gegen ihn eine Hauptaktion plant. Er soll der Anführer und Anstifter von allem gewesen sein, die Arbeiter in den Streik gehetzt haben usw. Dabei hat niemand mehr zur Ruhe und Besonnenheit gemahnt als Menz, und der Streik ist von den Arbeitern trotz des Abratens der Organisationsleitung beschlossen worden.

Die Polizei geht jetzt mit besonderer Schärfe vor. Sie duldet keinen Streikposten und weist sogar Gewerkschaftsangestellte von der Straße, die nichts weiter wollen, als was die Polizei angeblich auch will, nämlich für Ordnung sorgen.

Die streikenden Arbeiter haben übrigens beschlossen, das Einigungsamt des Gewerbegerichts anzurufen.

An alle Holz-, Bretterträger und sonstige Hilfsarbeiter! Seit dem 1. Dezember befinden sich die Arbeiter der Hütgerswerke A.-G., Schwellentränke in Cüstrin-Neustadt, Plantagenstraße, in einer Abwehrbewegung. Da versucht wird, Arbeitswillige heranzuziehen, bitten wir jeden Zuzug von Cüstrin fernzuhalten.

Deutscher Transportarbeiterverband, Gau 8.

Die „Hirsche" und die Landarbeiter.

Die Zersplitterungsarbeit der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine hat nun auch nicht Halt gemacht vor dem Verband der Land-, Wald- und Weinbergsarbeiter. Unter der Firma: Sektion der Land-, Forst- und Gartenarbeiter versucht der Gewerkverein der Fabrik- und Handarbeiter nun sein Heil mit der Organisierung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter. In Stralsund soll angeblich ein Landarbeitersekretariat eingerichtet, in Triebsees (Pommern) die erste Zahlstelle der Gewerkvereinssektion gebildet sein.

In den Ankündigungen im „Gewerkverein", der „Freisinnigen Zeitung" u. a. wird bei einem Wochenbeitrag von 15 Pf. nach einjähriger Mitgliedschaft ein Krankengeld von 70 Pf. pro Arbeitstag auf die Dauer von vier Wochen versprochen, daneben ein Sterbegeld von 20 M. nach einjähriger, 30 M. nach fünfjähriger und 40 M. nach zehnjähriger Mitgliedschaft, Rechtsschutz und ein Verbandsorgan. Dabei wird gesagt, diese Unterstützungen seien wesentlich höher als diejenigen des Verbandes der Land-, Wald- und Weinbergsarbeiter, obgleich dieser höhere Beiträge verlange.

Dies ist unrichtig. Der Landarbeiterverband hat drei Beitragsklassen zu 30, 60 und 80 Pf. pro Monat, das ist pro Jahr ein Beitrag von 3,60 M., 7,20 M. oder 9,60 M. Dafür gewährt er nach einjähriger Mitgliedschaft für jeden Krankheitstag eine Unterstützung in Höhe des jeweiligen Monatsbeitrages auf die Dauer von 4 Wochen, also eine Gesamtunterstützung von 8,40 M., 16,80 M. oder 22,40 M. Die Hirsche verlangen einen Jahresbeitrag von 7,80 M. und gewähren dafür eine Krankenunterstützung von 16,80 M., also genau so viel als der Landarbeiterverband für einen Beitrag von 7,20 M. An Sterbegeld wird in letzterem nach zweijähriger Beitragsleistung gewährt 20 M., 30 M. und 40 M. Eine Maßregelungsunterstützung in Höhe von 30 M. ist bei den Hirschen, wie im Landarbeiterverband vorgesehen.

Die Hirsche beginnen ihre Arbeit demnach mit Unwahrheiten. Und als unwahr muß auch das Vorgeben bezeichnet werden, den Land-

arbeitern solle das Koalitionsrecht verschafft und die Beseitigung der Gesindeordnungen erstrebt werden. Die Landarbeiter verdanken es gerade der freisinnigen Partei, der die Gewerkvereine nahe stehen, mit, daß die Koalitionsbeschränkungen und die veralteten Gesindeordnungen noch bestehen, denn sie haben z. B. bei den Beratungen des Bürgerlichen Gesetzbuches in der Kommission nicht für die Beseitigung der Gesindeordnungen gestimmt.

Wenn es die Leute, die hinter der neuesten Hirsch-Dunckerschen Gründung stehen, ehrlich mit den Landarbeitern meinten, hätten sie längst Gelegenheit gehabt, ihnen die rechtliche Gleichstellung mit den gewerblichen Arbeitern und damit auch das Koalitionsrecht zu schaffen. Es hätte des Umweges über eine freisinnige Landarbeiterorganisation nicht bedurft. Das Vorgehen der Hirsche ist demnach eine neue gewerkliche Zersplitterungsarbeit.

Ausland.

Oesterreichische Streikstatistik 1910. Die amtliche Statistik der Lohnkämpfe im Jahre 1910 ist soeben erschienen. Ihre Zahl betrug 2888, wenn man die Zahl der betroffenen Betriebe zugrunde legt. Es streikten 55 474 Arbeiter und Arbeiterinnen insgesamt 1 129 460 Arbeitstage. Zwei Fünftel aller Streiks, ein Viertel der bestreikten Betriebe und ein Drittel der Zahl der beteiligten Arbeiter entfielen auf Böhmen. Die meisten Konflikte entstanden im Baugewerbe. 508 Arbeitseinstellungen (424 im Jahre zuvor) waren Angriffsstreiks, 81 (101) Abwehrstreiks, die Motive von 68 Kämpfen sind diverser anderer Art. Bei 835 Streiks wurden Lohnerhöhungen von 83 109 Streikenden erkämpft, in 87 Bewegungen wurden Arbeitszeitverkürzungen für insgesamt 6048 Arbeiter erreicht. Nur ein Zehntel der Streiks hatte vollen Erfolg, ein Fünftel mißlangen, die anderen hatten teilweise Erfolge. An Aussperrungen waren 19 mit 19 792 Arbeitern zu verzeichnen. Sie kosteten 208 730 Arbeitstage. Das Gesamtbild ist das eines ziemlich ruhigen mit langsam sich bessernder Konjunktur. Das Gesamtergebnis spricht für eine im ganzen umsichtige, aber auch entschlossene Führung. Der Separatismus konnte doch das Gefüge der Gewerkschaft nicht lockern.

Tarifbewegung im schweizerischen Steindruckgewerbe.

Obgleich in der Schweiz sowohl Gehilfen wie Unternehmer seit langer Zeit stark organisiert sind, bestand bisher für Lithographen und Steindrucker ein Tarifverhältnis noch nicht. Jetzt ist es nun nach monatelangen und schwierigen Verhandlungen zwischen Vertretern der beiden Organisationen gelungen, einen festen Tarifvertrag abzuschließen, der sich auf die ganze Schweiz erstreckt und den gegenseitigen Organisationszwang vorsieht. Am meisten umstritten war die Festsetzung der Arbeitszeit; an dieser gefährlichen Klippe drohten die Verhandlungen zu scheitern. Gefordert wurde von den Gehilfen an Stelle der bisherigen Arbeitszeit von 9 Stunden täglich eine Verkürzung auf 50 Stunden pro Woche. Schließlich einigte man sich auf folgender Grundlage: Die Arbeitszeit beträgt vom 1. Januar 1912 ab 52 Stunden pro Woche und vom 1. Januar 1913 ab 51½ Stunden. Weitere Punkte des Tarifes sind: Der Arbeitslohn beträgt im ersten Gehilfenjahre 33 Frank per Woche und unterliegt dann der freien Vereinbarung zwischen Prinzipal und Gehilfen. Ueberzeitarbeit wird mit 25 Proz. Zuschlag, Sonntags und nachts mit 50 Proz. bezahlt. Die Feiertage werden bezahlt; der 1. Mai wird freigegeben. Ferienurlaub mit voller Bezahlung wird nach dreijähriger Beschäftigung drei Tage und nach fünf Jahren sechs Tage gewährt. Auf je 4 Gehilfen kann ein Lehrling gehalten werden. Akford-, Prämien- und Hausarbeit ist verboten. Dieser Tarifvertrag hat Gültigkeit bis zum 31. Dezember 1915. Während hiernach sich die ausländischen Unternehmer mit ihrer Gehilfenschaft auf einer für beide Teile annehmbaren Basis einigten, trieben es die deutschen Unternehmer zum Kampfe, denn in Deutschland sind wegen Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit schon seit 9 Wochen 4500 Lithographen und Steindrucker ausgesperrt, worüber wir ja laufend berichten. So „schützt" der Unternehmerschutzverband das deutsche Steindruckgewerbe gegen die ausländische Konkurrenz.

Zentralverband der Handlungsgehilfen (Bezirk Charlottenburg.) Freitag, den 8. Dezember, abends 8½ Uhr, im „Berliner Kindl", Leibnizstr. 3. Vortrag: „Die Reichstagswahlen 1912 und ihre Bedeutung für die Handelsangestellten." Referenten: Frau Martha Tietz und Reichstagsabgeordneter Fritz Zubeil.

Todes-Anzeigen

Durch den unerwartet frühen Tod unseres Ersten Direktors, des Herrn

Kommerzienrat Otto Spielhagen

ist unsere Brauerei von dem schwersten Verluste betroffen worden.

Ueber 32 Jahre hat der Entschlafene seine hervorragenden Kenntnisse und Erfahrungen, sein ganzes Interesse und seine nie ermüdende Arbeitskraft für das Gedeihen unserer Gesellschaft mit unvergleichlichem Erfolge eingesetzt.

Unsere Verwaltung wird dem in voller Schaffenskraft und Arbeitsfreudigkeit Abberufenen für seine Treue und Gewissenhaftigkeit, für seine allzeit betätigten edlen und liebenswerten Charaktereigenschaften dauernde Verehrung und Dankbarkeit bewahren.

Rixdorf, den 5. Dezember 1911. 273/14

Aufsichtsrat und Vorstand der Berliner Kindl-Brauerei-Aktiengesellschaft.

Nachruf.

Am Dienstag, den 5. Dezember, früh 6 Uhr, verschied der Direktor der Berliner Kindl-Brauerei

Herr Kommerzienrat Otto Spielhagen

infolge eines Herzschlages. Derselbe war seinen Arbeitern ein wohlwollender und gerechter Arbeitgeber und betrauern dieselben deshalb sein Hinscheiden doppelt.

Die Arbeiter der Berliner Kindl-Brauerei.

Rixdorf, den 12. Dezember 1911.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschl.

Verwaltungsstelle Groß-Berlin.

Am Donnerstag, den 30. November 1911, verstarb als Opfer eines Betriebsunfalles unser Mitglied, Kollege

Franz Kahlert

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 10. Dezember, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Matthias-Kirchhofes in Südend, bei Martenhöhe, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

146/11 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Bezirk 134.

Am 5. Dezember verstarb nach langem schweren Leiden unser Genosse, der Schankwirt

Hermann Müller

Bärwaldstraße 51.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 8. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf, Eisenacher Straße, aus statt. 212/3

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse d. deutschen Wagenbauer

Bezirk V.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied

August Abraham

Sellerstr. 15, am 5. Dezember im Moabiter Krankenhause an Magenleiden verstorben ist.

Die Beerdigung findet am 8. d. Mts., nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Dankes-Gemeinde, Scharrnweberstraße, aus statt.

Rege Beteiligung der Mitglieder erwünscht 19115

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Möbelpolierer

Oskar Kanitz

im Alter von 41 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. Dezember, nachmittags 3 Uhr, auf dem Gemeinde-Friedhof in Köritz bei Neustadt a. D. statt.

93/15 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband

Zweigverein Berlin.

Sektion der Putzer.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

Anton Kurzmann

am 4. Dezember verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 8. Dezember, nachmittags 1¾ Uhr, von der Halle des Moabiter Krankenhauses nach dem Gethsemane-Kirchhof in Nordend aus statt. 141/10

Die örtliche Verwaltung.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse d. deutschen Wagenbauer

Berlin VI.

Am 29. November verstarb unser Mitglied, der Schlosser

Karl Thurow

durch freiwilligen Tod.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. d. M., vormittags 10 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Nazareth-Kirchhofes, Kegelstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

258/1 Die Ortsverwaltung.

Am Donnerstag, den 30. November, verstarb plötzlich, durch Unfall, mein lieber Mann, der Maschinist 19106

Franz Kahlert

Katzlerstraße 12

im 54. Lebensjahre.

Dies zeigt tiefbetrübt an

Die trauernde Witwe Martha Kahlert geb. Hummel.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 10. Dezember, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Matthias-Kirchhofes, Marienhöhe, aus statt.

Am 4. Dezember verschied nach kurzem Leiden mein innigstgeliebter Mann, unser herzensguter Vater, Onkel, Schwager und Großvater, der Töpfermeister 9942

Karl Kaminski

im Alter von 58 Jahren.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. Dezember, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Zions-Kirchhofes, Niederschönhausen-Nordend, aus statt.

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Gatten, unseres Vaters, Sohnes und Schwiegervaters

Wilhelm Behrend

sprechen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere den beiden Chefs und dem Personal der Firma R. & S. Moses unseren innigsten Dank aus.

Im Namen der Hinterbliebenen:

Witwe Agnes Behrend.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Bruders und Onkels, des Kaminschleifers 9962

August Vogt

sagen wir hiermit allen Freunden und Bekannten, insbesondere seinen Kollegen der Firma Streich, sowie den Genossen seines Bezirks und des 4. Berliner Reichstagswahlkreises unseren herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Herm. Vogt und Geschwister.

Große Firma vergibt **Teppiche, Gardinen, Stores, Steppdecken, Portieren** auf Teilzahlung ohne Anzahlung. Keine Kassierer. Offerte S. 100, „Vorwärts"-Spedition, Auguststr. 50.

Eine Weihnachtsfreude

bereitet jeder gern, doch stößt die Wahl der Präsente vielfach auf Schwierigkeiten. Selbstbereitete Getränke finden aber immer Anklang. Wer sich nun seinen Bedarf mit Original-Reichel-Essenzen „Marke Lichtherz" selbst bereitet, hat für geringe Kosten alkoholfreie Getränke, tadellose und feinste Spezialitäten usw., die den teuersten in- und ausländischen Marken nicht allein gleichkommen, sondern sich auch noch bis um das Zehnfache billiger stellen. Ein Mißlingen ist vollständig ausgeschlossen, der Erfolg ein ganz überraschender.

Vor Nachahmungen sei dringend gewarnt! Die echten „Original-Reichel-Essenzen" sind an der „Marke Lichtherz" erkenntlich und in den bekannten, meist durch meine Schilder kenntlichen Drogerien erhältlich, wenn ausnahmsweise nicht zu haben, wende man sich an die Fabrik Otto Reichel, Berlin SO., Eisenbahnstr. 4. Fernsprecher IV, 4751, 4752, 4753. Aufklärende illustrierte Broschüre mit erprobten Rezepten: „Die Destillierung im Haushalte" gratis.

Für die vielen Gratulationen, Ehrungen und Blumen, die uns anläßlich unserer silbernen Hochzeit zuteil geworden sind, ist es uns nicht möglich, jedem einzelnen unseren Dank auszusprechen und suchen es auf diesem Wege nachzuholen. Insbesondere danken wir den Parteigenossen und Genossinnen des 10B Bezirkes, sowie den Funktionären des 10. und 12. Bezirkes des Wahlvereins zu Rixdorf.

Rudolf Otto u. Frau,

Schöneweider Str. 15, v. 2 Tr.

Eile zu Weile!

119 Dresdener Straße 119 (Eckhaus Oranienpl.)

Ueber **1000 Pelz-Stolas**

Muffen, Kolliers

Extra billige Preise!

Echte Skungs-Stolas von 25 M. an. Pelz-Hüte, Hutstreifen Felle, Köpfe, Schweife in allen Fellarten.

Eigene Kürschnerei.

Jedermann erhält die im Fenster ausgestellten Gegenstände sofort für den bezeichneten Preis.

Bitte genau auf Nr. 119 und Eile zu Weile zu achten.

Ein Weihnachtsgesehenk

das Nutzen mit Freude verbindet

ORIGINAL SINGER NÄHMASCHINEN

SINGER

Nähmaschinen nähen, sticken und stopfen.

SINGER

Nähmaschinen erhielten in Turin 1911 wieder 2 Höchste Preise.

SINGER Co.

Nähmaschinen Act. Ges.

BERLIN, Leipziger Straße 92.

Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Pracht-Säle Alt-Berlin

Blumenstraße 10 — Neben dem Residenz-Theater sind die besten

Versammlungssäle des Ostens.

Im neuerbauten Theater-Saal täglich: Konzert, Theater und Spezialitäten. 621L*

Die täglich steigernde Nachfrage nach unserer Zigarette

Tag III

ist der beste Beweis für die vorzügliche Qualität des Fabrikates. Jeder Zigarettenkenner gibt der Tag III den Vorzug, weil die gute Beschaffenheit derselben die beste Empfehlung ist. Fordern Sie bei Ihrem Zigarrenhändler unsere Tag-Zigaretten. Preislage 2 bis 5 Pf., Gold, Kork, mit und ohne Mundstück. Höchste Tariflöhne, keine Maschinenarbeit, nur organisierte Arbeiter. 299/11*

Generalvertr. f. Berlin u. Brandenburg Paul Horsch, Engelufer 15 (Moritzpl. 8720)

Der Verkauf der zurückgelieferten Monatsgarderobe des größten Abonnementshauses für feine Herrenbekleidung **J. STOCK & Co.** befindet sich von jetzt ab nur Friedrichstraße, Ecke Johannisstr., Eingang Johannisstr. Anzüge und Paletots v. 10 M. an.

Manoli

Cigarettes Specialmarken

Abbas Dandy

Gibson Girl

Kaufen Sie **Fluß- und Seefische** von der Deutschen Dampffischerei-Gesellschaft **„Nordsee"** Stadtbahnhof Börse

Sie erhalten tadellose frische Fische preiswert.

Zigarren-Fabriken W. Herbst

gegr. 1862. — Tel.: IV, 3873.

BERLIN SW., Ritterstr. 83

Erstklassige Ware. Zigarrenhändlern bestens empfohlen.

Tarifarbeit.

Theater.

Donnerstag, 7. Dezbr. 1911.

Anfang 7½ Uhr.

K. Opernhaus. Mignon.
K. Schauspielhaus. Die Geschwister. Robert Guiskard. Der zerbrochene Krug.
Deutsches. Turandot.
Haberland. Spezialitäten.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Zirkus Schumann. Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48/49. Von Meran zum Ortler.
Neues Kgl. Opernheater. Die Fledermaus.
Kammerspiele. Nathan der Weise.
Berliner. Die Ahnengalerie.
Lessing. Eudrum.
Komische Oper. La Traviata.
Neues Schauspielhaus. Alt-Heidelberg.
Neues. Das Mädel von Montmartre.
Westen. Die Dame in Rot.
Residenz. Kümmere dich um Amélie.
Neues Operetten. Die moderne Eva.
Kleines. Lottchens Geburtstag. Gentz und Fanny Elßler. Hockenjos.
Schiller O. Don Carlos.
Schiller-Charlottenburg. Madame Sans Gêne
Friedr.-Wilh. Schauspielhaus. Sherlock Holmes.
Königgrätzer Straße. Spielereien einer Kaiserin.
Rose. Die größte Liebe.
Metropol. Die Nacht von Berlin.
Lustspielhaus. Die Vergnügungsreise.
Trianon. Mein Baby.
Thalia. Polnische Wirtschaft.
Luisen. Baronesse Claire.
Casino. Der selige Hollschinsky.
Apollo. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Herrnfeld. Schmerzlose Behandlung. Das Kind der Firma.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Königstadt-Kasino. Spezialitäten.

Anfang 8½ Uhr.

Folies Caprice. Kobi Krach. Nr. 14.
Walhalla. Teufel, das hat eingeschlagen!
Noack. Berlin, wie es weint und lacht.
Voigt. Prinz und Bettlerin.

Anfang 8½ Uhr.

Neues Volkstheater. In Behandlung.
Belle-Alliance. Die Räuber.
Intimes. Der Brandstifter.
Sternwarte. Invalidenstr. 57—62.
Kaiser-Panorama. Besteigung der Zugspitze. II. Wanderung auf Java.

Schiller-Theater O. Wagner-Theater.

Donnerstag, abends 8 Uhr: **Don Carlos.**
Freitag, abends 8 Uhr: **Maskerade.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Don Carlos.**

Schiller-Theater Charlottenburg.

Donnerstag, abends 8 Uhr: **Madame Sans-Gêne.**
Freitag, abends 8 Uhr: **Wilhelm Tell.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Madame Sans-Gêne.**

Berliner Theater.

Abends 8 Uhr: **Die Ahnengalerie.**

Theater in der Königgrätzer Straße

Abends 8 Uhr: **Spielereien einer Kaiserin.**

Metropol-Theater.

Die Nacht von Berlin!
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Jul. Freund. Musik von B. Holländer. In Szene gesetzt vom Dir. R. Schultz. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
8 Uhr:
Von Meran zum Ortler.

Neues Theater.

Abends 8 Uhr: **Das Mädel von Montmartre.** Crevette: **Fritzi Massary.**
Sonnt. 3½ Uhr: **Der fidele Bauer.**

Theater des Westens.

8 Uhr: **Die Dame in Rot.**
Morgen 8 Uhr: **Fatinitza.**
Sonnabend nachm. 4 Uhr: **Max und Moritz.**

Residenz-Theater.

Direktion Richard Alexander.
Heute 8 Uhr:
Kümmere Dich um Amelie.
Schwank in 3 Akten v. G. Feydeau.
Morgen und folgende Tage: **Ein Walzer von Chopin.**

Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus.

Heute 8 Uhr: **Sherlock Holmes** mit **Ferdinand Bonn** in der Titelrolle.

Belle-Alliance-Theater

8½ Uhr: **Die Räuber.**
Freitag: **Narrenspiel.**

Luisen-Theater.

Heute 8 Uhr:
Baronesse Claire.
Freitag: **Die Macht der Liebe.**
Sonnabend nachm. 4 Uhr: **Wie Klein-Else das Christkind suchen ging.**

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr: **Die größte Liebe.** (Der Lumpenpastor.)
Freitag: **Der Hüttenbesitzer.**
Sonnabend 4 Uhr: **Das verzauberte Schloß.** 8 Uhr: **Die größte Liebe.**

Apollo Theater

Abends 8 Uhr: **Neues Programm.**
9 Uhr: **Harry Walden**
mit seinem Ensemble in Brettlkönig, Vaudeville in 2 Akten von G. Okonkowsky und A. Reichhardt. Text von R. Schanzer. Musik v. W. Kollo.

Herrnfeld Theater

Noch nie dagewesener Lacherfolg!
Das Kind der Firma
mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen. Vorher:
Schmerzlose Behandlung.
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11—2 Uhr.

Königstadt-Kasino.

Ecke Holzmarkt- u. Alexanderstraße
vom 1. bis 16. Dezember:
„Familie Müller“
großes Volksstück in zwei Bildern und das reichhaltige Spezialitäten-Programm.

Freie Volksbühne

Extravorstellung
im **Lessing-Theater:** Montag, den 25. Dezember.
Gerhardt Hauptmann:
Einsame Menschen.
Einlaßkarten a **1.30** Mark in allen Zahlstellen.

Lessing-Theater Björnson: **Wenn der junge Wein blüht.**	**Neues Schauspielhaus** Björnson: **Ueber unsere Kraft** 2. Teil.
Thalia-Theater Greinz: **Die Thurnbacherin**	**Residenz-Theater** Emil Augier: **Die arme Löwin.**
Abendabteilungen Hebbel: **Agnes Bernauer.**	**Herrnfeld-Theater** Wied: **2×2=5.**

Für die **Nachmittags-Mitglieder** sind in den Abendabteilungen an den **Montagabenden** im **Neuen Schauspielhause** Karten a Mk. **1.30** zu haben.

Neue Mitglieder können sich in allen **Zahlstellen melden** für die **Nachmittags- und Abendabteilungen.** 242/3

Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

Midget's Town.

Die Hauptstadt im Lande der Liliputaner.
Heute Donnerstag: ♦ Eröffnung! ♦
Nachmittags 4 Uhr.
In sämtlichen Räumen von 140/2
Castans Panoptikum:
Große Zirkus- und Varieté-Vorstellung.
Täglich geöffnet von 10 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.
Eintritt M. 1,—.

Neu eröffnet!
Sport-Restaurant Treptow
Radrennbahn, Elsenstraße 115—116.
Dem geehrten Publikum zur gefl. Nachricht, daß ich das Sport-Restaurant nach vollständiger Renovierung übernommen habe und bitte um gütigen Zuspruch.
Saal mit **Theaterbühne** sowie **Vereinszimmer** sind zu vergeben. 1909b
Sonntag und Mittwoch: ◆ Familienkränzchen. ◆
Hochachtungsvoll **Otto Metternich.**
Die Eisbahn ist zu verpachten. Pachtangebote erwünscht.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Gastspiel **Robert Steidl.**
Anfang 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

Folies Caprice.

Zum 100. u. letztenmal:
Nr. 14. Kobi Krach.
Freitag, den 8. Dezember 1911:
Premiere.

Zirkus A. Schumann

Donnerst. 7. Dezember, 7½ Uhr:
Neu! Neu!
Mr. u. Mlle. Corradini großer Dressurakt
Elefant, Zebras, Pferd und Hunde.
Neu! Neu!
Geschwister Weise
genannt: **Die Biedermeier** mit ihren hier noch nie gesehenen konkurrenzlosen Original-Tricks.
Les Briatores
in ihren neuen Genre.
5 Affen am fliegenden Trapez.
9½ Uhr: Die große Feerie in 5 Bildern nach Motiven aus **1001 Nacht**
1000 Jahre auf dem Meeresgrund
Freitag, 8. Dezember, ab. 8 Uhr: Aufführung des Deutschen Theaters:
Jedermann.
Sonntag, 10. Dezember: 2 große Vorstellungen.

Passage-Theater.

Das große Festprogramm.
Der Triumph der Schönheit!
Lebende Kunstwerke
Claire Waldoff
Der tapfere Herr Ängstlich
Burlesk-Sketch mit **Georg Kaiser u. W. Goldmann** in den Hauptrollen und **12** Varieté-Sensationen.

Passage-Panoptikum.

Acht Wochen bei den Feuerfressern
Täglich zu sehen! Lebend **Die wilden Essauas** Karawane sudanesischer Schreit-, Heul- und Feuer-Fakire in einem besonders aufgebauten Dorfe.
Ohne Extra-Entree.

Trianon-Theater.

Täglich abends 8 Uhr:
Mein Baby.
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Francillon.**

Admiralspalast

Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena.
Von 10 Uhr an geöffnet.
Nachmittags:
Militär-Konzert.
Um 5½ Uhr:
Das Weihnachtsmärchen
Schneewittchen
Abends
Das prachtvolle Eisballett:
Alpenzauber
Die kleine Charlotte
Apachentänze — Pushballspiel.
Bis 6 Uhr und von 10½ Uhr an halbe Preise.
Restaurant ersten Ranges.

Zirkus Busch

Donnerst., 7. Dezember, 7½ Uhr:
Großer Gala-Abend.
Nach Unterbrechung d. Karl Hagenbeckschen Gastspiels durch die Erkrankung des Affen **„Max“**
Wiederauftreten von Max u. Moritz.
Herr Georg Burkhardt-Festtit, Schulreiter. — Normann-Telma.
Hektor und Lolette.
Herr Ernst Schumann, Meisterdressuren usw.
Um 9½ Uhr zum **56.** Male:
U 20
Origin.-Ausstattungsstück des **Zirkus Busch** in 5 Bildern.

Voigt-Theater.

Heute: Gastspiel in **Puhlmanns Theater,** Schönhauser Allee 148.
Prinz und Bettlerin.
Englisches Sensationsdrama in sechs Bildern von Siegfr. B. Lutz.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8½ Uhr.

Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.
Berlin N., Brunnenstraße 16.
Berlin, wie es weint und lacht.
Volksstück mit Gesang von Kalisch. Musik von Conradi.
Anfang 8½ Uhr. Bons usw. gültig.
Morgen zum letztenmal: **Berlin, wie es weint und lacht.**

Casino-Theater

Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr
Nur noch bis Donnerstag, 7. Dezbr.:
Der selige Hollschinsky.
Freitag, 8. Dezember Premierenabend
Der Kampf ums Dasein.
Sonntag 3½ Uhr: **Die Tochter des Sträflings.**

Volks-Theater.

Rixdorf, Hermannstr. 20.
Sonntag, 10. Dezember: **Sherlock Holmes.** Detektivkomödie in vier Akten von A. Sachse.
Montag, 11. Dezember: **Der Ernst des Lebens.** Schauspiel in drei Akten von Jul. Schaumberger.

Nißles Fest-Säle

Dennewitzstraße 13.
Jeden Donnerstag:
Tanzkränzchen
bei freiem Entree. **C. Nißle.**

Concordia-Festsäle.

Inh.: M. Wendt & A. Schütze.
64 Andreasstraße 64.

Jeden Donnerstag:
Große Soiree
d. allgemein beliebten und bekannten
Hoffmanns Sänger.
Direktion Fr. Fanthor
Heute: Neu!
Der Musikmeister.
Schauspiel in 1 Akt.
Anfang 8 Uhr.
Nach der Soiree: **Frei-Tanz.**
Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Kreuzstern
MAGGI's Bouillon-Würfel sind einzig in Qualität!
5 Würfel 20 Pfg., einzelne Würfel 5 Pf.

Vierter Reichstags-Wahlkreis.

Donnerstag, den 7. Dezember, abends 8½ Uhr, in „Kellers Festsälen", Koppenstr. 29:

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. **„Die Reichstagswahlen".** Referent: Reichstagsabgeordneter **Otto Büchner.**
2. Aufstellung des Kandidaten.

207/9*

☞ **Mitgliedsbuch legitimiert.** ☜

Der Vorstand.

Berlin, Petersburger Viertel.

Reichstags-Wahlkreis Nieder-Barnim.

Donnerstag, den 7. Dezember 1911, abends 8 Uhr:

Gr. öffentl. Wählerversammlung

in den „Prachtsälen des Ostens" (Cranz), Frankfurter Allee 151–152.

Tagesordnung:

Volksnot, Kriegshetze und Reichstagswahlen.

Referent **Artur Stadthagen.**

☞ **Nach dem Referat freie Aussprache für jedermann!** ☜

Um rege Beteiligung ersucht

Der Einberufer: G. Kaulfuß, Dolziger Straße 28.

239/4

☞ RIXDORF ☜

Achtung! Reichstagswähler! Achtung!

Heute, Donnerstag, abends 8½ Uhr:

Fünf öffentliche Wähler-Versammlungen.

8. Kommunal-Wahlbezirk im **Feldschlößchen, Elsenstr. 75.** Referent: Stadtv. **Heitmann.**

9. u. 19. Kommunal-Wahlbezirk in den **Passage-Festsälen, Bergstr. 152.** Referent: Stadtverordneter **Kloth.**

14. Kommunal-Wahlbezirk bei **Petrie, Knesebeckstr. 113.** Referent: Genosse **Haese.**

18. u. 20. Kommunal-Wahlbezirk bei **Hoppe, Hermannstr. 49.** Referent: Genosse **Ueko.**

24. Kommunal-Wahlbezirk im **Karlsgarten, Karlsgartenstr. 6/10.** Referent: Genosse **Fauß.**

Tagesordnung:

1. **Die Belastung des Volkes durch die Steuern und Zölle.**
2. Freie Diskussion. 3. Verschiedenes.

237/6

In Anbetracht der überaus wichtigen Tagesordnung wird Massenbesuch erwartet.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Berliner Buchdruck-Maschinenmeister!

Sonntag, den 10. Dezember 1911, vormittags pünktlich 10 Uhr,

im neuen Saale der „Neuen Welt", Hasenheide:

Außerordentliche Maschinenmeister-Versammlung.

Tagesordnung:

„Die Entwickelung und die Aufgaben des Berliner Maschinenmeistervereins."

Referent: **Albert Massini.**

In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen jedes **einzelnen** Maschinenmeisters Ehrensache. Die Vertrauensleute werden ersucht, recht rege für diese Versammlung Propaganda zu machen.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand des Berliner Maschinenmeistervereins.

Im Auftrage: **E. Marann.**

28/14

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Achtung! Isolierer! Achtung!

Heute Donnerstag, den 7. Dezember 1911, abends 8½ Uhr, bei Wilke, Sebastianstraße 39:

Versammlung

Tagesordnung:

Die Sperre bei den Firmen Rheinhold u. Co. und der Aussperrungsbeschluß des Zentralverbandes der Isolierfirmen Deutschlands.

Die Sektionsleitung.

NB. Wir ersuchen alle Bauarbeiter, die auf demselben Bau beschäftigten Isolierer und Helfer auf die Versammlung hinzuweisen. D. O.

Achtung! Bauarbeiter!

Dienstag, den 12. Dezember, abends 8½ Uhr, in Graumanns Festsälen, Naunynstraße 27:

Große öffentliche Wählerversammlung

für sämtliche **Bauarbeiter** aus den Kreisen:

Guben-Lübben, Kottbus-Spremberg, Kalau-Luckau.

Tagesordnung:

301/5*

Welche Bedeutung hat die Reichstagswahl für die Bauarbeiter? Referent: Genosse **Hermann Schubert.**

NB. Alle Vertrauensleute der Bauarbeiter werden dringend ersucht, die in Betracht kommenden Bauarbeiter darauf aufmerksam zu machen.

Der Einberufer: Fritz Zinke.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz

10–2. 5–7. Sonntags 10–12. 2–4.

Otto Rühle
Das proletarische Kind

Geheftet 3 M., gebunden **4.50 M.** Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt vom **Verlag Albert Langen, München-S.**

Orts-Krankenkasse der Gastwirte

und verwandter Gewerbe zu Berlin.

Bekanntmachungen.

Außerordentl. Generalversammlung

(Wahlversammlung) sämtlicher zur Kasse meldenden Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen am **Mittwoch, den 20. Dezember,** nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn **Kube („Feuersteins Festsäle").** Alte Jakobstr. 75, zur Vornahme der Wahl von 50 Arbeitgeber-Kassenvertretern mit der Amtsdauer vom 1. Januar 1912 bis event. 31. Dezember 1914.

Jeder Arbeitgeber (Arbeitgeberin), welcher Beiträge aus eigenen Mitteln zur Kasse leistet, führt bei der Wahl eine Stimme und ist wählbar. Als Legitimation zur Teilnahme an der Wahl gilt die letzte Beitragsquittung. Arbeitgeber (Arbeitgeberin), welche mit der Beitragszahlung im Rückstande sind, gelten von der Wahl und Wahlberechtigung als ausgeschlossen.

Die Wahl ist geheim und erfolgt durch Stimmzettel. Jeder Wähler hat soviel Namen auf seinen Stimmzettel zu schreiben, als Vertreter zu wählen sind.

Geschriebene, gedruckte oder auf anderem mechanischen Wege hergestellte Stimmzettel sind erlaubt.

Der Wahlakt beginnt um 4 Uhr nachmittags und wird um 6 Uhr geschlossen.

Außerordentliche

General-Versammlung

(Wahlversammlung) sämtlicher großjährigen Kassenmitglieder am Donnerstag, den 14. Dezember 1911, nachmittags 3 Uhr, im Verbandshause der Gastwirtsgehilfen, Gr. Hamburger Str. 18/19 zur Vornahme der Wahl von 100 Kassenmitglieder-Vertretern mit der Amtsdauer vom 1. Januar 1912 bis ev. 31. Dezember 1914.

Die Vertreter der Kassenmitglieder können nur aus der Zahl der letzteren gewählt werden. Wahlberechtigt und wählbar ist jedes großjährige Kassenmitglied, welches sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindet und sich durch das in Ordnung befindliche Mitgliedsbuch oder durch eine Arbeitsbescheinigung des Arbeitgebers legitimieren kann.

Die Wahl ist geheim und erfolgt durch Stimmzettel. Jeder Wähler hat soviel Namen auf seinen Stimmzettel zu schreiben, als Vertreter zu wählen sind.

Geschriebene, gedruckte oder auf anderem mechanischen Wege hergestellte Stimmzettel sind erlaubt.

Der Wahlakt beginnt um 3 Uhr nachmittags und wird um 6 Uhr geschlossen. 283/5

Berlin, den 1. Dezember 1911.

Der Vorstand.

H. Poppe, Vorsitzender. **G. Braun,** Schriftführer.

Bäckerei-Genossenschaft „Volksbrot"

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Die Mitglieder unserer Genossenschaft werden hiermit zu der am **Sonntag, den 17. Dezember, vormittags 9 Uhr,** im Saale des **Genossenschaftswirtshauses, Nordufer 10,** stattfindenden

Elften ordentlichen

General-Versammlung

ergebenst eingeladen.

Tagesordnung:

1. Jahresrechnung und Geschäftsbericht 1910/11.
2. Beschlußfassung über die Bilanz und die Gewinn- und Verlustberechnung 1910/11 und Entlastung.
3. Ergänzung des Aufsichtsrats.
4. Festsetzung des Gesamtbetrages, den die Anleihen der Genossenschaft nicht überschreiten sollen.

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustberechnung liegen in unserer Geschäftsstelle, Fehmarnstr. 10, aus.

Bäckerei-Genossenschaft „Volksbrot".

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Der Vorstand. 108/12

Schuke. Heinrich. C. Kosmehl. Kollahn. Molzner.

Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Zerbrechen Sie sich nicht den Kopf, welches Getränk Sie genießen sollen

Trinken Sie

Schloßbräu-Flaschenbiere.

Die Qualität ist hervorragend!

Orts-Krankenkasse der Tabakfabrikarbeiter zu Berlin.

Einladung zur

Außerordentl. Generalversammlung

am Freitag, den 15. Dezember 1911, abends 8½ Uhr, nach dem Restaurant des Herrn **Boß, Weberstraße 6.**

Tagesordnung:

1. Verlesung des Protokolls der letzten Generalversammlung.
2. Ergänzungswahl für ein ausscheidendes Vorstandsmitglied.
3. Verschiedenes.

283/6

Der Vorstand.

Extrapreis!

Divandecken auf beiden Seiten benutzbar jetzt **Mk. 4.35** (früher **6.75**)

Buntpersische doppelseit. große

Divandecken M. 7.50 – 8.75 (früher 12–15 M.)

Bunte Mocquett-**Plüsch-Divandecken** Größe 150/300 cm **23.50** (regulär 33 M.)

Divanrückwände 4.50, 6.00, 8.00

Teppich-Spezialhaus

☞ **Emil Lefèvre**

Berlin S. Seit 1882 nur Oranienstr. 158.

Weihnachts-Extraliste u. Katalog

enorm billiger Geschenkartikel (600 Abbild.) gratis u. franko.

---

21 Gegründet 1884 21

Pelz-waren.

Engros—Export.

S. Schlesinger,

Neue Königstr. 21

Ordonnanzhaus.

Kein Laden! II. Etage.

Einzelverkauf wie alljährlich zu billigst. Preisen

Pelz-Stolas Muffen

Chick garnierte **Damenpelzhüte** federleicht.

Reparaturen sauber und billig.

Sonntag geöffnet.

Bitte genau auf Hausnummer **21** zu achten.

Geschichte der Revolutionen, von A. Conrady, wöchentlich ein Heft à 20 Pf. Bestellungen nehmen die Ausgabestellen des „Vorwärts" entgegen. Probehefte gratis.

Erfahrener Künstler erteilt nach doppelt fördernder Methode sehr erfolgreichen

Violinunterricht.

Einzelunterricht per Stunde 1,25, ½ Stunde 1 M., 2 Schüler zusammen per Stunde 1,50. Näheres unter „Postlagerkarte 457, Briefpostamt Berlin".

Die solideste und billigste Bezugsquelle für

Glas-Christbaumschmuck

ist unstreitig die

Glasbläser-Genossenschaft des Meininger Oberlandes.

Viele glänzende — unverlangte — Anerkennungs- u. Dankschreiben. Steigerung unseres Umsatzes im vorigen Jahre um wiederum 50 Prozent.

Von der **reichhaltigen Auswahl** unserer nur von organisierten Genossen hergestellten Artikel empfehlen wir als **besonders preiswert ein Sortiment der schönsten Neuheiten,** enthaltend

225 Stück prachtvollste Brillant-Glassachen

sowie 6 Dutzend **Konfekthalter,** 6 Stück **Lichthalter** auf Klammern, ein Paket **Engelshaar** usw. für nur **5 Mark franko gegen Nachnahme.**

Doppelkisten für 9,50 M. Bei Voreinsendung des Betrages 25 bezw. 35 Pf. billiger.

10 Sortimentskisten in Bahnsendung per Frachtgut inkl. Bahnkiste 46 M.

Händler wollen für größere Bezüge unsere Preisliste mit zirka 130 Nummern verlangen.

Bestellungen bitten wir zu richten an die

Glasbläser-Genossenschaft des Meininger Oberlandes

e. G. m. b. H. in **Lauscha, S.-M.** (früher Steinach, S.-M.).

Die Berliner Arbeiter werden besonders darauf aufmerksam gemacht **daß ab 10. Dezember** im **Gewerkschaftshause** (Saalgebäude) und **Lorvingstr. 4** (Restr. Schmalowsky) **großer Verkauf von Glas-Christbaumschmuck** obiger Genossenschaft **zu Herstellungspreisen** erfolgt.

Wegen weiterer Auskunft wende man sich an den Genossen **R. Barth,** SO., Adalbertstr. 20 III.

Glas-Christbaumschmuck

Um meiner werten Kundschaft dieses Jahr etwas ganz Hervorragendes zu bieten, versende ich ein noch nie dagewesenes **Reklamesortiment,** enthaltend viele ges. gesch. Neuheit., 345 Stück, bis 9 cm gross, **echt versilberte Blumenreflektoren, Raubreifkugeln, Eis- u. Tannenzapfen, Kugeln m. Rosenbukett, Glockengeläute, Trompete, Silbertraube, Schiff m. Schutzengel, herrl. ummsponnene Phantasiesachen, Diamantfrüchte, Hirsch im Walde usw.** Ferner als ganz besondere Neuheit, die von anderer Seite nicht geboten werden kann, in Glas künstlerisch dargestellt, **die Märchen am Weihnachtsbaum: Hänsel u. Gretel, Rotkäppchen, Dornröschen u. Aschenbrödel** in äusserst sinnreicher Ausführung ges. gesch., u. als grosse Ueberraschung **Glasfiguren D. R. G. M.** wie **Zigeunermädchen, Weihnachtsmann, Eule, Tanzbär, Pudel u. Katze** geg. Einsend. v. M. 5.— frko. (Nachn. M. 5.30).

Sortiment II: Ein Arrangement 188 Stück d. **allerfeinst. vornehmst. u. hochelegant. Silbersachen** zum selben Preis. Zu jed. Sortiment gebe ich gratis: **Jesuskind in Silberkrippe, Silber-Strahlenspitze, künstl. gewund.** grünschill. **Paradiesschlange, die leucht. Rose,** 25 cm hoch, m. Fuss u. Blätt., **effektv. Beleucht.** unt. d. Weihnachtsbaum, u. 1 prakt. **Familien-Unterhaltungsspiel** (ges. gesch.). — Für Händler u. Vereine **Extra-Sort.** v. M. 10.— an in konkurrenzl. Ausführ. Versand in **sorgfält. Verpack.** v. nur prima Ware. Man **versäume nicht,** sich v. mein. **reell. Angebot** zu überzeug. Für Geschenken Stückzahl **garant. Viele Dankschr.**

Herm. Böhm-Hannas, Christbaumschmuckfabr. **Ernstthal-Lauscha** (Thür. Wald) **22**

Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Die Berliner Parteigenossen im Reichstagswahlkampf.

Im 2. Berliner Wahlkreis

tagten am Dienstag drei öffentliche politische Versammlungen, die von unseren Genossen einberufen waren, um dem Wahlkampfe zu dienen. Es galt, die Sünden zu beleuchten, die der nunmehr verflossene, durch die Hottentottenwahlen, unseligen Angedenkens, ins Leben gerufene Reichstag so reichlich auf dem Kerbholz hat.

In der **Bockbrauerei** tat es vor etwa 1200 Personen Frank-Mannheim. Er legte dar, daß bei all den Enttäuschungen, die dieser Reichstag den Wählern bereitet habe, die gegnerischen Parteien, namentlich die des schwarzblauen Blocks, es mit der Angst bekommen hätten vor einem großen reinigenden Gewitter, zumal es bei den Nachwahlen vielfach eingeschlagen habe. Kein Wunder, daß sie nach einem Blitzableiter suchten. Den hofften sie gefunden zu haben in einer „nationalen" Wahlmache. Was 1907 half, wäre 1912 auch nicht schlecht. So dachten sie. Das Rezept sei aber schlecht ausgeführt worden. Just Herr v. Bethmann Hollweg, der kein so geschickter Wahlmacher wie Bülow sei, habe das Rezept verdorben, indem er den Konservativen die nationale Maske vom Gesicht gerissen habe. Von dem Schlage würden sich die Gegner kaum mehr bis zum 12. Januar erholen. Immer würden sich die Herren den Vorwurf gefallen lassen müssen, daß hinter ihren nationalen Worten nacktes Klasseninteresse stecke. Unter anderem deckte Redner das große Manko an wirklichen sozialpolitischen Errungenschaften auf, und die volksverwüstenden Schäden der vom Reichskanzler mit dem Worte „bewährt" gelobten deutschen Wirtschaftspolitik. Wenn solche Herren dann Aufrufe zur Bekämpfung der Lungenschwindsucht, dieser verheerenden Volkseuche, mit unterschrieben, so könnten sie sich nicht wundern, wenn sie in dieser Richtung in den Verdacht der Halbheit, ja, einer gewissen Unehrlichkeit kämen. Merkblätter sollten für das Volk ausgearbeitet werden. Nun, es tue not, daß das Volk selber Merkblätter ausarbeite für die Herrschenden, auf denen stehe: „Das Volk muß satt zu essen haben!" Das Volk erhalte jetzt Gelegenheit, solche Merkblätter zu schreiben. Millionen derartiger Merkblätter würden am 12. Januar abgegeben werden. (Lebhafter Beifall.) Redner zeigte ferner, welche große schöne Aufgabe die Sozialdemokratie habe. Nach einer Kritik der bürgerlichen Parteien, die auch die Liberalen nicht verschonte, sprach er unter stürmischem Beifall die bestimmte Erwartung aus, daß der 2. Wahlkreis am 12. Januar wieder seinen lieben und bewährten Richard Fischer in den Reichstag senden werde.

Die Versammlung bei **Kliems** in der Hasenheide war von etwa 900 Personen besucht. Hier rollte Genosse Severing-Bielefeld, auch einer der bisherigen Reichsboten, das Sündenregister des heimgegangenen Reichstags auf, indem er zugleich unsere heutige Wirtschaftsordnung mit ihre häßlichen Begleiterscheinungen kritisch würdigte. Gründlich zerpflückte er die Einbildung und Behauptung der bürgerlichen Parteien, daß in vielen Paragraphen wunder was sozialpolitisch geleistet sei. Aber nicht nur die Arbeiter, auch andere Erwerbsstände seien um ihre Hoffnungen betrogen worden. Zum Beispiel die Handwerker, denen mit dem sogenannten „Schutz des Mittelstandes" etwas vorgegaukelt worden sei, die aber unter der Teuerung der Lebensmittel ebenso litten, wie die Arbeiter, uns denen noch alles Mögliche, was sie zur Produktion usw. brauchten, verteuert wäre. Auch die Staats- und Kommunalbeamten der unteren Kategorien fühlten sich betrogen, seien in großer Erregung und würden für ihre Enttäuschung am 12. Januar quittieren. Zum Schluß meinte der Referent, es werde am Wahltage eine der Hauptaufgaben mit sein, ihn zu einer gewaltigen Demonstration gegen den schwarzblauen Block zu gestalten. Der 12. Januar könne in des Wortes bester Bedeutung eine Weltenwende einleiten. Wenn es uns am 12. Januar gelinge, ein deutsches Parlament zu schaffen, das den Willen des Volkes unverfälscht zum Ausdruck bringe, dann könne eine Einwirkung auf Preußen nicht ausbleiben. Dann aber reiche der Einfluß dieser Wahl weit über Deutschland hinaus. Neben den vielen materiellen Dingen, die am 12. Januar zu entscheiden seien, habe der Tag noch diese eine große moralische Bedeutung. Bis dahin müsse ein jeder darangehen, solch einen Sieg vorzubereiten. (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Der Vorsitzende Genosse Schwemke forderte vergeblich etwa anwesende Gegner auf, das Wort zu nehmen. Nach einigen zum Kampfe anfeuernden Worten schloß er darauf die Versammlung.

In **Nitzies Festsälen** in der Dennewitzstraße referierte vor einer gut besuchten Versammlung der Genosse Paul Göhre. Bevor er auf das eigentliche Thema: „Der jetzige Reichstag und die getäuschten Wähler" zu sprechen kam, überbrachte er den Versammelten die „Trauerbotschaft", daß der im Jahre 1907 gewählte Reichstag vor wenigen Stunden sanft entschlafen sei. Unter tosendem Beifall der Versammlung gab er seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß die Kunde vom Ableben des Blockreichstags in dem ganzen deutschen Lande nur Freude auslösen wird. Das Volk wird die Gelegenheit ergreifen, um Abrechnung zu halten mit der Politik des Luges und des Betruges, die jetzt fünf lange Jahre hindurch gegenüber dem Volke geübt worden ist. Weil die Regierung und die bürgerlichen Parteien eine Heidenangst vor den Wahlen haben, ist auch der Reichstag bis zur letzten Minute, die die Verfassung gestattet, zusammengehalten worden. Bald mit launig-humoristisch-satirischen, bald mit eindringlich ernsten zu Herzen gehenden Worten kennzeichnete der Redner die schamlose und verbrecherische Raub- und Beutepolitik des letzten Reichstages auf die Taschen des arbeitenden Volkes und die Notlage des Volkes, das Elend, welches über das Volk gekommen ist, sowie die Entrechtung der Arbeiter durch die neue Reichsversicherungsordnung. Wenn nun die Arbeiter nicht gescheit werden, dann werden sie es nie. Der 12. Januar 1912 muß ein Strafgericht gegen die schwarzblauen Brüder werden, wie sie es noch nie erlebt haben. Das Volk muß Vergeltung üben und scharfe Abrechnung halten. Die Wahllokale müssen gestürmt werden von den Wählern und die Urnen müssen zu klein sein, um die sozialdemokratischen Stimmen zu fassen. In der halbstündigen Diskussion, an der sich Gegner nicht beteiligten, wies Genosse Klarius auf die Wahlvorbereitungen der Gegner hin. So treten die Freisinnigen hier im 2. Kreise so sicher auf, als ob sie schon den Sieg in der Tasche hätten. Auch ihr Kandidat, der Bankdirektor Mommsen, tut so, als ob er mit Sicherheit gewählt werden wird. Es gilt also alle Kräfte zusammenzufassen, damit der bisherige Vertreter des 2. Kreises, der Genosse Richard Fischer, diesmal mit einer Stimmenzahl wieder in den Reichstag entsandt wird, die den Gegnern für die Zukunft jede Hoffnung auf eine Niederlage der Sozialdemokratie im 2. Kreise raubt. Nachdem noch einige Redner im gleichen Sinne gesprochen, von denen einer noch auf die brutale Gewaltspolitik der Metallindustriellen verwies, die gerade knapp vor dem Feste der Liebe, währenddem von allen Kanzeln herab „Der Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen" gepredigt werden wird, einsetzte, hielt Genosse Göhre noch ein anfeuerndes Schlußwort. Ihm folgte das Hoch auf die Partei und in Anbetracht seiner ausgezeichneten rhetorischen Leistung hochte die Versammlung noch auf den Genossen Göhre.

Der 6. Wahlkreis

hatte zum Dienstagabend ebenfalls drei öffentliche politische Versammlungen einberufen, die durchweg überfüllt waren.

In **Obiglos Festsälen**, Schwedter Straße 23/24, referierte Reichstagsabgeordneter Haberland-Düsseldorf und gab in einem etwa 1½stündigen Vortrage ein treffliches Bild von dem verflossenen Reichstag und seinen Taten. Nach dem Referat, das mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde, nahm Frau Gau Gelegenheit, die anwesenden Frauen mit zündenden Worten auf die Mitarbeit bei den jetzigen Arbeiten zur Reichstagswahl hinzuweisen, die mit großer Begeisterung aufgenommen wurden. Auch wurde in der Diskussion der streikenden Konfektionsarbeiter und -arbeiterinnen gedacht und den Anwesenden empfohlen, denselben jedwede Unterstützung zukommen zu lassen. Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden ging die Versammlung mit einem brausenden Hoch auseinander.

In den **„Konzerthallen"**, Bornholmer Straße 7, drängten sich die Besucher schon gegen 8 Uhr in dichten Scharen in den Saal, der bald bis an die Tür mit Menschen angefüllt war. Und immer mehr strömten noch herbei, und die Zuletztgekommenen nahmen von dem kleinen Saal Besitz und warteten, bis der Referent, Stadtverordneter Max Grunwald, im oberen Saal sein Referat beendet hatte, und nun auch in den unteren Räumen die politische Situation beleuchtete und mit prägnanten Strichen die Aufgaben des künftigen Reichstages zeigte. Den starken Beifall, den Redner in beiden Sälen erntete, zeugte davon, daß er den Anwesenden im wahrsten Sinne des Wortes aus dem Herzen gesprochen hatte.

Hervorzuheben wäre noch die überaus starke Teilnahme der Frauen bei diesen politischen Veranstaltungen.

Die Versammlung in den **„Borussiasälen"**, Ackerstraße, war recht gut besucht, auch viele Frauen waren anwesend. Der Referent, Reichstagsabgeordneter Adolf Albrecht-Halle, beleuchtete die Tätigkeit unserer Gesetzgeber in dem verflossenen Reichstag, und seine ruhige und sachliche, aber scharf die Gegner angreifende Kritik löste oft lebhafte Zustimmung unter den Versammelten aus. Er legte die Bestrebungen der bürgerlichen Parteien bloß und zeigte, welchen Kampf die Sozialdemokratie unablässig zu führen hatte, um die Rechte des arbeitenden Volkes zu verteidigen. Besonders ironisierte er die Anstrengungen, für den „kleinen Mann" etwas zu tun und den Mittelstand zu retten. Der „kleine Mann" aber hätte stets alle gesetzlichen Maßnahmen zu seinem Schutze als Seifenblasen erkennen müssen, die schön schillerten, aber bald zerplatzten und dem „kleinen Mann" keinen Nutzen brachten. Mit starkem Beifall begrüßten die Versammelten die Aufforderung des Referenten, für die Sozialdemokratie bei den kommenden Wahlen einzutreten, um damit gegen den Kapitalismus und seinen alles zersetzenden Einfluß zu demonstrieren und den endlichen Sieg des Sozialismus als Erlöser, nicht nur aus der wirtschaftlichen Misere, vorzubereiten. Unsere Stimmenzahlen müßten am 12. Januar wieder einen imponierenden Aufschwung nehmen. In dem gleichen Sinne klang das Schlußwort des Vorsitzenden aus, als er nach einer kurzen Diskussion die Anwesenden zu rühriger Agitation für unsere Partei ermahnte, wenn auch der Sieg unseres Kandidaten Ledebour noch so sicher sei.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste!

Die Kammersäle, Teltower Str. 1—4, Ecke Belleallianceстraße, sind für die organisierte Arbeiterschaft nach wie vor gesperrt.

In **Französisch-Buchholz (N.-B.)** steht uns das Lokal (Park-Restaurant) von Herrn August Rossack, Hauptstr. 71, zu allen Veranstaltungen zur Verfügung, ferner in Summt das Lokal von Paul, „Restaurant am See".

In **Fredersdorf** ist das Lokal von Frau Witwe Hörnike für alle Veranstaltungen frei.

In **Karlshorst** sind die „Königssäle" an der Bahn streng zu meiden.

In **Dinnsdorf (T.-B.)** hat der Gasthof „Zum Scharmützelsee" den Besitzer gewechselt, der neue Inhaber Herr Schripp stellt seinen Saal der Arbeiterschaft nicht mehr zur Verfügung, ist daher streng zu meiden.

Die Lokalkommission.

Dritter Wahlkreis. Sonntag, den 10. Dezember, abends 6½ Uhr, findet im großen Saal des Gewerkschaftshauses eine öffentliche Versammlung statt. Die Genossin Friedländer wird über: „Die Frauen und die Reichstagswahl" sprechen. Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein.

Schönwalde und Umgegend. (Bez. Pankow.) Am Sonnabend, den 9. Dezember, abends 8 Uhr, im Lokal von Schulz: Oeffentliche Versammlung. Thema: Lebensmittelteuerung, Kriegshetze und Reichstagswahl. Referent: Richard Küter-Karlshorst. Die Parteigenossen wollen für guten Besuch der Versammlung Sorge tragen.

Die Agitationskommission.

Dabendorf bei Zossen. Nächste Mitgliederversammlung findet am Sonnabend, den 9. M., abends 8½ Uhr bei Wiese statt. Sehr wichtige Tagesordnung.

Am Sonntag, den 10. d. M., findet im Gasthof zum Deutschen Kaiser, Inh. Georg Wichmann, nachmittags 3 Uhr, eine öffentliche politische Versammlung statt. Tagesordnung: Die bevorstehenden Reichstagswahlen.

Der Vorstand.

Ober-Schöneweide. Sonntag, den 10. Dezember, von morgens 8 Uhr ab: Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus. Die Bezirksführer holen das Material von Warnecke ab.

Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Der Neubau.

Das trübe, naßkalte Wetter erscheint uns noch ungemütlicher, wenn wir durch von Rohbauten flankierte Straßen gehen. Eine eisige Luft lagert über dem wüsten Durcheinander aufgepackter Mauersteine, Mörtel- und Lehmhaufen. Der mächtige „Kasten" dort drüben, dessen Fassade zum Teil noch von der Putzerrüstung verdeckt ist, lockt uns zum Eintritt. Und richtig, wir haben gerade den rechten Augenblick abgepaßt. Man ist beim „Tieferrüsten" und eine volle Ladung Schutt prasselt auf uns herab, während wir unten dem Eingang zuschreiten. Die Augen voller Sand, landen wir auf einem Stapel gefüllter Gipssäcke. Donnerwetter! Das ist der Empfangszustand eines Einganges, der uns vielleicht später durch seine Marmorbekleidung, bunte Glasgemälde und dicke Plüschläufer mächtig imponiert. — Sehr einladend sieht die belagloſe, von Rüstzeug und Schutt fast ganz versperrte Treppe nicht aus. Wir lassen erst einige Arbeiter, die mit schweren Säcken einherkommen, vor uns die Treppe hinaufsteigen. Sie tragen „Schüttung" hinauf, meist Schlacke oder trockenen Lehm, um damit den Raum zwischen den Balken auszufüllen. Die Schüttung darf aber beileibe keine Substanzen enthalten, die etwa faulen könnten, weil sonst eine Vorbedingung für den so gefürchteten Hausschwamm gegeben wäre. Man ist hier unten noch damit beschäftigt, die Zwischenwände aufzurichten. Die berüchtigten Rabitzwände werden teilweise durch solche aus Koksasche und Zement und andere Mischungen ersetzt.

Aus einem Raum des ersten Stockes dringt ein lebhaftes Gehämmer: es ist die „Bude" des Anschlägers. Die aus der Tischlerei kommenden Fenster werden hier mit dem nötigen Eisenzeug ausgerüstet. Ueberall klopft und klappert es. Maurer, Stuckateure, Rohrleger, Glaser, Klempner, Elektromonteure, Maler hasten aneinander vorüber oder behindern sich; da gibt es denn auch manchmal ein hartes Wort. Aber es ist nicht so bös gemeint und ist auch bald in dem allgemeinen Lärm verhallt. Dazwischendurch hört man ein dumpfes, rhythmisches Klatschen. Ein Innenputzer schleudert mit einer mächtigen Mauerkelle den breiigen Mörtel gegen die berohrte Decke und die rohen Steinwände. Doch man tut gut, sich in respektvoller Entfernung zu halten. Ein scharfer, eisiger Zug macht auch den Aufenthalt hier in den fensterlosen Räumen sowieso nicht angenehm. Wir steigen ein Stockwerk höher. Die türenlosen Eingänge sind mit alten Plänen verhangen, auch sind die Fenster verglast; eine drückende, feuchtheiße Luft, die durch ihren hohen Gehalt an Kohlenoxydgas das Atmen fast zur Unmöglichkeit macht, empfängt uns. Um den frischen Putz ehe der Frost kommt wenigstens oberflächlich auszutrocknen, sind offene Kokskörbe aufgestellt. Eine mächtige Hitze strahlt der rotglühende Geselle aus; aber auch ein böses, giftiges Gas! Ein fröhliches Geklapper begrüßt uns in der vierten Etage. Fast in jedem Raume sitzt ein Töpfer, oder richtiger Ofensetzer, ein Kachelstück mit seinem Werkzeug bearbeitend. Wahre Kunstwerke sind diese Oefen von heute gegen die von Anno dazumal. Auch die ehedem so gemütliche Ofenbank kommt wieder zur Ehre, nur daß sie heute aus Kachelzeug besteht. Es ist ein ziemlich schwieriges Stück Arbeit geworden, so einen „modernen" Ofen zu bauen. Im Nebenraum steht eine Malerrüstung. Von dem gespritzten Deckengrunde heben sich filigranartige Ornamente prächtig ab. Eine geschickte zurückhaltende Lösung der großen Fläche geben eine vornehme Wirkung. Es ist die erste Decke. Man wartet auf den Bauherrn. Wir haben auch hier wieder Glück. Prustend kommt er herangekeucht. Jeder Zoll der typische aufgeblasene Emporkömmling. Mit blöden Blicken staunt er einige Augenblicke zur Decke empor: „Wat soll det alles sind?! — Da is ja nischt drann!" Der Maler sucht ihm das Wesen der modernen Ornamentik zu erklären. „Ach wat, det jeht mir alles nischt an; ick will et so haben, wie et mir jefällt. Nu hören Sie mal: det is hier det Speisezimmer, da malen Sie mich Hasen, Sektflaschen und Obst ran. Ueberhaupt können Sie mir überall Blumen und sowat rammalen. Die Leute müssen doch wat seh'n for't Geld. Wat, des is keen moderner Jeschmack? Is mir jleich!" Polternd zieht er mit dem Stukkateur davon, dessen, dessen Hermesplaketten er für „Wenusse" hält und der sich mit Mühe ein Lachen verbeißt. Der Maler aber, der ein wenig temperamentvoll zu sein scheint, wirft wütend einen Farbentopf an die Wand und ruft uns mit bitterem Lachen zu: „Ja, ja, meine Herren, diese Bauschieber mit ihrem Botokudengeschmack bestimmen was modern, was schön ist; und wir — wir müssen uns fügen. Na warte, ich will Dir Stilleben malen, in denen die Aepfel wie Kürbisse groß sind."

„Verzeihen Sie, meine Herren, war der Bauherr eben hier?"

„Ja!"

„Na, haben Sie am Sonnabend Geld bekommen?"

„Nicht einen Pfennig; ich habe meinen Leuten noch nicht den Lohn zahlen können!"

„Na, heute werden Sie wohl nichts loseisen, da hat er doch nichts mehr!"

„So ein Strunk!"

Erhöhung der Gebühren für Stellenvermittler?

Mit dem 1. Oktober 1910 ist bekanntlich ein neues Stellenvermittlergesetz in Kraft getreten. Dieses brachte eine schärfere Ueberwachung der gewerbsmäßigen Stellenvermittler, die seit Jahren viel Anlaß zu Beschwerden gegeben haben. Unter anderem wurde bestimmt, daß die Gebühren, die bis dahin von den Stellenvermittlern selbständig festgesetzt wurden, nunmehr von den Polizeibehörden vorzuschreiben sind. In Berlin ist dies durch die Polizeiverordnung vom 12. September 1910 geschehen. Mit diesen Sätzen, die immer noch reichlich hoch waren, sind die Stellenvermittler, die bis dahin den Arbeitsuchenden beliebig hohe Summen abnehmen konnten, natürlich von Anfang an nicht zufrieden gewesen. Sie haben das Polizeipräsidium mit Eingaben bestürmt, und diese Behörde, die manchen recht berechtigten Wünschen anderer Bevölkerungsschichten gegenüber sich meist sehr zugeknöpft verhält, hatte für die Sorgen der Stellenvermittler ein so großes verständnisvolles Entgegenkommen, daß sie bereits jetzt, nachdem der Tarif erst wenig über ein Jahr in Kraft ist, mit der Absicht umgeht, die Tarife abzuändern und zwar sie zum Teil bedeutend zu erhöhen.

Entsprechend den Bestimmungen des Gesetzes hat die Behörde vor dem Erlaß von Abänderungen Vertreter von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, der öffentlichen Arbeitsnachweise und der Stellenvermittler zu hören. Das ist kürzlich in einer Konferenz geschehen, in welcher der Vertreter der Behörde Vorschläge für einen neuen Tarif unterbreitete. Danach sollen beispielsweise für inländisches landwirtschaftliches Gesinde an Gebühren für weibliches Personal 20 bis 25 Mark, für männliches 15 Mark bezahlt werden; die bisherige Taxe betrug für beide Kategorien 15 Mark. Das städtische Gesinde, das bisher durchweg 6 Mark Vermittelungsgebühr zu entrichten hatte, soll in Zukunft in verschiedenen Klassen eingeteilt werden und soll 6, 8, 10 und 15 Mark Gebühren zahlen. Selbst die armen Wasch-, Scheuer-, Reinemachefrauen usw., die nach dem jetzt geltenden Tarif „für jeden Vermittelungsfall" (also auch wenn es für mehrere Tage war) 30 Pfennige an den Stellenvermittler zu zahlen hatten, sollen in Zukunft einen noch größeren Anteil ihres kärglichen Verdienstes opfern, nämlich für den Tag 30 Pfennige, bis 14 Tage 1 Mark und über 14 Tage 2 Mark.

Für das gastwirtschaftliche Personal bestanden bisher drei verschiedene Abstufungen: 6, 4 und 2 Mark; diese sollen auf 4, 6, 8, 10 und eventuell sogar bis auf 15 Mark gebracht werden. Auch das übrige städtische Personal in Handel, Gewerbe und Industrie soll entsprechend erhöht werden.

Die geplanten Maßnahmen der Berliner Polizeibehörde stehen in direktem Widerspruch zu dem Geist des Gesetzes. In der Begründung des Stellenvermittelungsgesetzes kommt es klar zum Ausdruck und im Reichstag haben die Redner fast aller Parteien keinen Zweifel darüber gelassen, daß eine gänzliche Beseitigung der gewerbsmäßigen Stellenvermittelung erwünscht und durch das Gesetz, wenigstens nach und nach, herbeigeführt werden soll.

Das neue Gesetz hat auch die Bedürfnisfrage eingeführt. Danach sollen in solchen Wirtschaftsgebieten und für solche Gewerbe, in denen das Bedürfnis durch öffentliche, gemeinnützige Arbeitsnachweise gedeckt ist, Vermittlerkonzessionen nicht mehr erteilt werden. Nun in Berlin sind für das kaufmännische Personal, für die Dienstboten und für gastwirtschaftliche Angestellte der Vermittelungsmöglichkeiten so viele, daß kein Grund vorliegt, den Stellenvermittlern Gebühren in solcher Höhe zuzuschanzen, damit ihnen unter allen Umständen ein „angemessenes Einkommen" gesichert werde. Sorgt man sich etwa so um das Schicksal der Tausende von Tabakarbeitern oder Arbeiter anderer Branchen, die durch eine verfehlte Finanzgesetzgebung brotlos oder doch in ihrem Erwerbe schwer geschädigt worden sind?

Die Umbenennung der Fernsprechämter hat in den drei Wochen ihres amtlichen Bestehens nicht die Verwirrung hervorgerufen, die

im Publikum befürchtet wurde. Entzückt ist gewiß niemand von dieser postalischen Kunstreiterei, aber es steht auch fest, daß sich die Fernsprechteilnehmer wie die Nichtangeschlossenen ziemlich schnell an die veränderte Lage gewöhnt haben. Die Aemter werden mit den früheren ziffernmäßigen Bezeichnungen verhältnismäßig selten gerufen. Wo dies doch noch geschieht, wird zwar die Verbindung hergestellt, aber gewöhnlich auf die neue Bezeichnung hingewiesen. Nicht so leicht kann sich das Publikum an die Namen Kurfürst, Nollendorf, Pfalzburg und Uhland gewöhnen. Hier wird immer noch recht häufig „Amt Wilmersdorf", das es nicht mehr gibt, angerufen. Der Anrufende hat dann, wenn seine Fernsprechdame nicht sehr entgegenkommend ist, doppelte Arbeit. Vielfach sind die Fernsprechdamen nichts weniger als kulant, sondern in des Wortes wahrster Bedeutung recht zopfig. So zeigen sie absolut kein Ohr für die offiziellen Abkürzungen. Wird gar „Amt Moritz" gewünscht, so schallt es prompt zurück, daß in der Postsprache nur „Amt Moritzplatz" existiert. Dabei ist dieser Zusatz „Platz" gänzlich überflüssig.

Automobilfallen.

Für Kraftwagenführer von Interesse ist eine Aufstellung der Deutschen Auto-Liga über bestehende Stoppkommandos in Berlin und Umgegend. In derselben heißt es:

In Berlin bestehen mehrere polizeiliche Stoppkommandos, die häufig ihren Standpunkt wechseln; sie arbeiten vornehmlich in der Invalidenstraße, im ganzen Zuge der Friedrichstraße und an ihren Kreuzungen, in der Straße Alt-Moabit, am Kemperplatz, in der Tiergartenstraße, in der Sieges-Allee und auf der Charlottenburger Chaussee.

In Charlottenburg besteht eine sehr scharfe Kontrolle der Automobile, die zu zahlreichen Bestrafungen geführt hat. Hier kommen in größerer Anzahl Luxusautomobilführer in Betracht. Das Stoppkommando übt seine Tätigkeit abwechselnd am Kurfürstendamm, in der Kant-, Berliner- und Wilmersdorfer Straße und zwischen großem und kleinem Stern aus, neuerdings auch in der Bismarckstraße und deren Verlängerung, der Heerstraße. Ueberall befinden sich hier größere oder kleinere abgemessene Strecken, die eine Länge von 2—300 Meter haben.

Während man in Schöneberg und Wilmersdorf nachsichtig verfährt, obgleich hier viele Garagen liegen, wird in Rixdorf im Zuge der Berliner Straße lebhaft abgestoppt und zwar in demjenigen Teile, der in den Hermannsplatz einmündet.

Durch die weit ausgedehnte Kontrolle sind folgende Vororte für Automobilbesitzer und Führer vorsichtig zu passieren: Lichterfelde, Zehlendorf, Beelitzhof und Wannsee. Hier herrscht besonders Sonntags ein sehr lebhafter Fußgängerverkehr, so z. B. in Beelitzhof bei dem Uebergange zum Freibade Wannsee und in Wannsee selbst in der Königsallee. Nicht selten regeln hier bis 5 Gendarmeriewachtmeister den Verkehr, fast ständig sind aber zwei Beamte anwesend, die durch Polizeibeamte unterstützt werden. In Zehlendorf wird besonders auf eine tadellose Beleuchtung gesehen. Der Name von Klein-Glienicke ist allen Automobilisten bekannt, daß er eigentlich nicht noch besonders erwähnt werden brauchte, es bestehen hier aber Terrainverhältnisse, die von den aus der Richtung von Berlin anfahrenden Automobilführern beachtet werden müssen. Die Chaussee steigt bis zum Kilometerstein 25,2 scharf an und senkt sich von Kilometerstein 25,3 in ziemlich bedeutendem Gefälle bis zur Einmündung der Parkstraße gegenüber dem Parktore des prinzlichen Jagdschlosses. Bei Kilometerstein 25,5 befindet sich eine Kurve, nach deren Passierung die Automobile für den kontrollierenden Beamten sichtbar werden und von hier an werden sie auf 300 Meter abgestoppt. Die Wirksamkeit der Bremsen wird zum Teil durch das Gefälle ausgeglichen, weshalb die Schnelligkeit unbedingt an der rechts stehenden Warnungstafel herabgesetzt werden muß. Hinter Potsdam ist Michendorf als Kontrollstelle bekannt, gestoppt wird in der Regel von der Eisenbahnüberführung an auf einer abgemessenen Strecke von 500 Meter. In Lichtenberg und den Durchgangs-Straßenzügen, die an seiner Grenze liegen, wird schärfer kontrolliert, dann im Amtsbezirk Dahlwitz und Köpenick, auch Erkner steht unter dauernder Kontrolle, besonders aber Neu-Zittau.

Die Kraftwagenführer werden sich Strafverfügungen ersparen, wenn sie hier überall die Vernunft walten lassen und die Beamten werden damit einverstanden sein, daß sie dann ihr Notizbuch in der Tasche behalten können.

Die Rheinisch-Märkische Unterstützungskasse in Bochum gehört zu den sogenannten Volkskrankenkassen, vor denen schon der Regierungspräsident von Arnsberg und das hiesige Polizeipräsidium wiederholt gewarnt haben. Personen, die gegen die Leiter dieser Kasse Tischendorf und Pieper die Klage angestrengt haben um Herauszahlung ihrer Beiträge oder um Krankengeld, können nichts erhalten. Es wurde festgestellt, daß die Leiter den Offenbarungseid geleistet haben und nichts besitzen.

Defraudationen eines Prokuristen.

Seit Montagmittag ist der Prokurist J. Hampel der Gasanstalts-Betriebsgesellschaft in der Reuchlinstr. 10/13 in Moabit nach Unterschlagung von etwa 70 000 bis 75 000 M. geflüchtet. Ueber den Vorfall werden uns folgende Mitteilungen gemacht: Der Prokurist J. Hampel, Charlottenburg, Kaiserdamm 11, wohnhaft, war seit acht Jahren bei der Gasanstalt-Betriebsgesellschaft angestellt. Er war zuvor bei einer dieser Firma nahestehenden Gesellschaft beschäftigt und hatte sich aus bescheidenen Anfängen zu seiner jetzigen Stellung emporgearbeitet. Hampel, der ein flotter Lebemann und ständiger Besucher der Berliner Rennplätze war, hat in seiner Stellung als Prokurist freie Verfügung über gewisse Fonds, aus denen er von Zeit zu Zeit Gelder nehmen und an dritte Stellen weitergehen mußte. In gewissen Zeitabschnitten fanden Revisionen der Kasse der Gasanstalt-Betriebsgesellschaft durch die Stammfirma, die Berlin-Anhaltische Maschinenbau-Aktiengesellschaft, statt. In nächster Zeit stand wiederum eine derartige Kassenuntersuchung in Aussicht und der Prokurist wandte sich plötzlich vor einigen Tagen an den Direktor der Gasanstalt-Betriebsgesellschaft mit der Bitte um ein größeres Darlehen. Diesem kam die Bitte seines Prokuristen sonderbar vor und er teilte der Berlin-Anhaltischen Maschinenbau-Aktiengesellschaft den Vorfall mit. Am Montagmittag erschien eine Kommission, welche die Bücher des Prokuristen mit Beschlag belegte und schon nach einer oberflächlichen Revision konnte festgestellt werden, daß beträchtliche Posten falsch resp. gar nicht gebucht worden waren. Hampel, welcher der Revision beiwohnte, bewahrte bis zum letzten Augenblick kaltes Blut und begab sich um 2 Uhr aus der Fabrik fort, um, wie er angab, Tischzeit zu machen. Da man zunächst nicht feststellen konnte, ob die unrichtigen Buchungen absichtlich oder irrtümlich erfolgt seien, konnte man H. nicht zurückhalten. Dieser begab sich von der Fabrik im Automobil nach dem Postscheckamt, wo er, da er Vollmacht besaß, 10000 M vom Guthaben seiner Firma abhob. Daraufhin fuhr H. zur Disconto-Gesellschaft, wo er von seinem eigenen Konto 5000 M. behob. Mit diesem Gelde verließ der Prokurist dann Berlin. Vor seiner Abreise richtete er an seine Firma einen Brief, in welchem er seine Verfehlungen zugibt und die Höhe der veruntreuten Summen selbst mit zirka 70 000 M. beziffert. Wie es scheint, dürften die Unterschlagungen jedoch noch größer sein. Zurzeit werden die Bücher der Gasanstalt-Betriebsgesellschaft von einer Treuhandgesellschaft geprüft. Dem Vernehmenen nach hat der Flüchtige auch Gehälter von Angestellten unterschlagen. Gegen Hampel wurde am gestrigen Mittwoch bei der Charlottenburger Kriminalpolizei Anzeige erstattet.

Bekanntmachung, betreffend Sonntagsruhe und Beschäftigungszeit am Sonntag, den 24. Dezember d. J.

Der Polizeipräsident teilt mit: Auf Anweisung der Herren Minister für Handel und Gewerbe, der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten und des Innern wird Buchstabe A Ziffer II meiner Verordnung vom 26. Oktober d. J. — Nr. A. 12. IX. U. 11 — betreffend Sonntagsruhe und Beschäftigungszeit an den drei letzten Sonntagen vor Weihnachten, an den Weihnachtsfeiertagen und am Sonntag, den 31. Dezember d. J., — abgedruckt in Nr. 254 der „Nordd. Allg. Zeitung" vom 28. Oktober d. J., in Stück 44 des „Amtsblatts der kgl. Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin" vom 3. November d. J., sowie in Nr. 258 der „Amtlichen Nachrichten" vom 27. Oktober d. J. — dahin abgeändert, daß die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern im Handelsgewerbe am Sonntag, den 24. Dezember d. J., am Nachmittage bis 6 Uhr zugelassen ist. Demnach muß Buchstabe A Ziffer II der Verordnung vom 26. Oktober d. J. lauten:

II. Am Sonntag, den 24. Dezember 1911, allgemein für alle Handelsgewerbe:

A. in Berlin, Charlottenburg, Rixdorf, Deutsch-Wilmersdorf, Lichtenberg, Boxhagen-Rummelsburg und Stralau von 8—10 Uhr vormittags und von 12—6 nachmittags;

B. in Schöneberg von 8—9½ Uhr vormittags und von 11½—6 Uhr nachmittags.

Todessturz vom Dach. Das Opfer eines verhängnisvollen Unglücksfalles ist der Schneider Ferdinand Nitschke geworden. N. war seit längerer Zeit arbeits- und wohnungslos. Er hielt sich in den westlichen Vororten auf und suchte vergeblich nach neuer Beschäftigung. Gestern nächtigte er auf dem Boden eines Hauses in Groß-Lichterfelde. Vormittags kletterte er dann aufs Dach. Ob er sich nun zu dem Zweck dorthin begab, um sich in selbstmörderischer Absicht in die Tiefe zu stürzen, oder ob er dies nur aus Neugierde tat, wird wohl niemals mit Sicherheit aufgeklärt werden. Plötzlich stürzte N. vom Dach herab und schlug mit solcher Gewalt auf den Bürgersteig auf, daß ihm der Schädel und beide Beine gebrochen wurden. Bald nach seiner Einlieferung starb der Schwerverletzte im Krankenhause.

Vom Zuge zermalmt. Ein schwerer Unfall ereignete sich in vergangener Nacht auf der Bahnstrecke zwischen Fürstenwalde und Berkenbrück. Ein russischer Saisonarbeiter, der in seine Heimat zurückkehren wollte, befand sich in einem von Berlin nach Frankfurt a. O. fahrenden Zuge. Unvorsichtigerweise begab er sich auf die Plattform. Hier stürzte er ab und wurde überfahren; man nimmt an, daß er durch einen vorüberbrausenden Zug erschreckt, das Gleichgewicht verlor. Mitreisende, die Zeugen des Unfalls waren, erstatteten in Frankfurt Meldung, worauf die Fürstenwalder Polizei telegraphisch verständigt wurde. Die Leiche des Verunglückten, dessen Identität infolge gänzlichen Fehlens von Ausweispapieren nicht festzustellen war, wurde nach Fürstenwalde geschafft und dort vorläufig in einem Schuppen am Bahnhof untergebracht. — Wie bereits festgestellt wurde, ist ein Verbrechen ausgeschlossen, der Bedauernswerte ist das Opfer eigener Unvorsichtigkeit geworden.

Ein recht gefährlicher Brand kam am Mittwoch nachmittag auf dem Ostbahnhof zum Ausbruch. Auf dem Güterbahnhof geriet aus unbekannt gebliebener Ursache ein hochbeladener Wagen mit Heu in Brand. Noch bevor die alarmierte Feuerwehr eintraf, geriet ein zweiter Wagen mit Heu in Brand. Als der 7. Zug an der Brandstelle erschien, schlugen die Flammen schon haushoch empor, so daß man sich dem Feuer nicht ohne Gefahr nähern konnte. Die beiden Heuwagen brannten fast total nieder. Eine Brandwache wurde zurückgelassen, um die Ablöschung zu überwachen und die glimmenden Reste unter Wasser zu halten.

Böswilligerweise wurde die Berliner Feuerwehr in der letzten Nacht erst nach dem Arkonaplatz 4 alarmiert, dann um 2 Uhr nach der Usedomstraße 9, um 3 Uhr nach dem Koppenplatz und um 4 Uhr nach der Schönhauser Allee 181. Trotz aller Nachforschungen konnte in keinem Fall der Täter ermittelt werden.

Deutscher Arbeiter-Abstinentenbund, Ortsgruppe Berlin. Die Dezember-Versammlungen fallen wegen der Arbeiten zu den Reichstagswahlen aus.

Verloren wurde vom Sonnabend zu Sonntag von Invalidenstraße bis Frankfurter Allee ein Paket mit Büchern der Krankenkasse für Hutmacher. Der Finder wird gebeten, dieselben abzugeben bei August Klimke, Boxhagener Straße 18/19.

Verloren. Am Freitag, den 1. Dezember, mittags, ist ein gelbes Paket im Autoomnibus, welcher 12¹⁰ Uhr den Nettelbeckplatz nach der Richtung Schulstraße passierte, liegen geblieben. Es enthielt zehn Verbandsbücher und ein blaues Buch zum Eintragen der gezahlten Beiträge, ferner eine gelbe Brieftasche. Der Finder wird gebeten, die Bücher im Bureau des Metallarbeiter-Verbandes, Charitéstr. 3, abzugeben.

Wahlkampf in Teltow-Beeskow und Niederbarnim.

Je mehr wir uns dem Wahltermin nähern, desto lebendiger und eifriger wird von den Genossen die Wahlagitation betrieben. Und wer nicht zum ersten Mal in der Reichstagswahlbewegung tätig gewesen ist, der wird bereits gefunden haben, daß allenthalben die Bevölkerung mehr wie früher den politischen Vorgängen Interesse entgegenbringt. Das liegt natürlich daran, daß bei früheren Wahlen sich nie eine so große Empörung in der Bevölkerung angesammelt hatte, wie das durch die überaus volksfeindliche Politik des zu Ende gegangenen Blockreichstages bewirkt wurde. Nur das allein erklärt es uns, wenn wir heute allenthalben, selbst in den von der Sozialdemokratie bisher nur wenig erfaßten Orten glänzende sozialdemokratische Versammlungen verzeichnen können. Lange genug haben die Gegner mit den Mitteln der Lüge und der Niedertracht die Bevölkerung über ihre elende Lage hinwegzutäuschen gewußt. Jetzt aber liegt selbst den indifferenten Schichten der erwerbstätigen Bevölkerung der Volksbetrug des letzten Reichstags offenbar. Aufgabe unserer Genossen sowie jedes aufgeklärten Staatsbürgers muß es nun sein, dafür zu sorgen, daß immer weiteren Kreisen zum Bewußtsein kommt, daß eine Erlösung aus ihrer elenden Lage nur durch die Wahl von sozialdemokratischen Vertretern möglich ist.

Königs-Wusterhausen.

Hier referierte in einer gut besuchten Versammlung im alten Schützenhause Genosse Brühne-Frankfurt a. M. über die kommenden Reichstagswahlen.

In eingehender Weise zeigte der Redner den Versammelten an der Hand der Beschlüsse des Reichstages, wie die Wähler von 1907, die den Versprechungen der bürgerlichen Parteien gefolgt waren, belogen worden sind. Der schwarzblaue Block müsse bei dieser Wahl auseinandergejagt werden. Gegner waren trotz Einladung nicht in der Versammlung erschienen. Genosse Kaiser zeigte den Anwesenden noch, in wie niederträchtiger Weise das „Teltower Kreisblatt" die Sozialdemokratie begeifere. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie und auf den Sieg Zubeils endete die Versammlung.

Taßdorf (Niederbarnim).

Am Sonntag tagte hier eine von 200 Personen besuchte öffentliche Versammlung, in der Genosse Grunow-Ober-Schöneweide über „Die Politik des schwarzblauen Blocks und die Reichstagswahl" sprach. Die Stimmung der Versammelten bürgte dafür, daß auch hier am Wahltage die Partei zu Ehren kommt.

Friedersdorf (Kreis Beeskow).

In einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel sprach hier am Sonntag Genosse Zubeil über die bevorstehende Reichstagswahl. Der Redner widerlegte in treffenden Ausführungen die besonders in den ländlichen Gegenden durch die Kreisblätter verbreiteten Lügen und Verleumdungen. Auch ermahnte Zubeil die Anwesenden dafür einzutreten, daß die hiesigen Saalbesitzer gezwungen werden, ihre Säle auch der arbeitenden Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Durch reichen Beifall bewiesen die Versammelten, daß sie mit den Ausführungen des Genossen Zubeil einverstanden waren.

Neu-Zittau (Kreis Beeskow).

Durch eine stark besuchte Versammlung wurde hier am Sonntag der Wahlkampf eröffnet. Das Referat des Genossen Thurow-Rixdorf wurde mit großem Beifall aufgenommen. An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Fiedler, Kegel-Köpenick, Wieszorek und Petter im Sinne des Referenten. Hierauf wurde die Versammlung mit einer dringenden Mahnung des Genossen Schulz an die Versammelten, bis zur Wahl noch rege zu agitieren, und einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Friedrichsfelde.

Hier ließ Genosse Stadthagen am 5. d. M. in gut besuchter Versammlung in temperamentvoller Weise die Großtaten der 1907 im Hottentottenrausch zustande gekommenen Reichstagsmehrheit Revue passieren. Redner kam zu dem Schluß, daß wir keine Arbeit und Mühe scheuen dürfen, um am nächsten 12. Januar auf die Verhöhnung der Arbeiterschaft die richtige Antwort zu geben.

Fredersdorf a. d. Ostbahn.

Hier referierte am Sonntag im Lokal von Hörnicke vor dreihundert Personen Genosse Barth über die bevorstehenden Reichstagswahlen. Treffend zeigte der Redner den Versammelten die Steuerscheu der Besitzenden, während die Lebenshaltung des arbeitenden Volkes in unerhörter Weise verteuert werde. Nach einer eingehenden Charakterisierung der sozialpolitisch rückständigen Tätigkeit des alten Blockreichstags forderte der Referent die Versammelten auf, am 12. Januar Abrechnung mit den Volksfeinden zu halten. Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag folgte noch ein Appell des Genossen Häßelbarth an die Versammelten zum Eintritt in den Wahlverein sowie zum Abonnement auf den „Vorwärts". Der Arbeitergesangverein Sangesluft-Petershagen erhöhte vor und nach der Versammlung durch Darbietung einiger Lieder die Kampfesstimmung der Versammlung.

Reinickendorf-West.

Eine Volksversammlung, wie sie Reinickendorf noch nicht gesehen, tagte im großen Saale der Hartmannschen Brauerei. Obwohl sämtliche Tische entfernt waren, standen die Versammelten dicht gedrängt, um das Referat des Genossen Stadthagen über „Teuerung, Kriegshetze und die Reichstagswahlen" zu hören. Die Ausführungen lösten bei den Versammelten lebhaften Beifall aus. In der Diskussion forderten die Genossinnen Kuschminder und Kiesel die Frauen auf, sich an der Wahl zu beteiligen. Genosse Bahr ersuchte zum Schluß noch zum Eintritt in die gewerkschaftliche sowie politische Organisation und auch die sozialdemokratische Presse zu abonnieren. Vor und nach der Versammlung trug der Gesangverein „Einigkeit" einige stimmungsvolle Lieder vor.

Tegel.

In einer von über 800 Personen besuchten öffentlichen Versammlung referierte Genosse Robert Bahn über: „Die Teuerung und die Reichstagswahlen". Redner entrollte in wirkungsvoller Weise ein Bild der traurigen sozialen Lage der Arbeiterklasse und wies an der Hand reichhaltigen Materials nach, daß die bürgerlichen Vertreter im Reichstag sowie die Regierung den gerechten Forderungen der Arbeiter nur Gleichgültigkeit, manchmal sogar Hohn und Spott entgegenbringen. Aufgabe der Arbeiterklasse sei es, am 12. Januar den sozialdemokratischen Abgeordneten zum Siege zu verhelfen, die allein wahre Sozialpolitik treiben.

Durch lebhaften Beifall bekundete die Versammlung ihr Einverständnis mit den Ausführungen. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Der Vorsitzende Genosse Lichtenberg schloß hierauf mit einem Appell an die Anwesenden, den Organisationen beizutreten, die imposante Versammlung.

Kalkberge (Niederbarnim).

„Die Politik des schwarzblauen Blocks und die Reichstagswahl" war das Thema einer am Sonntag stattgefundenen öffentlichen Versammlung, in der Liesegang-Ober-Schöneweide referierte. Es waren 300 Personen anwesend, welche mit Interesse dem Vortrage folgten. Dank der rastlosen Agitationsarbeit wird am Wahltage auch hier der Erfolg nicht ausbleiben.

Biesdorf.

Am Sonntag fand in Biesdorf-Nord eine öffentliche Versammlung statt, in der Genosse Fritz Tarnow über die Reichstagswahlen referierte. In trefflicher Weise entrollte der Referent die Sünden des verflossenen Reichstags und löste stürmischen Beifall aus. Die gutbesuchte Versammlung verpflichtete sich durch Annahme einer Resolution, mit aller Kraft für die Wiederwahl des bisherigen bewährten Vertreters, des Genossen Stadthagen, einzutreten. Nach einem anfeuernden Schlußwort des Genossen Küter-Karlshorst, in dem er besonders die Frauen zu rühriger Agitation aufforderte, wurde die Versammlung mit Hochrufen auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Klosterfelde.

Mit welch regem Interesse die Einwohnerschaft von Klosterfelde den kommenden Reichstagswahlen entgegensieht, zeigte eine am Sonntag stattgefundene Versammlung unter freiem Himmel. Ueber 800 Personen, darunter viele Frauen, lauschten den Worten des Genossen Fritz Carl, der über das Thema: „Die bevorstehenden Reichstagswahlen und die Sünden der bürgerlichen Parteien" referierte. Scharf ging der Redner mit dem Verhalten der bürgerlichen Parteien bei der Reichsfinanzreform, der Reichsversicherungsordnung, sowie mit den Kriegshetzern ins Gericht. Die Anwesenden gaben durch stürmische Zwischenrufe ihre volle Zustimmung zu den Ausführungen des Referenten. Trotzdem volle Redefreiheit zugesichert war, ergriff keiner der auch zahlreich anwesenden Gegner das Wort. Dies veranlaßte unseren Genossen Kossert, das Verhalten dieser Herren in gebührender Weise zu kritisieren. Mit der Aufforderung, sich der sozialdemokratischen Partei anzuschließen, die Parteipresse zu lesen und am 12. Januar dem Genossen Stadthagen ihre Stimme zu geben, wurde die Versammlung, die unter eisigem Winde ausgeharrt hatte, mit einem brausenden Hoch auf den Sieg der Sozialdemokratie vom Genossen Meier geschlossen.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Größe des Gemeindegebiets betrug nach dem Verwaltungsbericht Ende März 2344 Hektar; davon waren 732 Hektar bebaut, während weitere 432 Hektar noch zum unbebauten Bauland gehören. Während der Berichtszeit wuchs die Bevölkerung von 289 742 Seelen bis auf 307 038, d. h. um 6,81 Proz. Die Bautätigkeit im Kalenderjahr 1910 war eine lebhaftere als im Vorjahre. Insgesamt entstanden in 290 Neubauten 6246 bezugsfertige Wohnungen (1909: 4015). Die finanziellen Ergebnisse des Rechnungsjahres 1910 waren besonders günstige, da ein Verwaltungsüberschuß von 2,1 Millionen (1909: 1,3 Millionen) Mark erzielt wurde. Hauptsächlich ist der günstige Abschluß auf Mehrüberschüsse des Elektrizitätswerkes (459 000 M.) und der Gaswerke (470 000 M.) sowie auf Mehreinkommen aus sämtlichen Gemeindesteuern (811 000 M.) und Ersparnisse bei den Kosten der elektrischen Straßenbeleuchtung (102 000 M.) zurückzuführen. Die Anleiheschulden betrugen 135,948 Millionen Mark. Davon sind in gewinnbringenden Unternehmungen (Gaswerke, Elektrizitätswerk, Wasserwerke) 49,273 Mill. M., in rentablen Unternehmungen, bei denen die Kosten der Verzinsung den Interessenten auferlegt werden, 14 Mill. M. angelegt. Den Gesamtschulden von 154,567 Millionen Mark steht ein Gesamtvermögen von 192,832 Millionen Mark nebst 3,453 Millionen Mark Stiftungsvermögen gegenüber. Der städtische Grundbesitz umfaßte am Schlusse des Berichtsjahres 820 639 Quadratmeter bebaute Grundfläche mit einem Wert von 68,5 Millionen Mark und 13 716 054 Quadratmeter unbebaute Grundfläche. Die Gesamtfläche von

14,536 Millionen Quadratmeter repräsentiert einen Wert von 106,719 Millionen Mark. Von den städtischen Betrieben brachten an Reingewinn die Gaswerke 2,584 Millionen Mark, das Elektrizitätswerk 1,358 Millionen Mark, die Wasserwerke 76 700 Mark. Von größeren Hochbauten ist die neue Gemeindedoppelschule Wiebestraße-Neues Ufer zu nennen; an Baukosten sind für die gesamte Anlage rund 1 Million Mark veranschlagt. In den Gemeinde- und Hilfsschulen wurden insgesamt 23 995 Kinder unterrichtet. Die Zahl der Klassen belief sich im Sommer auf 571, im Winter auf 587. Die durchschnittliche Klassenfrequenz betrug in den Normalklassen 44,31 Schüler; in den Klassen für begabte (A-Klassen) 36; in den Klassen für schwächere (B-Klassen) 26,93; in den drei Hilfsschulen 19,83—20,72, 16,88 Schüler. An Unterhaltungskosten für Gemeindeschulen hatte die Stadt 3,8 Millionen Mark aufzubringen, d. h. pro Kopf des Schülers 154,05 M. gegen 201,36 M. pro Kopf des höheren Schülers. In den Pflichtfortbildungsschulen wurden in 132 Klassen 2876 Schüler unterrichtet; dazu traten in freiwilligen Kursen weitere 445 Schüler. — Die städtische Volksbücherei erreichte einen Bestand von 41 578 Bänden. Auf die 3 Ausleihestellen entfielen insgesamt 323 151 Entleihungen. Die 3 Lesehallen wurden von 197 086 Personen besucht.

Achtung! Gewerkschaften! Am Sonntag, den 17. Dezember, vormittags von 10—12 Uhr, finden im großen Saal des Volkshauses, Rosinenstr. 3, die Delegiertenwahlen für die allgemeine Ortskrankenkasse zu Charlottenburg statt. Wahlberechtigt sind alle Kassenmitglieder, die das 21. Lebensjahr überschritten haben. Die Legitimation der Wähler geschieht durch Vorweisung einer Wahlkarte im Wahllokal. Wahlkarten werden den Kassenmitgliedern auf Antrag im Kassenbureau, Rosinenstr. 3, während der öffentlichen Dienststunden (vormittags 8—1 Uhr) unentgeltlich verabfolgt. Wir ersuchen die Vertrauensleute für die Besorgung der Wahlkarten Sorge zu tragen. Die Charlottenburger Gewerkschaftskommission.

Elternverein für freie Erziehung. Sonntag, den 10. d. Mts., findet unter fachmännischer Leitung eine Besichtigung des Museums für Meereskunde statt. Treffpunkt 9½ Uhr pünktlich Straßenbahnhaltestelle Wilhelmsplatz. Auch Nichtmitglieder und deren Kinder können daran teilnehmen. Kinder ohne Begleitung Erwachsener haben 20 Pf. Fahrgeld mitzubringen. Kinder unter 10 Jahren sind von den Besichtigungen ausgeschlossen. Zahlreiche Beteiligung erwartet Der Vorstand.

Rixdorf.

Ein Straßenbahnunfall ereignete sich gestern in der Berliner, Ecke Ziethenstraße. Dort wurde der fünfjährige bei den Eltern Bergstraße 165 wohnhafte Knabe Otto Roselt von einem Motorwagen der Linie 15 erfaßt und überfahren. Nachdem der Knabe, der unter den Schutzrahmen des Motorwagens eingeklemmt wurde, aus seiner Lage befreit worden war, brachte man ihn zur ersten Hilfeleistung nach der Unfallstation in der Steinmetzstraße.

Ein aufregender Vorgang hat sich in einem Straßenbahnwagen der Linie 15 abgespielt. Ein unbekannter Fahrgast vergiftete sich während der Fahrt mit Veronal. Der Selbstmordkandidat brach dann zusammen und stürzte vor den Augen der Mitfahrenden vom Sitz herunter. Man schaffte ihn in besinnungslosem Zustande zur Unfallstation in der Steinmetzstraße, wo er für einen kurzen Augenblick wieder zum Bewußtsein kam. Er konnte nur noch erzählen, daß er in selbstmörderischer Absicht Gift getrunken habe und fiel dann wieder in Bewußtlosigkeit. In völlig hoffnungslosem Zustand wurde der Lebensmüde, der anscheinend Köhler heißt, nach dem städtischen Krankenhaus gebracht.

Ober-Schöneweide.

Der aus dem Besitze des Forstfiskus der Gemeinde eingemeindete und in steuerlicher Beziehung für die Gemeinde sehr wertvolle Ortsteil Nobelshof wird nun auch größere Aufwendungen für Straßenbefestigung sowie Wasserlieferung und Kanalisation erheischen. Schon im Hinblick auf die Benzintankanlage, denen eine ausreichende Bewässerungsvorrichtung von der Behörde aufgegeben ist, macht sich das Fehlen der Wasserleitung in diesem Ortsteile als ein großer Mangel bemerkbar. Es sind nun Verhandlungen dem Abschluß nahe, wonach die Gemeinde Rummelsburg die Wasserabgabe der hiesigen Gemeinde gegenüber zum Preise von 13 Pf. pro Kubikmeter übernimmt mit der Maßgabe, daß die Herstellung der notwendigen Zuleitungen der Gemeinde Ober-Schöneweide zur Last fällt.

Die Unterbringung von Obdachlosen ist mehrmals Gegenstand der Verhandlungen der Gemeindevertretung gewesen; der Plan, zu diesem Zwecke die Pachtung eines Mietshauses zu bewerkstelligen, ist fallen gelassen worden. Es wird der nächsten Sitzung der Vertretung eine Vorlage zugehen, welche den Bau eines Seitenflügels auf dem Feuerwehrgrundstück in der Siemensstraße vorsieht. Die unteren Räume dieses Gebäudes sollen für Zwecke der Feuerwehr, als Aufenthaltsräume der Straßenarbeiter und als Einstellräume für die Gemeindekrankenwagen dienen, wohingegen die oberen Etagen Wohnungen zur Unterbringung Obdachloser enthalten werden. Die Kosten sind auf 42 000 M. veranschlagt.

Groß-Lichterfelde-Teltow.

Achtung, Gewerbegerichtswähler! Morgen Freitagabend, von 6 bis 8 Uhr, finden im kleinen Saale des Rathauses, Schillerstraße 32, die Wahlen der Arbeitnehmerbeisitzer zum Gewerbegericht statt. Kein Gewerkschaftler, welcher seine Eintragung in die Wählerliste bewirkt hat, versäume die Wahl. Die Liste der Gewerkschaftskommission gelangt vor dem Rathause zur Verteilung. Jeder Wähler bringe sich das im Rathause ausgestellte Zeugnis als Ausweis mit.

Köpenick.

Ein Unglücksfall ereignete sich gestern mittag zwischen 12 und 1 Uhr in der 8. Gemeindeschule. Bei dem physikalischen Unterricht wurden der Lehrer sowie zwei Schüler verletzt.

Bergfelde (Niederbarnim.)

Der Kriegerverein als Lokalabtreiber. Von der Unduldsamkeit Andersdenkenden gegenüber zeugt eine Tat des hiesigen Kriegervereins, über die uns folgendes berichtet wird:

„Der Wirt, bei welchem seit einiger Zeit unsere Genossen friedlich ihren Zahlabend abhielten, ohne sich durch das an der Wand des Zimmers aufgehängte Gruppenbild der tapferen Helden vom Kriegerverein belästigt zu fühlen, wurde veranlaßt, uns sein Lokal zu kündigen. Herr Rieke, Inhaber des Hotel Bellevue, erklärte, daß ihm nicht nur die „leistungsfähigere" Kundschaft der Krieger entgehen würde, sondern ihm wohl die Polizeistunde drohe, wenn er den Kriegern zumuten würde, noch weiter von demselben Bier zu trinken, wie die Genossen. Das ist in den Augen der Patrioten natürlich — kein Terrorismus! — Uns wird das nicht schaden. Die Agitation und der Zusammenschluß der Genossen im Ort machen erfreuliche Fortschritte. Es ist zu hoffen, daß dieser Streich nicht nur die Genossen veranlassen wird, mit verdoppeltem Eifer für unsere Sache zu werben, sondern daß auch alle dem freiheitlichen Gedanken nahestehenden Einwohner von Bergfelde aus diesem Akt der Unduldsamkeit, der bisher hier am Ort einzig dasteht, die Konsequenz ziehen, dem Kriegerverein den Rücken kehren und seine Veranstaltungen strengstens meiden, zumal letztere in dem uns ebenfalls verweigerten Lokal von Holz stattfinden."

Potsdam.

Potsdam verfügt nach Abzug der einem Vermögen von 39 564 167 M. gegenüberstehenden Schulden über einen Vermögensüberschuß von 20 625 314 M. Bei der Bewertung der werbenden Anlagen, Elektrizitätswerk, Straßenbahn und Wasserwerk mit 10 875 000 M. ist der Rentabilität dieser Anlagen nur insoweit Rechnung getragen, daß eine Verzinsung des Kapitals sich etwa in Höhe von 8½ Proz. ergeben würde. Unter den sonstigen Aktiven ist das Verwaltungsvermögen von dem Kämmereivermögen, welches letztere von der Stadt frei verwertet werden kann, nicht geschieden. Nach dem Lagerbuch stellt sich das Verwaltungsvermögen auf 9 049 866 M., so daß nach Abzug dieser Summe von 20 625 314 M. noch ein verfügbarer Ueberschuß zugunsten der Stadt von mehr als 11½ Millionen Mark verbleibt. Die Uebersicht des Vermögens der Stiftungen vom 31. März 1911 ergibt ferner einen weiteren Vermögensüberschuß von 4 136 685 M.

Spandau.

Nach den am Dienstag beendigten Stadtverordnetenwahlen sind von den ausscheidenden Stadtverordneten 11 nicht wiedergewählt und zwar in der 1. Abteilung 4, in der 2. Abteilung 3 und in der 3. Abteilung 4. Die sozialdemokratische Fraktion hat ein Mandat gewonnen. Die Kandidaten der Bezirksvereine haben die größte Schlappe erlitten. Der Kommunale Wahlverein besteht aus Arbeitern und Angestellten der kgl. Staatswerkstätten, welcher sich in diesem Jahre erst gebildet hat und zwar mit der ausgesprochenen Absicht, gegen die Hausbesitzerwirtschaft im Stadthause Front zu machen. Trotz des großen Erfolges, den dieser Wahlverein errungen, wird es sich doch wohl bald zeigen, daß die gewählten Stadtverordneten nicht imstande sein werden, alle Interessen der Wähler, namentlich der Arbeiter, zu vertreten. Bisher haben die Stadtverordneten, welche in den Staatswerkstätten arbeiten, in fast allen wichtigen Arbeiterfragen versagt. Es wäre ja erwünscht, wenn die neugewählten Stadtverordneten aus den Staatswerkstätten die Interessen der Wähler, namentlich der dritten Klasse, ebenso rücksichtslos vertreten, wie dies die sozialdemokratischen Stadtverordneten getan haben. Den Erfolg, den der Kommunale Wahlverein hatte, hat er wohl hauptsächlich der abfälligen Behandlung der Charlottenburger Baugenossenschaft und des Professor Eberstadt im Stadthause zu verdanken. Es wird sich ja nun zeigen, ob die Neugewählten das in sie gesetzte Vertrauen rechtfertigen werden oder ob die Wähler nicht doch zu der Ueberzeugung kommen, daß sie besser getan haben würden, wenn sie sozialdemokratische Stadtverordnete gewählt hätten.

Aus der Frauenbewegung.

Reichstagswahl und Frauenwahlrecht.

Die bevorstehenden Reichstagswahlen rücken auch die Frage des Frauenwahlrechts in den Vordergrund der Diskussion. Jedenfalls muß die Forderung der politischen Gleichberechtigung der Frauen mit allem Nachdruck erhoben werden. Keine denkende Frau kann für einen Kandidaten eintreten, der nicht grundsätzlich auf dem Boden der Gleichberechtigung beider Geschlechter steht.

Bisher ist der Ausdruck „allgemeines und gleiches Wahlrecht" eine Phrase. Angeblich besteht das allgemeine Wahlrecht unter anderem bei den Wahlen zum Deutschen Reichstag, bei den Wahlen zum Landtag in Baden, in Bayern, in Oldenburg, in Sachsen-Meiningen, in Anhalt, in Württemberg, dann zur Wahl eines größeren Teiles der Abgeordneten in Schaumburg-Lippe, in Sachsen-Weimar. Im Ausland, in Frankreich, in der Schweiz und in Norwegen, mit gewissen Beschränkungen in Belgien, in Spanien, Griechenland, der Argentinischen Republik und den übrigen amerikanischen Republiken. In Oesterreich hat das Proletariat die Einführung des allgemeinen Wahlrechts ertrotzt. Nahezu allgemeines Wahlrecht besitzen England, Dänemark, die Niederlande, Sachsen-Koburg-Gotha, die beiden Schwarzburg und die beiden Reuß. Das Wahlrecht in all diesen Ländern enthält eine Reihe von Beschränkungen, zum Beispiel den Ausschluß der Personen, die nicht im vollen Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind, gegen die das Konkursverfahren eröffnet ist, die wegen geistiger Mängel unter Vormundschaft stehen, die Armenunterstützung beziehen und dergleichen. Die Gesetzgebung einzelner Länder kennt auch noch den Ausschluß der Analphabeten (des Schreibens und Lesens Unkundiger), der Geistlichen, der Soldaten, der Neger usw. von dem Wahlrecht. Aber nirgends wird bemerkt, daß mehr als die Hälfte der erwachsenen Personen vom Wahlrecht ausgeschlossen sind, ohne daß auf sie die angezogenen Ausnahmen zuträfen. Man betrachtet es als selbstverständlich,, daß bloß das männliche Geschlecht bei der Behandlung öffentlicher Angelegenheiten mitspricht, über den Inhalt der Gesetze, über die Art und Höhe der Steuer usw. beschließt. Der weibliche Teil der Bevölkerung soll sich dem Beschlossenen einfach fügen. Aus dieser allgemein herrschenden Anschauung ergab sich dann weiter, daß in manchen Ländern ein relativ freies Vereins- und Versammlungsrecht für die Männer besteht und ein aufs äußerste verkrüppeltes, wertloses für das weibliche Geschlecht. Es hieße eine Geschichte der sozialen Beziehungen der beiden Geschlechter schreiben, wollte man die Ursachen des Mißverhältnisses zwischen dem Recht des einen und der Rechtlosigkeit des anderen aufdecken. Die politische Rechtlosigkeit der Frau ist eines der interessantesten Probleme der Menschheitsgeschichte. Im schärfsten Gegensatz zu der politischen Rechtlosigkeit der Frau steht die Tatsache, daß in einer Reihe von Monarchien schon vor vielen Jahrhunderten, auch zur Zeit des starrsten Absolutismus, der Frau das Erbfolgerecht auf den Thron eingeräumt wurde, also auf das höchste verantwortungsvollste Amt. In Spanien, Portugal, England und Holland ist das Recht der Frauen an der Thronfolge nur wenig beschränkt, außerdem besteht es in Oesterreich, Rußland und Griechenland beim Fehlen männlicher Erben im regierenden Hause.

Welche Machtfülle in den Händen von Frauen gelegen hat, lehrt schon der Hinweis auf Namen, wie Maria und Elisabeth von England, die beiden so verschieden gearteten Töchter Heinrichs VIII., auf Maria Theresia von Oesterreich, die vielleicht die hervorragendste Gestalt im Hause der Habsburger war, auf Katharina II. von Rußland, die bei all ihren Fehlern eine der glänzendsten Gestalten in der Reihe der russischen Herrscher gewesen ist. Man kann ohne Uebertreibung sagen, daß unter den Frauen, die Kronen getragen haben, lange nicht so viel Mittelmäßigkeiten und unbedeutende Gestalten vorhanden waren, als unter den männlichen Vertretern des Gottesgnadentums.

Das ist jedoch von untergeordneter Bedeutung. Die Entwickelung hat nach und nach den Frauen die ganze Summe staatsbürgerlicher Lasten und Pflichten aufgepackt wie den Männern, ohne daß der Frau die Rechte des Mannes zur Seite standen. Das Strafrecht, die Steuerpflicht, die verwüstende Zollpolitik, die Gewerbeordnung und vor allem der Kapitalismus als Ausbeuter der Arbeitskraft trifft die Frau ebenso hart und schwer als den Mann. Aber die politischen Rechte, als Mittel, die Verhältnisse zu beeinflussen, bleiben ihr vollkommen versagt. Die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Frau muß erkämpft werden, sie muß eine Hauptforderung der Frauen bei den bevorstehenden Kämpfen sein, und alle Genossinnen zu kräftiger Wahlhilfe für unsere Kandidaten zum Reichstage anspornen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Zentralverband der Hausangestellten. Donnerstag, den 7. Dezember, abends 8½ Uhr, in den Industrie-Festsälen, Beuthstr. 20 I. Vortrag von Frau Luise Zietz: „Vom Familienhandwerk zur Zunft." Gäste willkommen.

Aus aller Welt.

Der reiche Mann und der arme Lazarus.

Es war einmal ein reicher Mann, der kleidete sich in Purpur und hielt täglich herrliche Mahlzeiten. Im selben Orte aber lebte auch ein Armer namens Lazarus, der täglich vor des Reichen Tür kauerte und sich gerne mit den Brosamen vom Tische des Reichen gesättigt hätte, wenn sie ihm jemand gegeben hätte. — So gingen viele Jahre dahin. Eines Tages aber erschien der Reiche ganz plötzlich im Rahmen der Tür und sprach:

„Warum liegst du denn da draußen vor der Türe, du Armer? Komme doch herein zu mir und sättige dich!" ...

Und so ging es viele Tage hindurch. Tagtäglich erschien der Reiche im Rahmen der Tür, bat den armen Lazarus zu sich als Gast und ließ ihn mit Speise und Trank gar reichlich bewirten.

Eines schönen Tages aber erschien der Reiche wieder im Rahmen der Tür und schrie:

„Was suchst du hier, Lump, elender? Geh arbeiten, du Tagedieb!!!"

Tags vorher war nämlich Wahltag gewesen.

Acht Personen ermordet.

Eine entsetzliche Bluttat wird aus der italienischen Ortschaft Monte Santa Angelico gemeldet. In einem Hause des Ortes wurde von einem bisher unbekannten Täter eine aus Vater und Mutter, vier Kindern und zwei Nichten bestehende Familie ermordet. In einer Ecke des Schlafzimmers wurde die Leiche des Oberhauptes der Familie aufgefunden, welche zahlreiche Spuren von Axthieben trug, der Kopf war ihm vom Rumpfe abgetrennt. Auch die Leiche seiner Gattin war bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt und stellte nur noch einen blutigen Fleischklumpen dar. Ueberall waren Spuren von einem vorangegangenen Kampfe zu sehen. Die Möbel waren mit Blut bespritzt. Die Leichen der Kinder wiesen ebenfalls furchtbare Verstümmelungen auf. Die Arme und Beine waren ihnen abgehauen und lagen umhergestreut im Zimmer.

Tödlicher Absturz eines Fliegers mit Passagier.

Aus England meldet der Telegraph eine schwere Fliegerkatastrophe. Während eines glänzend durchgeführten Passagierfluges auf dem Flugfelde in Fileh versagte plötzlich der Apparat des Fliegers Ozleh. Der Flieger und sein Begleiter, ein Deutscher namens Weiß, stürzten aus beträchtlicher Höhe ab und waren sofort tot.

Zwei schwere Explosionen.

In der Goldabteilung des Petersburger Münzhofes hat am Mittwoch früh eine Gasexplosion von furchtbarer Wirkung stattgefunden. Von den im Raume beschäftigten Arbeitern wurden zwei getötet, neun schwer und mehrere leichter verletzt. — Auch aus Rosario (Südamerika) meldet der Telegraph eine schwere Katastrophe. In einer pyrotechnischen Anstalt erfolgte durch Entzündung von Pulvervorräten eine Explosion, die das Fabrikgebäude zum Einsturz brachte. Bei dem Unglück wurden fünfzehn Personen getötet und viele andere schwer verletzt.

Kleine Notizen.

Zwei Kinder verbrannt. In Danzig brach gestern in der Wohnung eines Kutschers, in der zwei Knaben von zwei und fünf Jahren eingeschlossen waren, Feuer aus. Als der Brand bemerkt wurde, konnten die Kinder nur noch als verkohlte Leichen aus den brennenden Räumen geborgen werden.

Eine ganze Familie vergiftet. In der böhmischen Ortschaft Chlumec erkrankte die Familie des Gutsbesitzers Horilek nach dem Genuß der Suppe unter Vergiftungserscheinungen. Die beiden Ehegatten sind kurz nach dem Genuß gestorben, während Sohn und Tochter mit dem Tode ringen. Es wurde eine Untersuchung eingeleitet, da man der Ansicht ist, daß es sich um einen Racheakt handelt.

Krieg im Frieden. Bei einer Uebung des 26. französischen Geniebataillons in der Nähe von Algier kenterte ein Boot mit mehreren Soldaten. Drei konnten schwimmend das Ufer erreichen, zwei ertranken.

Marktpreise von Berlin am 5. Dezember 1911, nach Ermittelung des Königl. Polizeipräsidiums. Markthallenpreise. (Kleinhandel). 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 36,00—50,00. Speisebohnen weiße, 40,00—60,00. Linsen 40,00—80,00. Kartoffeln 7,00—10,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,20 bis 1,70. Schweinefleisch 1,20—1,80. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,30—2,20. Butter 2,60—3,20. 60 Stück Eier 3,80—6,40. 1 Kilogramm Karpfen 1,00—2,40. Aale 1,20—2,80. Zander 1,40—3,60. Hechte 1,20 bis 2,60. Barsche 1,00—2,00. Schleie 1,40—3,20. Bleie 0,80—1,40. 60 Stück Krebse 2,40—24,00.

Witterungsübersicht vom 7. Dezember 1911.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5° C. = 4° R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5° C. = 4° R.
Swinemde.	768	SO	4	bedeckt	—0	Haparanda	777	S	4	bedeckt	—5
Hamburg	765	SO	2	Nebel	2	Petersburg	781	SO	2	Schnee	—8
Berlin	767	S	3	bedeckt	2	Scilly	763	SSW	2	halb bd.	7
Frankf. a. M.	766	SSO	1	Nebel	3	Aberdeen	756	SSW	2	halb bd.	4
München	768	SO	3	Nebel	—0	Paris	764	SW	1	bedeckt	4
Wien	769	SSO	1	bedeckt	2						

Wetterprognose für Donnerstag, den 6. Dezember 1911.

Ein wenig wärmer bei mäßigen südlichen Winden und veränderlicher Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 5. 12. cm	seit 4. 12. cm [1]	Wasserstand	am 5. 12. cm	seit 4. 12. cm [1]
Memel, Tilsit	105 [3]	—9	Saale, Grochlitz	60	+6
Pregel, Insterburg	—51 [3]	+8	Havel, Spandau [2]	35	+1
Weichsel, Thorn	—4 [3]	+10	„ Rathenow [2]	10	—8
Oder, Ratibor	101	—2	Spree, Spremberg [2]	82	—4
„ Krossen	68	0	„ Beeskow	82	—2
„ Frankfurt	72	+7	Weser, Münden	100	—2
Warthe, Schrimm	6	0	„ Minden	170	—4
„ Landsberg	—25	+1	Rhein, Maximiliansau	318	—4
Netze, Vordamm	—16	+2	„ Kaub	128	—2
Elbe, Leitmeritz	—74	—1	„ Köln	146	—12
„ Dresden	—192	—4	Neckar, Heilbronn	47	—3
„ Barby	32	+3	Main, Wertheim	91	—1
„ Magdeburg	34	—2	Mosel, Trier	—	—

[1] + bedeutet Wuchs, — Fall. — [2] Unterpegel. [3] Eisstand. [4] Grundeistreiben.

Hugo Beling
Weingroßhandlung u. Likörfabrik
60 eigene Filialen. * Einzelverkauf zu Engrospreisen.

En gros detail
Knaben- und Jünglings-Garderobe
fertig u. nach Maß am billigsten und reellsten in der Fabrik
Koppenstr. 85, part., 2 Minuten v. Schles. Bahnhof.
877L.* **Karl Hustädt.**

Oranien-Salon, Oranienstr. 170, sofort zu vermieten. 18485*

Stoffe
Damentuche für elegante Kleider, Paletots ec., Mtr. 2,50, 3,50, 4,50 M. Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H. Gertraudtenstr. 20-21, vis-a-vis der Petrikirche.

Schul-Tornister
Rindleder, ohne Pappe, 5 M. pro Stück.
Dokumenten-, Akten-, Noten-Mappen.
Gegr. 1828. **C. A. Flemming,** Beuthstr. 11, am Spittelmarkt.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gaskronen ohne Anzahlung wöchentlich 1,00, Riesenlager Louis Böttcher (selbst), Betriebsleitung Boxhagenerstraße zweiunddreißig (Bahnverbindung Warschauerstraße). *

Hermannplatz 6 Pfandleihhaus. Allerbilligste Einkaufsquelle zum Weihnachtsfeste. Jetzt täglicher Waren-Massenverkauf. Riesenauswahl Pelzstolas. Pelzgarnituren. Winterpaletots. Winterulster, Jackettanzüge. Gehrockanzüge. Herrenhosen. Burschensachen. Allerbilligster Bettenverkauf. Brautbetten. Bettstücke. Vermietungsbett. Aussteuerwäsche. Reichhaltige Teppichauswahl. Gardinenauswahl. Portierenauswahl. Plüschtischdecken. Steppdecken. Wanduhren. Wandbilder. Schmucksachen. Taschenuhren. Kettenauswahl. Ringeauswahl. Passende Brautgeschenke. Festgeschenke. Belohnt wird selbst der weiteste Weg durch extrabilligen Wareneinkauf im Pfandleihhaus Hermannplatz 6. Warenverkauf ebenfalls Sonntags. *

Grundbegriffe der Politik, von Friedrich Stampfer. Gebunden 3 M. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden).

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7, billigster Uhrenverkauf, goldene Kettenverkauf, Doublee-Kettenverkauf, 20jährige Garantie, Teppiche, Portieren, Paletots, Anzüge, Pelzstolas, Verschiedenes. 656K*

Federbetten. Stand 10,00, 15,00, 20,00, feinste Brautbetten, Wäsche, Gardinen, Decken. Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7. *

Vorwärtsleser erhalten fünf Prozent Extrarabatt, selbst bei Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas.

Teppiche, farbfehlerhafte, für halben Wert.

Steppdecken, Similiseide, 3,75 an.

Plüschdecken mit Stickfehlern spottbillig.

Wildfelle, Riesenposten, Prachtexemplare, billigst.

Diwandecken mit kleinen Fehlstellen spottbillig.

Teppich-Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz; Rosentalerstraße 54. 693K*

Zu Freien Stunden. Wochenschrift für das arbeitende Volk. Romane und Erzählungen. Abonnements wöchentlich 10 Pf. nehmen alle Ausgabestellen des „Vorwärts" entgegen. Probehefte gratis.

Leihhaus Moritzplatz 58a! Moritzplatz 58a im Leihhaus kaufen Sie enorm billig, als: von Kavalieren wenig getragene Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide, 9—18 Mark. Gelegenheitskäufe in Damen-Plüschjacketts, Kostümen, Röcken, hochelegant, bedeutend unter Wert. Großer Posten Pelzstolas, früher bis 100 Mark, jetzt 15—40 Mark. Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Wäsche, Aussteuerwäsche, Betten, nur Moritzplatz 58a. 2841K*

Glossen zu Yves Guyots und Sigismund Lacroix' „Die wahre Gestalt des Christentums", von August Bebel. Preis 75 Pf., billige Ausgabe 30 Pf. Expedition Lindenstraße 69 Laden.

Radfahrerkarten. Wir empfehlen Rad- und Auto-Fahrern Straubes Karte 1200 Quadrat-Meilen um Berlin. 2 Teile a 1,50 Mark. Nördliche Hälfte der Provinz Brandenburg reicht bis Stettin-Ueckermünde, südliche Hälfte bis Halle-Leipzig-Dresden-Görlitz. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden).

Teppiche. „Vorwärts"-leser erhalten jetzt 20 Prozent. Große Partien Teppiche mit kleinen Webefehlern, Größe zirka 2,0/300 11,75, 250/350 16,50, 300/400 20,00. Gardinen, Portieren, Tischdecken, Sofadecken, Felle, Läuferstoffe spottbillig. Teppichhaus L. Lefèvre, nur Potsdamerstraße 106 B. (Kein Laden.) Hausnummer beachten. 716K*

Kinderwagen, gebraucht, Andreasstraße 58. 226K

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 20—40 Mark, Hosen 6—14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. Sonntags bis abends geöffnet. 1288K*

Herrenhüte. Wanke, Weidenweg 20, früher Brückenstraße 6a. Lieferant der Konsumgenossenschaft. *

Verbrechen und Prostitution als soziale Krankheitserscheinungen von Paul Hirsch. Preis 2,— Mark, geb. 2,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Zehn Prozent Rabatt Vorwärtslesern.

Teppiche. Plüschteppiche, mit Farbenfehler, fabelhaft billig, in allen Größen vorrätig. 8.50, 9.85, 11.50, 13.50, 15.75, 18.50, 21.50, 25.75, 28.50, 33 bis 300 Mark. E. Weitzenberg. Vertrieb von Fabrikaten deutscher Teppichwebereien, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik, Haltestelle Koppenstraße. Vorwärtslesern noch extra 10 Prozent Rabatt.

Gardinen, Fabrikreste, Restbestände, Fenster 1.85, 2.35, 2.85, 3.50, 4.50, 5.75, 6.65, 7.50 usw.

Angeschmutzte Gardinen, Stores, Bettdecken fabelhaft billig.

Englische Tüllgardinen, Meter 38, 46, 55, 65, 75, 85, 90 Pf. bis 3 Mark. 10 Prozent Extrarabatt. Vertrieb von Fabrikaten sächsischer Gardinenwebereien Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik, Haltestelle Koppenstraße.

Künstler-Gardinen, weiß, crême, 2 Schals, 1 Lambrequin, 4.85, 5.75, 6.50, 7.85, 9.25, 11.—, 13.—, 15.— usw. Große Frankfurterstraße 125.

Tüllbettdecken, Stores, 1.95, 2.50, 3.35, 4.25, 5.75, 6.50, 7.85 usw.

Erbstüllstores, reiche Bandarbeit, 3.45, 4.25, 5.75, 7.25, 8.65, 9.25, 12.50, 15.75 usw. Weitzenberg, Große Frankfurterstraße 125, Haltestelle Koppenstraße.

Plüschdecken, kaum sichtbare Fehler, 6.85, 7.50, 8.75, 9.85, 11.50, 13.50, 16.50, 19.25 usw.

Tuchdecken 1.25, 1.75, 2.15, 2.75, 3.50, 4.65, 5.85, 6.90, 8.35.

National-Plüschdecken 4.35, 5.75, 6.85 bis 13.50. Vertrieb von Fabrikaten sächsischer Tischdeckenfabriken nur Große Frankfurterstraße 125 im Hause der Möbelfabrik, Haltestelle Koppenstraße.

Schlafdecken 1.25, 1.85, 2.50, 2.85, 3.50, 4.85, 6.35 bis 50 Mark.

Reisedecken, Tigermuster, 5.75, 7.50, 9.75, 12.50 bis 45 Mark, Große Frankfurterstraße 125.

Steppdecken, Similiseide, eigene Anfertigung, Bettgröße, 3.75, 4.45, 5.85, 6.50, 7.50, 9.85, 11.50, 13.50, 16.50, 19.50 usw., Große Frankfurterstraße 125, Haltestelle Koppenstraße.

Tuchportieren, komplett 3.85, 4.50, 5.75, 6.50, 7.85, 8.65, 9.75, 12.50, 16 M. bis 30 M.

Plüschportieren, Fenster 5.50, 6.95, 8.25, 9.75, 11.50, 14.65, 17.50, 21.50 usw. Vertrieb von Fabrikaten sächsischer Portierenfabriken Große Frankfurterstraße 125, Haltestelle Koppenstraße.

Leinenportieren, günstiger Gelegenheitskauf, Fenster, entzückende Muster, 3.85, 4.75, 5.95, 6.85, 7.45, 8.50, 9.75, 11.50 bis 30 M. Große Frankfurterstraße 125, Haltestelle Koppenstraße, im Hause der Möbelfabrik.

Linoleum- und Läuferreste, fabelhaft billige. Große Frankfurterstraße 125.

Abfallteppiche 3.85, 5.65, 7.85, 9.75, 12.5, 17.50, 22.50.

Ziegen- und Angorafelle, Tierstücke, grau, weiß, naturfarben, 3.85, 4.75, 6.95, 7.65, 9.35, 11.75, 13.50 usw. Weitzenbergs Gardinen- und Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik. Haltestelle Koppenstraße. Stadtbahnstation Schlesischer Bahnhof. 721K*

Teppiche (Farbenfehler) Gelegenheitskauf. Fabriklager Mauerhoff, Nur Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. Gegründet 1874. Vorwärtslesern 10 Prozent. Sonntags geöffnet.

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, Flureingang.

Gardinenhaus. Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. 2491K*

Zinkwaschfässer, Zober, Sitzwannen, Badewannen. Spezialfabrik Reichenbergerstraße 47. Lesern 5 Proz.

Billig, billig, billig! Monatsanzüge, wenig getragene Winterpaletots, Winterjoppen, Fracks, Smokings kauft man nur bei Weingarten, Prinzenstraße 28 I, Eckhaus Ritterstraße, früher 20 Jahre Gitschinerstr.

Teppiche, Prachtstücke mit kleinen Farbfehlern, 12,50. Portieren alle Farben 4,25, Plüschdecken 6,75, Steppdecken 4,50. Gardinen, Einzelfenster 2,50, Erbstüll-Bettdecken 4,50. Günstigste Kaufgelegenheit. Georg Lange Nachfolger, Chausseestraße 73/74. Vorwärts-lesern noch 5 Prozent Extrarabatt. 659K*

Radfahrerkarten. Wir empfehlen den Freunden des Radsports: Mittelbachs Karte für Rad- und Motorfahrer von Berlin und weiterer Umgebung, auf Leinen gezogen Preis 1,80 M. (zusammenlegbar). — Karte für Rad- und Motorfahrer von Brandenburg, auf Leinen gezogen und zusammenlegbar 2,60 M. Expedition des „Vorwärts", Lindenstraße 69, Laden. *

Privatverkauf! Entzückende Kleider, Blusen, Kostümröcke, Paletots, fertig und Maß, auffallend billig. Keine Ladenmiete. Littauer, Rosenthalerstraße 65. 272/15*

Papageienauswahl, deutlich sprechend, Garantie, Harzer Kanarienroller. Restaurant Grundmann, Kommandantenstraße 52, Amt Moritzplatz, 3994. 717K*

Gasheizöfen 3,50, Bronzekronen 4,25, Gaszweilochkocher 3,50, Gaszuglampen 7,00. Beleuchtungshaus Wallnertheaterstraße 32. 19155

4.25 prachtvolles Bett, 10 Mark ganzer Stand, rotrosa gestreift, 27 Mark Stand Bauernbett. Prinzenpfandleihe, Prinzenstraße 34. 741K*

Monatsgarderobe, spottbillig. Große Geldersparnis. Jackettanzüge 10, 12, 15, 20 Mark. Gehrockanzüge, Winterulster 6,50 an, Winterpaletots 8,25 an, Hosen 2,50 an, für jede Figur passend. Nur in der Prinzenpfandleihe, Prinzenstraße 34. 741K*

Zum Weihnachtsfest. Herrenuhren 3,10, Damenuhren 4,50 an. Goldsachen: wie Ketten, Ringe, Armbänder, Kolliers, Operngläser, im Versatz verfallen. Pelzstolas. Prinzen-Pfandleihe, Prinzenstraße 34. Annoncenvorzeiger vergüte Fahrgeld. *

Parzelle, 9 Morgen, 1,85 Fahrgeld, verkaufe für 900 Mark. Offerten P. 200, Postamt 39. 19085

Singermaschine, 7,00. Neue Königstraße 24, Seitenflügel. *

Uebergardinen! Spottbillige Weihnachts-Ausnahmepreise!! Fenstergarnitur: 3,50, Plüschportieren, Fenstergarnitur: 6,85, 7,50, 10,00, Künstlerleinen: 5,75 bis 20,00. Tüllgardinen, Stores, Rouleaus, Riesenauswahl!! Wolfs Teppichhaus, Dresdenerstraße 8 (Kottbusertor). Abonnenten 10 Prozent Rabatt! 644K*

Geschäftsverkäufe.

Parteilokal, viele Zahlstellen, 35 Halbe, billig zu verkaufen. Zu erfragen Ryckestraße 19, Zigarrenladen. 19015*

Restauration wegen Krankheit sofort ganz billig. Rixdorf, Weichselstraße 63. †129

Milchgeschäft verkäuflich. Preis 550,—. Rixdorf, Erlangerstraße 12.

Möbel.

Möbel ohne Geld! Bei ganz kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.) *

Möbel-Lechner, Brunnenstr. 7, am Rosenthaler Tor. Wohnungs-Einrichtungen auf Kredit und gegen bar. Riesen-Auswahl. 1 Stube und Küche Anzahlung von 15,— an. 2 Stuben und Küche Anzahlung von 40,— an. Bunte Küchen, großes Lager. Riesen-Auswahl. Moderne Schlafzimmer, Anzahlung von 30,— an. Moderne Herrenzimmer, Anzahlung von 45,— an. Moderne Speisezimmer, Anzahlung von 50,— an. Einzelne Möbelstücke, Anzahlung von 5,— an. Wochenraten nach Uebereinkunft, Lieferung auch nach auswärts. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Sonntag bis Abend 8 Uhr geöffnet. 660K*

Möbelangebot. Vorteilhafteste Gelegenheitskäufe durch Ankauf ganzer Warenläger. Einzelmöbel, komplette Einrichtungen, schlichteste, eleganteste Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Riesenauswahl, 5 Etagen. Fabrikgebäude, Neue Königstraße 5—6, Teilzahlung gestattet. Sonntags geöffnet. +

Chaiselongue, neues, 16,—, verkauft Herbst, Große Hamburgerstraße 13/14. 19025*

Massenmöbelverkauf Kastanienallee 56, Ecke Weinbergsweg, Kamerlings Möbelspeicher. Außergewöhnlich billige Preise, kleine und große Wohnungseinrichtungen, einzelne Möbelstücke zu Engrospreisen. Mahagonimöbel, Sofas, Matratzen eigener Werkstatt. Lieferung überall frei. *

Bettstellen, neue Matratzen, Meyers Lexikon, tadellos, verkauft Adler, Rixdorf, Reuterstraße 1 I.

Chaiselongue, Schlafsofa, Kleiderspind 10,00. Palisadenstraße 28, Tapezierer. 193/1

Nußbaumwirtschaft verkäuflich (Händler zwecklos!) Schreibtisch, elegantes Plüschsofa, Umbau, Trumeau, Prachtwandbilder, Gaskrone, Verschiedenes. Königsbergerstraße 11, vorn I rechts, Fischer. 192/18

Nußbaumwirtschaft, passend für Brautleute, Stube, prächtige Küchenmöbel, Küchengeschirr, Teppich 220,00 verkauft schleunigst der Verwalter, Weinmeisterstr. 1b/2. 589K*

Möbelfabrik, Verkauf Schützenstraße 73/74, an der Friedrichstraße. Besonders günstig für Brautleute. Billiger wie überall. Sicheren Leuten Zahlungserleichterung bei niedrigsten Kassenpreisen mit geringem Zinszuschlag. Komplette Einrichtungen von 250,—, 350,—, 450,—, 500,— bis 3000,— stets in großer Auswahl am Lager. Einzelne Möbel, Bettstellen, Kleiderschränke, Vertikos, Spiegel, Sofaumbauten, Büfetts, ganz besonders preiswert. Besichtigung erbeten von 8—8, Sonntags 8—10 und 12—2 nur Schützenstraße 73/74.

Möbelangebot bis Weihnachten, spottbillig, Möckernstraße 25, im Anhalter Bahn-Möbelspeicher, an der Möckernbrücke. Einzelne Schreibtische 28,—, Bücherschränke, Büfetts, Kredenzen, Spiegelschränke, Kleiderschränke schon 25,—, Bettstellen, Schreibstühle, Rohrstühle, Lederstühle, Klubsessel, Säulentrumeau 30,—, Waschtoilette mit Marmorplatte 28,—, Salontische, Nähtische, Ausziehtische 18,— an, Plüschgarnitur, Salongarnitur, Paneelsofa, Sofa 40,—, Sofaumbau, Flurgarderoben 17,50. Bilder mit Prachtrahmen, Standuhren, Freischwinger 12,—. Riesenauswahl wenig fehlerhafter Teppiche statt 12,— jetzt 8,50. Extragroße, farbenprächtige Salonteppiche 35,— bis zu den elegantesten. Chaiselongue mit Decke 22,50. Diwandecken, Steppdecken, Plüschtischdecken 5,—. Tüllbettdecken 2,—. Tüllgardinen, Restbestände unter Preis. Erbstüllstores mit Volant 3,50. Plüschportieren 7,50. Gaskronen 15,—. Oelbilder. Für Brautleute, Hotels, Pensionate ganz außergewöhnlich billige Schlafzimmer, prächtige Herren-, Speisezimmer, Salons moderne Küchen, ganze Wohnungseinrichtungen, nur durchweg neue, gediegene Waren, zum schleunigen Verkauf. Otto Lüdcke, Möbel-Warenspeicher, Eingang nur Möckernstraße 25. Uebernahme ganzer Warenlager, Konkursmassen, Wirtschaften zum schnellen Verkauf und Auktion. — Aeltere Möbel werden gegen neue umgetauscht. 634K*

Bevor Sie Möbel kaufen, besichtigen Sie meine große Möbelausstellung für Wohnungseinrichtungen. Kein Kaufzwang. Zahlungserleichterung. Stallschreiberstraße 57 (Fabrikgebäude). Harnack, Tischlermeister. 411K*

Möbel-Gelegenheitskäufe in allergrößter Auswahl; einfache sowie bessere Wohnungseinrichtungen bedeutend billiger wie regulär. Ergänzungsmöbel. Büfette, Schreibtische 45, Sofas 45, Garnituren 65, Trumeaus 37, Schränke, Vertikos 27, Kronen, Teppiche, Bilder, Küchenmöbel, Klubsessel, Ledersofas, Umbaue, Lederstühle usw. spottbillig. Lennerts Möbelspeicher, Lothringerstraße 55, Rosenthaler Tor. Die Möbel sind in vier Etagen aufgestellt. 658K*

Gneisenaustr. 10, Ecke Nostizstr. S. Grau, bekannt als beste Bezugsquelle. Kassa und Teilzahlung. *

Moebel-Boebel, Oranienstraße 58 am Moritzplatz. In meinem seit 32 Jahren bestehenden Möbelkaufhause stehen in neun Etagen komplette Wohnungseinrichtungen zu äußerst niedrigen Preisen zum Verkauf. Als Spezialität liefere: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. Ein Zimmer und Küche 360,—, 422,—, modern 479,—, 2 Zimmer und Küche modern 501,—, 667,—, 721,—. Schlafzimmer, englisch 196,—, modern, echt Eiche, 304,—. Wohnzimmer, modern, 274,—. Speisezimmer 329,—. Herrenzimmer 200,—, englische Bettstelle mit Matratze 44,—, Kleiderspind, Trumeau, geschliffen 34,—, Schlafsofa 36,—, Plüschsofa 58,—, Umbau 50,—, Teppiche. Riesenlager. Besichtigung erbeten. Transport und Lagerung kostenfrei. Eventuell Zahlungserleichterungen. Geöffnet 8—8, Sonntags 8—2. Kein Laden. Verkauf nur im Fabrikgebäude. 19058*

Anrichteküche, 8 teilig mit Butzenscheiben, komplett 65,—. Günstig für Verlobte! Nur Skalitzerstraße 25, an der Hochbahn! 189/4

Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung gebe schon Stube und Küche. An jedem Stück deutlicher Preis. Uebervorteilung daher ausgeschlossen. Bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rücksicht. Möbelgeschäft M. Goldstaub, Zossenerstraße 38, Ecke Gneisenaustraße. Kein Abzahlungsgeschäft! 2901K*

Musikinstrumente.

Pianinos. Harmoniums, Flügel jeder Preislage, gebrauchte 120,00 an. Teilzahlung. Scherer, Chausseestraße 105. 534K*

Pianino 125,00. Alvenslebenstraße 13 I. 475K

Prachtgrammophon verkauft Drews, Schliemannstraße 19. 192/19

Harmonium Schiedmayer 200,— abzugeben. Niederlage Potsdamerstraße 27B. 192/16

Bilder.

Bilder-Bogdan der billigste in Berlin.

Bilder-Bogdan hat eigene Leisten- und Rahmenfabrik.

Bilder-Bogdan verkauft jetzt auch an Private. 686K*

Bilder-Bogdan gibt 5 Prozent und wohnt Weinmeisterstraße 2.

Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, einmal benutzt, 35,—, Holz, Blumenstraße 44. 23K*

Geschäftsdreirad, äußerst stabil, 50,00 an. Holz, Blumenstraße 44. *

Damenfahrrad, Herrenfahrrad, modern, guterhalten, umständehalber 25,00. Große Frankfurterstraße 14, Hof Keller. 191/9*

Fahrräder, Ausnahmepreise, seltene Gelegenheit, Riesenlager Allerneueste Modelle, billiger als jede Konkurrenz, nagelneu von 27,50, mit Gummi 34,50. Keine Schundware. Heyse, Königsbergerstraße 7, Oranienstraße 32.

Herrenfahrrad 25,00, Freilaufrad, Damenrad, Kinderrad. Kraus, Andreasstraße 54. 192/20*

Kaufgesuche.

Platinabfälle, Gramm 5,85, Gold-Silber, Zahngebisse, Quecksilber, Stanniol, kauft Blümel, Auguststraße 19.

Zahngebisse, Zahn bis 80 Pfennig, Goldsachen, Stanniol, höchstzahlend. Kohn, Neue Königstraße 76. 231/5*

Kaufe Frauenhaare, ausgekämmte. Zahle höchste Preise. Kassa, Zopffabrik, Rixdorf, Eckstraße 3. *

Zahngebisse, Zahn bis 50 Pfennig! Platina, Gramm 5,75, kauft Blumenreich, Brunnenstraße 196 (Rosenthaler Tor.) 3016K*

Zahngebisse, Goldsachen, Platina, Stanniol, Quecksilber höchstzahlend, Edelschmelze, Dresdenerstraße 9 (Hochbahn). 192/5*

Quecksilber, Stanniolpapier, Zinn, Gummiabfälle höchstzahlend, Weberstraße 31, Einkaufsbureau. 19165

Haar-Sammler, 25,00 Kilo, zahlt Friseur Persch, Elsasserstraße 94. *

Verschiedenes.

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 81. 2428K*

Kunststopferei von Frau Kolosky Schlachtensee, Kurstraße 8 III.

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 91a.

Fensterdichtungen. Lepler, Große Frankfurterstraße 67. 2028*

„Friedrich-Wilhelm" Generalagentur-Zahlstelle: O. 112, Mainzerstraße 24 (Frankfurter Allee), Lebensversicherung, Sterbekasse, Kinderversicherung. Aufnahme bis 60. Lebensjahr. Steuer abzugsfähig! 459K*

Kunststopferei Lepler, Große Frankfurterstraße 67. 2399K*

Aufpolsterung, Bettmatratze 4,—, Sofa 5,—, Hoffmann, Neue Königstraße 30. 231/11

Waschanstalt Frau Kintisch, Köpenick, Grünauerstraße 39, wäscht Laken, Leibwäsche, 4 Handtücher, 4 Taschentücher 0,10. Abholung Sonnabends. 19075

Vereinszimmer, schön gelegen, frei. Gottschedstraße 7. +125

Genosse, tüchtiger Fachmann, für ein stark beschäftigtes Installationsgeschäft, 4000 Einlage. Offerten W. G., Spedition Gneisenaustraße 72.

Vermietungen.

Restauration, Huttenstraße, sofort zu vermieten. Fröhlich, Wassertorstraße 41. 92/17*

Wohnungen.

Sofort Wohnungen Britzerstraße 42

Zimmer.

Einwohnen möchte anständiger Handwerker mit zwei Mädchen, dreizehn Jahre, einfachem anständigen Haushalt. „Abstinent" Postamt 4, Rixdorf. †147

Schlafstellen.

Freundliche Schlafstelle, ein bis zwei Herren, Woche 3,00, Dragonerstraße 18, Hoffmann. 19185

Mietsgesuche.

Junger Mann sucht sofort saubere möblierte Schlafstelle zum Alleinwohnen. Nähe Wedding. Offerten unter R. B. 60, Postamt 16. 1917b

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Redegewandte Arbeiter können mit einem leicht verkäuflichen, gut eingeführten Artikel 10—12 Mark täglich verdienen. Altberg, Rixdorf, Bergstraße 140. 499K*

Tüchtiger Etuisarbeiter findet dauernde Beschäftigung. A. Stritzke, Auguststraße 69. 1900b*

Hausreinigung zu vergeben am 1. 1. 12. Britzerstraße 42, I. 1906b

Büfettier, lediglich für Stehbierhalle (Parteilokal, Vorort). Kaution 600 Mark, gute Preise. Wohnung im Hause. Melden bei Malchke, Alexanderstraße 28a. 271/9

Kragenknopfloch-Gutmannäherin (Kraftbetrieb) Wollner, Kottbuserdamm 70. †129

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 60 Pf. die Zeile.

Tüchtige **Metalldreher** am Schraubstock und **Werkzeugdreher** auf Schneideisen und Gewindebohrer bei gutem Lohn für dauernde Beschäft. per sofort gesucht. **Westf. Metallindustrie A.-G., Lippstadt.**

Achtung! Holzarbeiter.

Wegen Streik oder Lohndifferenzen sind gesperrt:
Pianofabrik **Bechstein**, Grünauer Str. u. Johannisstraße. Drehrollenfabrik **Teschke**, Waßmannstr. 27. Tischlerei **Hirsch**, Rixdorf, Thomasstr. 15. **Berufsverein der Berliner Parkettgeschäfte**, Thomasiusstr. 18. Schirmgeschäfte **E. Lichtenstein**, Neue Friedrichstr. 38/40, Leipziger Str. 78, Müllerstraße 3a, Rosenthalerstr. 10, Schönhauser Allee 101, Kottbuser Damm 3, Wilmersdorfer Straße 57, Berliner Straße 4 in Tegel. **Zaduch**, Dresdener Str. 39. **Stenger**, Oranienstraße. **Kohn**, Turmstraße 57. Das Berliner Arbeitswilligenvermittelungsbureau d. gelben „Handwerkerschutzverbandes". Arbeitsnachweis d. Stellmacherinnung und der Wagenfabrikanten, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz.

Zuzug ist streng fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Bibliothekar gesucht.

Für die in Magdeburg zu errichtende „Zentral-Arbeiter-Bibliothek" wird zum 1. April 1912 ein Bibliothekar gesucht. Derselbe soll befähigt sein, die Bibliothek selbst einzurichten und zu leiten. Außerdem soll der Bibliothekar die Leitung des Arbeiterbildungswesens und der Jugendbewegung am Orte übernehmen. Anfangsgehalt 2400 Mark. Anstellung erfolgt nach den Bestimmungen des Vereins Arbeiterpresse. Dienstjahre als Angestellter in der Arbeiterbewegung werden angerechnet. Bewerbungen sind bis zum 15. Januar 1912 an den Genossen **A. Brandes, Magdeburg, Gr. Münzstr. 3,** zu richten. Der Bewerbung ist ein Lebenslauf und eine selbstgeschriebene Abhandlung über die Tätigkeit eines solchen Beamten beizufügen. 301/4

Buchhalter-Gesuch.

Für eine größere Parteidruckerei in Süddeutschland wird zum Antritt auf **1. April 1912** ein tüchtiger, mit Zeitungs- und Druckereigeschäft völlig vertrauter Buchhalter gesucht. Anerbietungen mit Angabe der Gehaltansprüche unter „H 3" an die Hauptexpedition des „Vorwärts". 301/2*

Verantwortlicher Redakteur: Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.